

bedenklichen Folgen sein. (Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Gucken Sie mal nach, was Aristoteles darüber schreibt!) Glücklicherweise sind wir auch in diesem Punkte in den letzten Jahren bei der Provinzialverwaltung in einer besseren Lage als manche Kommunen, indem ehrenamtliche und berufliche Kräfte in der Tätigkeit des Provinzialausschusses eine glückliche und erfolgreiche Form des Zusammenarbeitens gefunden haben. Wenn ich hierfür auch die Unterstützung und Mitarbeit des Provinziallandtages, und zwar nicht nur der Ausschüsse, sondern auch des Plenums erbitte, so bin ich überzeugt, damit dem Wunsche des gesamten Provinzialausschusses Ausdruck zu geben.

Aber noch ein Zweites — das möchte ich zum Schluß sagen — bedürfen wir in der provinziellen wie auch in der örtlichen Selbstverwaltung: das ist, von allen Beteiligten ein klein wenig Hoffnung, daß es möglich ist, die furchtbare Lage der Jetztzeit mit Ruhe und Entschlossenheit allmählich zu überwinden. Das schließt aus jede Katastrophenpolitik und verlangt die Stellung auf den Boden der bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Rechtsordnung. Daß weite Kreise an der Sicherheit dieses Bodens gezweifelt haben oder zweifeln, das hat uns schon genug wirtschaftliches Unglück und Elend gebracht. (Zustimmung.) Geben wir hier im Provinziallandtag ein Beispiel, daß es möglich und notwendig ist, auf dieser Grundlage die öffentlichen Angelegenheiten durch sachliche Arbeit zu meistern. Das wird hoffentlich richtunggebend sein für die Kommunen der Provinz, aber auch darüber

hinaus für die Arbeit in unserm deutschen Vaterland. (Beifall, Händeklatschen. Zuruf des Abgeordneten Dunder: Herr Ley, fragen Sie doch noch mal wegen der Zeitung an! Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Welche Zeitung war das?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Nach dem heute morgen gefaßten Beschlusse werden wir uns nunmehr vertagen.

Ich habe nur noch mitzuteilen, daß ein Antrag der SPD-Fraktion eingegangen ist, den § 4 der Satzung der Provinzialfeuerversicherungsanstalt Rheinprovinz, wonach die Bürgermeister für die Beforgung der Geschäfte der Anstalt einen Anteil von 6 Prozent der in ihrem Bezirk eingehenden Feuerversicherungs-Einnahmen beziehen, abgeändert werden soll. Dieser Antrag geht an den Sachausschuß I, nachdem der Provinzialausschuß sich damit beschäftigt hat.

Ich gebe dann bekannt, daß unmittelbar im Anschluß an die jetzige Vollsitzung die Sitzung des Wahlprüfungsausschusses im Zimmer 36 stattfindet und ebenso unmittelbar im Anschluß an diese Sitzung eine Verhandlung des Provinzialausschusses.

Dann werde ich gebeten, bekanntzugeben, daß die Zentrumsfraktion eine halbe Stunde nach Schluß der Plenarsitzung zusammentritt.

Sonstige Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Tagesordnung für morgen steht fest. Ich habe sie heute morgen schon verkündet. Wir vertagen uns jetzt auf morgen vormittag 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß 16 Uhr 45 Minuten.)

## Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Dienstag, den 24. März 1931.

(Beginn: 10 Uhr 30 Minuten.)

### Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des Wahlprüfungsausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Eintritt neuer Mitglieder in den Provinziallandtag, nebst zugehörigem Nachtrag. (Drucksachen Nr. 2 und 24.)
3. Beratung des Haushaltsplanes und der damit in Verbindung stehenden Landtagsvorlagen.
4. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen, Eingaben und Anträge.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich eröffne die Sitzung. Ich bitte, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen.

Meine Damen und Herren! Die Niederschrift über die gestrige Sitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind zunächst die Herren Abgeordneten Roenggen und Andres; es wird aber wahrscheinlich im Laufe des Tages ein Wechsel vor sich gehen.

Ich bitte, die Wortmeldungen hier dem Herrn Schriftführer zu meiner Linken vorzulegen.

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, heute, wie abgesehen, die Beratung des Etats vorzunehmen. Jede Fraktion hat 1½ Stunden Redezeit im ganzen. Sie kann sie natürlich auf verschiedene Redner verteilen. Die Fraktionen kommen, wenn nichts anderes vereinbart ist und die Wortmeldungen nicht anders vorliegen, nach ihrem Stärkeverhältnis nacheinander zu Worte. Da die Herren Stenographen abwechseln können, ist es möglich, durchzutagen. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, ohne Pause die Verhandlungen durchzuführen. (Sehr gut! rechts.) Damit sind Sie einverstanden. (Abgeordneter Dr. Ley bittet zur Geschäftsordnung ums Wort.) Lassen Sie mich bitte eben noch die Eingänge mitteilen.

Es sind die weiteren Eingänge und Anträge eingegangen, die im Umdruck als Drucksachen Nr. 43 bis 73 verteilt worden sind. Ich brauche diese Drucksachen nicht zu verlesen. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen. Ich bitte, mich zu ermächtigen, diese Drucksachen zunächst dem Herrn Landeshauptmann und dem Provinzialausschuß vorzulegen und dann den zuständigen Sachausschüssen. Damit sind Sie einverstanden.

Noch nicht gedruckt sind folgende Anträge:

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Ueberweisung von 50 000 RM an die Internationale Arbeiterhilfe; geht an den Sachausschuß I.

Dann ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Aufhebung des für den Regierungsbezirk Düsseldorf verfügten Demonstrationsverbots. Der Ältestenrat hat den Provinziallandtag nicht für zuständig gehalten, hier darüber zu sprechen (Hört, hört! bei den Kommunisten), infolgedessen wird dieser Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Endlich ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Milderung der Arbeitslosigkeit. Dieser Antrag geht nach Anhörung des Provinzialausschusses an Sachausschuß I.

Endlich ein Antrag der SPD.-Fraktion über Weinbergswegen. Dieser geht auch an den I. Sachausschuß. Damit sind Sie einverstanden.

Ich lasse diese Anträge umdrucken.

Ich habe noch etwas nachzuholen, bevor ich Ihnen das Wort gebe. Ich bin nach Schluß der Sitzung darauf aufmerksam gemacht worden, daß Herr Abgeordneter Hoffmann gestern dem Herrn Abgeordneten Ley einen Zuruf des Inhalts gemacht habe, er sei zu 40 Prozent besoffen. (Abgeordneter Hoffmann widerspricht.) Hätte ich diesen Zuruf gehört, so würde ich den Herrn Abgeordneten Hoffmann zur Ordnung gerufen haben. Zurf eines kommunistischen Abgeordneten: Wieviel Prozent waren es denn? Ich rufe den Herrn Abgeordneten Hoffmann wegen dieses ungehörigen Zurufs nachträglich zur Ordnung. (Abgeordneter Hoffmann bittet ums Wort zur persönlichen Bemerkung.)

Zunächst hat zur Geschäftsordnung das Wort Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat versucht, seine Geschäftsordnung von gestern zu korrigieren. Ich möchte dazu nur bemerken: Meine politischen Freunde und ich haben gestern in durchaus sachlicher Weise (Lachen und Na!-Na!-Rufe) Zwischenrufe gemacht, die in keiner Weise auch nur irgendein Mitglied des Hauses persönlich angegriffen haben. (Zuruf des Abgeordneten Börlinger: Die Meinungen darüber gehen auseinander!) Auf diese Zwischenrufe hat die Linke, in Sonderheit die Sozialdemokratische Partei, die an sich Hüterin der Demokratie und des parlamentarischen Anstandes (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Ist!) sein müßte — denn es ist ja Ihr Parlament, meine Herren, es ist ja Ihre Verfassung, die Sie schützen wollen — (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ist das zur Geschäftsordnung?), auf diese Zwischenrufe hat gerade die Sozialdemokratische Partei sich dadurch ausgezeichnet, daß sie in der gemeinsten und persönlichsten Weise Zwischenrufe gemacht hat, speziell gegen mich. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Ich möchte hier dazu sagen: Wenn der Herr Präsident nicht so objektiv ist und auch diese Rufe hört, so werden wir zur Selbsthilfe schreiten. (Unruhe. Glocke des Vorsitzenden. Zuruf des Abgeordneten Pikard: Macht doch, daß Ihr raus kommt!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Der Herr Präsident hat mich wegen eines Ausdrucks zur Ordnung gerufen, den ich nicht gebraucht habe. Ich habe vielmehr gesagt, daß der Herr Abgeordnete Dr. Ley über die chemischen Substanzen des Alkohols sehr im Bilde sei. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das ist eine Frechheit! Unverschämter Bursche! Abgeordneter Dr. Ley verlangt das Wort zur persönlichen Bemerkung.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich erteile das Wort hierzu nicht mehr. Wenn einer zu den Ordnungsrufen Stellung nehmen und sich beschweren will, so mag er den geschäftsordnungsmäßigen Weg wählen und schriftlichen Einspruch innerhalb eines Tages einlegen. (Zuruf des Abgeordneten Haake zum Abgeordneten Hoffmann: Jetzt sind Sie auch noch zu feige dazu! Weitere Zurufe rechts und links.) Ich bitte Sie dringend, doch die Zwischenrufe zu unterlassen. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: 100prozentig besoffen! Antwort des Abgeordneten Haake: Unverschämtes Frauenzimmer da! Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: „100prozentig besoffen“ hat die da gerufen, unerhört ist das! Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Das sind Sie auch! Große Unruhe.)

Herr Abgeordneter Haake, Sie haben die Ordnung des Hauses jetzt in gröblichster Weise gestört. Ich schließe Sie für drei Tage von den Sitzungen aus. (Lauter Beifall. Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Und die Dame nicht?)

Frau Abgeordnete Becker, Sie haben den Herrn Abgeordneten Haake beleidigt. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: So, nur zur Ordnung und weiter nichts?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dr. Ley, wenn Sie fortfahren, die Verhandlungen zu stören, so werde ich Sie von den Sitzungen ausschließen. Ich verwarne Sie jetzt zum letzten Male. Die Geduld des Hauses, nicht nur meine Geduld, ist erschöpft. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Herr Haake ist ja noch immer hier!)

Abgeordneter Dr. Ley: Nach diesem Vorfall, der in unerhörtester Weise das parlamentarische Leben unterbindet, erkläre ich, daß wir Nationalsozialisten an den Verhandlungen nicht mehr teilnehmen werden. (Lauter Beifall. Zuruf des Abgeordneten Pikard: Diäten für Arbeitslose! Lachen links.) Ihr werdet nicht lange mehr lachen, höchstens noch bis zur nächsten Wahl!

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dr. Ley, ich schließe Sie für drei Tage von den Sitzungen aus. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Ich gehe ja schon von selber, wir brauchen Sie dazu gar nicht! Nur das eine sage ich Ihnen noch: Die größte Partei Deutschlands so zu behandeln, ist eine Schande, besonders, wenn das ein Bürgerlicher tut, der national sein will. Das werden wir dem Volke draußen sagen!) Herr Abgeordneter Dr. Ley, ich schließe Sie für sechs Tage von den Sitzungen aus. Ich fordere Sie auf, den Sitzungssaal sofort zu verlassen. (Abgeordneter Dr. Ley verläßt mit den übrigen Nationalsozialisten den Saal. Zuruf links: Regelt die Diätenfrage!) Wir treten in die Tagesordnung ein. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Boden.

Abgeordneter Dr. Boden: Meine Damen und Herren! Bevor wir vor Jahresfrist auseinander-

gingen, hat unser erster Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres, unter Hinweis auf die unparlamentarischen Vorkommnisse während unserer letzten Tagung der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Vorkommnisse sich nicht wiederholen und daß die späteren Tagungen des Provinziallandtages der Rheinprovinz auch in seiner heutigen Zusammensetzung wieder das Bild eines geachteten, die Selbstverwaltung mit Selbstzucht vertretenden Organs und Parlaments darstellt, wie es in der Vergangenheit der Ruhm des Rheinischen Provinziallandtags immer gewesen ist. Meine Damen und Herren! Als erster Redner aus dem Hause und als Sprecher der größten Fraktion halte ich es für angebracht, uns allen diese Mahnworte ins Gedächtnis zurückzurufen. Ich verbinde damit im ausdrücklichen Auftrage meiner Fraktion die Bitte an den Herrn Vorsitzenden und seine Herren Stellvertreter, daß er unter schärfster Inanspruchnahme unserer Geschäftsordnung dafür sorgen möge, daß die diesjährigen Verhandlungen in dem Rahmen sich abwickeln, wie er der Würde des größten preußischen Provinziallandtages entspricht und der Tradition dieses Hauses gerecht wird. (Bravo! Zuruf des Abgeordneten Dunder: Ist die Geschäftsordnung noch nicht scharf genug! Zuruf des Abgeordneten Renner: Es gehört ein Zentrums-Polizeipräsident hierher!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Oberpräsident hat in seiner gefrigen Eröffnungsansprache, ebenso wie der Herr Landeshauptmann in seiner Staatsrede, die katastrophale Notlage unserer Provinz in ihren verschiedenen Wirtschaftssphären dargetan. Auch ich muß von dieser Notlage ausgehen. Sie ist, wie Sie alle wissen, in der Hauptsache und — man kann sagen — fast gleichmäßig begründet durch die außerordentlichen Lasten, die uns die Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge auferlegt. Träger dieser Lasten sind die Stadt- und Landkreise. Der Herr Landeshauptmann hat gestern festgestellt, daß die Provinz weder rechtlich verpflichtet, noch auch tatsächlich in der Lage wäre, diese Lasten auch nur zum Teil mitzutragen. Die Provinz ist aber, wie er auch gesagt hat, auf Gedeih und Verderb mit den Stadt- und Landkreisen verbunden. Die Provinz erhebt zur Deckung ihres Fehlbetrages die Umlage von uns Land- und Stadtkreisen. Deshalb halte ich es für meine Pflicht, hier zum Ausdruck zu bringen, daß einmal bei der Haushaltsfestsetzung der Provinz die Notlage von Stadt und Land innerhalb der ganzen Provinz mitbestimmend sein muß, und zum zweiten, daß wir als Abgeordnete der Stadt- und Landkreise der Rheinprovinz die berufene Stelle im Provinziallandtag einnehmen, um die Wünsche und Forderungen, die wir zur Beseitigung oder Linderung dieser Not erheben müssen, an die Zentralstellen heranzutragen. Meine Damen und Herren! Ueber die Notlage im einzelnen Ihnen irgendwelche weiteren Ausführungen zu machen, dürfte sich erübrigen. Ich nenne nur kurz den schon seit Jahren bestehenden katastrophalen Rückgang der Textilindustrie im Gladbach-Meydter Gebiet, die nun schon monatelang kritische Lage im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet und auch im rheinischen Teile des Siegerlandes hinsichtlich der Schwerindustrie, die Lage der Industrie der Steine und Erden, einmal im Oberbergischen, dann im Westerwald, im Neuwieder Becken

und ganz besonders im Kreise Mayen. Hier steht schon eine ganze Reihe vor allem kleinerer Landgemeinden direkt vor dem finanziellen Zusammenbruch. (Sehr richtig!)

Nun, meine Damen und Herren, hat die preußische Staatsregierung uns in letzter Zeit, besonders noch in der letzten Woche durch den Herrn preußischen Finanzminister erklären lassen, daß sie einen Unter gang der Gemeinden mit allen Mitteln verhüten wolle und daß zu diesem Zwecke ein Betrag von 75 Millionen RM in den preußischen Haushaltsplan 1931 eingestellt würde. Meine Damen und Herren! So dankbar wir diese Mitwirkung anerkennen, ebenso sicher und fest müssen wir aber auch hier die Behauptung aufstellen, daß diese Art der Regelung weder der Höhe noch dem Grunde nach befriedigen kann.

Zunächst der Höhe nach nicht. Das darf ich Ihnen mit den Ziffern belegen, die dem bekannten Breitscheidtschen Reichstagsantrag zugrunde liegen, der dahin geht, daß eine reichsgesekliche Regelung eintreten und diese Regelung eine Beteiligung des Reiches zu 50 Prozent, des Landes zu 25 Prozent und der Gemeinden zu weiteren 25 Prozent bringen möge. Diefem Antrage liegt unter Berücksichtigung des Standes vom 31. Dezember 1930 eine Schätzung der Gesamtausgaben für ein Wirtschaftsjahr innerhalb Preußens von 1,4 Milliarden zugrunde, so daß also auf den preußischen Staat 350 Millionen kämen. Nun will ich einmal optimistisch annehmen, muß dabei aber in einem Atemzuge betonen, daß bei einer objektiven Berücksichtigung der heutigen Wirtschaftslage zu einem Optimismus kein Grund vorhanden ist, daß diese Ziffer sich um ein Drittel vermindert; dann würde immerhin noch das Dreifache dessen, was in den preußischen Haushaltsplan eingestellt werden soll, herauskommen.

Ich sagte, das beabsichtigte Verfahren kann auch dem Grunde nach nicht befriedigen. Denn, meine Damen und Herren, wir müssen als Stadt- und Landkreise, gleichgültig ob Leiter oder in den Verwaltungen oder in den Vertretungen Mitwirkende, den Grundsatz aufrecht halten: Es handelt sich nicht um eine Fürsorgemaßnahme auf Grund des Fürsorgepflichtgesetzes (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!), sondern es handelt sich um etwas, was darüber hinausgeht. Diejenigen, die nach dem neu zu schaffenden Gesetz betreut werden sollen, sind nicht unterstützungsbedürftig im Sinne der Fürsorgepflichtverordnung, weil sie arbeiten können und arbeiten wollen. Und, meine Damen und Herren, ein zweiter Grund ist der, daß wir auf diese Art — ich darf einmal den Ausdruck gebrauchen —, ein Almosen für den Einzelfall zu erhalten, unmöglich der großen Not rechtzeitig begegnen können, die eintreten muß, wenn ein größeres Gemeinwesen oder ein Gemeindeverband von heute auf morgen vor die Tatsache gestellt ist, daß er einfach nicht mehr zahlen kann. Ein dritter Grund ist aber der folgende. Es ist bei der langen Dauer der Erwerbslosigkeit nicht damit getan, daß eine finanzielle Unterstützung der zu Betreuenden erfolgt, sondern darüber hinaus müssen die Gemeinden auch restlos in die Lage versetzt werden, zum mindesten für die jugendlichen Erwerbslosen gewisse Ausbildungskurse usw. einzurichten. Wir müssen weiter dafür sorgen, daß durch eine gleichmäßige Behandlung in allen

Stadt- und Landkreisen dieses ewige Wandern von Stadt zu Stadt, von Gemeinde zu Gemeinde aufhört, denn wir können in aller Objektivität sagen: Es hat heute schon einen Umfang angenommen, daß man von einer Landplage sprechen muß. (Sehr richtig!) Daß eine solche Landplage selbst bei guten Elementen, was ich unbedenklich voraussetzen möchte, auf die Dauer dazu führen muß, daß sie moralische und sittliche Verfehlungen nach sich zieht, das dürfte wohl im ganzen Hause mit Recht zugegeben werden.

Meine Damen und Herren! Angesichts dieser Tatsache möchte ich bitten, daß wir von uns aus an die Staats- und Reichsregierung herantreten und sie in einer Entschliebung, die ich Ihnen vorzulegen mir noch erlauben werde (Zuruf des Abgeordneten Bedt: Die nichts kostet!), bitten, die reichsgesetzliche Regelung sobald wie möglich in einer Form durchzuführen, daß eine gleichmäßige gesetzliche Handhabung gewährleistet ist.

Aber, meine Damen und Herren, über dieses Gebiet der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge hinaus droht uns Stadt- und Landkreisen — man kann sagen, in allen Regierungsbezirken unserer Provinz — ein großes neues Unheil. Das ist der Zusammenbruch der Reichsknappschaft. Meine Damen und Herren! Wenn dieser Zusammenbruch käme, dann würden die Wohlfahrtslasten in einem Umfange emporschnellen müssen, von dem sich heute noch die wenigsten eine Vorstellung machen können. (Sehr richtig!) Und, meine Damen und Herren, wie nahe dieser Zustand vor uns steht, das werden Sie der Presse am vergangenen Samstag entnommen haben, in der veröffentlicht wurde, daß, um die Renten, die am 1. April, also nächste Woche, fällig werden, zahlen zu können, von Reichsseiten 8 Millionen Wertpapiere lombardiert werden müssen, um den Erlös der Reichsanstalt bzw. der Reichsknappschaft zu überweisen.

Eine zweite Ziffer lassen Sie mich anführen. Sie stammt aus meinem eigenen Kreise, der, wie Ihnen bekannt, sehr eisenbergbaureibend ist. Das Amt Daaden mit zirka 11 000 Einwohnern hat unter diesen Einwohnern 1200 Rentenempfänger aus der Reichsknappschaft. (Hört, hört!) Diese 1200 Rentenempfänger zahlen an Grundvermögenssteuer einschl. der Gemeindezuschläge 42 000 RM im Jahre. Es ist bekannt, daß diese kleinen Rentenempfänger heute namentlich in landwirtschaftlich-industriell gemischten Gebieten die besten, d. h. pünktlichsten Steuerzahler sind. Ich will an dieser Stelle nicht untersuchen, ob diese Renten, was ja vielfach gesagt wird, relativ oder absolut zu hoch sind. Ich erachte den Rheinischen Provinziallandtag zur Prüfung dieser Frage nicht für zuständig; ich würde es aber geradezu auch für pietätlos halten, wenn wir uns hier auf rheinischer Erde darüber stritten, wo wir noch im Trauerjahr hinter den mehr als 400 treuen deutschen Bergknappen sind, die in drei schweren Bergwerkskatastrophen den Bergmannstod erleiden mußten. (Zustimmung.) Aber, meine Damen und Herren, gerade deshalb halte ich den Rheinischen Provinziallandtag für die geeignetste Stelle, an das Reich heranzutreten mit der Forderung, daß ein Zusammenbruch der Reichsknappschaft unter allen Umständen vermieden werden muß. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Man sollte meinen, daß damit die Notlage unserer Provinz zur Genüge dargetan ist. Aber sie wird noch überboten durch die Grenzlandnot in den Regierungsbezirken Aachen und Trier, wovon der Herr Oberpräsident und der Herr Landeshauptmann gestern schon gesprochen haben. Meine Damen und Herren! In aller Offenheit erkläre ich vorab: Ich spreche hier für meine Trierische Heimat, die ich von Jugend an kenne. Aber ich versichere Ihnen, daß meine Sachdarstellung dadurch in ihrer Objektivität nicht leidet. Wenn Sie mir selbst nicht glauben, dann verweise auch ich Sie auf die vorzügliche Denkschrift eines Mitgliedes dieses Hauses, des Herrn Regierungspräsidenten Dr. Saafen von Trier. Der Herr Landeshauptmann hat aus dieser Denkschrift gestern eine Reihe markanter Ziffern genannt. Diese Ziffern sind schon überholt. Ich habe heute morgen von dem Herrn Regierungspräsidenten Saafen die Ziffern, die am letzten Samstag zusammengestellt wurden und mit dem Stichtage des 1. April abschließen, erhalten. Daraus ergibt sich z. B., daß allein in den ans Saarland angrenzenden Kreisen des Regierungsbezirks Trier 28 500 Erwerbslose sind, von denen 9302, also fast ein Drittel, eine Wohlfahrtsunterstützung nicht erhalten. Warum? Entweder weil die Bezirksfürsorgeverbände gar nicht mehr in der Lage sind, diese Unterstützungen zu zahlen (Hört, hört! links), oder weil die Not der Leute, die die Lasten dieser Unterstützungsbeiträge tragen müßten, bei gerechter sachlicher Prüfung nicht als geringer angesprochen werden kann, als die der Unterstützungs empfänger.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Landeshauptmann gestern gesagt hat, daß zwischen den Verhältnissen an den Ostgrenzen des Reiches und denen an der Saarlandgrenze ein Unterschied kaum gemacht werden könne, so möchte ich diese Ausführung zunächst unterstreichen. Ich glaube sogar mit allem Recht einen Schritt weitergehen zu können. Ich möchte es aber vermeiden, hier die Vergleichspunkte gegeneinander abzuwägen, eine eingehende Prüfung dieser Unterschiedsmöglichkeit zu machen, einmal deshalb, weil ich die östlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung nicht kenne, dann, weil mir ein so vorzügliches statistisches Material, wie es mir für den Bezirk Trier zugänglich ist, für den Osten nicht zugänglich ist, wahrscheinlich überhaupt nicht besteht, und zum dritten, um nicht in den Ruf zu kommen, daß ich wegen der Tatsache der Osthilfe aus — sagen wir einmal — neidischen Gesichtspunkten die Forderung nach einer Westhilfe erhöhe. Aber, meine Damen und Herren, daran ist nicht vorbeizukommen: Die Not ist größer. Ich anerkenne die große Not im Osten. Ich gebe gerne zu, daß der Grundbesitz vor dem Ruin steht. Aber ich bitte, sich einmal zu überlegen: Ich darf das Wort „Masse Mensch“ gebrauchen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder.) Ich habe ja ausdrücklich gesagt, ich darf's gebrauchen. — Die Masse Mensch im Osten kann aus dem Raum, in dem sie wohnt, ernährt werden, gleichgültig ob dieser Boden sich verzinst, gleichgültig ob der einzelne die Ernährung bezahlen kann oder darum betteln muß; die Masse Mensch an der Saarlandgrenze kann das nicht (Abgeordneter Marx: Sehr richtig!), weil in den Höhengebieten von 600 und 700 Meter der Grund und Boden das nicht

bringt, was die Masse Mensch, die dort wohnt, notwendig hat. (Zustimmung.) Und das treibt zur Verzweiflung.

Meine Damen und Herren! Das wesentlich Wichtigere ist aber die Tatsache, daß es sich um eine politische Not handelt und demnach auch um eine politische Frage. Die Grenzziehung, die willkürlich der Versailler Vertrag hier gemacht hat, ist so, daß vom deutschen Saarland hinüber ein Steinwurf genügt, um in unsere Grenzgebiete zu kommen, in denen die dortige Arbeiterschaft und das Kleinbauernrum dieser wirtschaftlichen Not sondergleichen ausgeliefert sind. Meine Damen und Herren! Ueber den nationalen Geist unserer deutschen Saarleute wollen wir nicht streiten. Man kann wohl eins sagen: Unsere Saarleute, die fünf und zehn Jahre länger als die Bevölkerung der übrigen ehemals besetzten Gebiete die Fremdherrschaft über sich ergehen lassen mußten und aller Voraussicht nach 15 Jahre länger als all die anderen deutschen Gaue, die diese Fremdherrschaft niemals gespürt haben, diese deutschen Saarleute lassen sich durch keines Tyrannen Hohn den mutigen Glauben an die baldige Wiedervereinigung mit ihrem deutschen Mutterlande nehmen. (Beifall.) Meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch einmal mit Stolz betonen, daß der weitaus größere Teil dieser Bevölkerung meiner Partei angehört. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist ihr Unglück, daß sie zu Euch gehören!) Das möchte ich gerade denen ins Gebetbuch schreiben — sofern sie noch eins haben —, die uns deutsche Zentrumsleute und unsere Führer so gern mit dem Vorwurf bedecken, daß wir keinen nationalen Geist besäßen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Taschisten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die deutsche Reichsregierung und auch die preussische Staatsregierung haben sich in anerkennenswerter Weise mit diesen Fragen bereits beschäftigt und Hilfe zugesagt. Unsere Pflicht aber ist es, von dieser Stelle an die Reichs- und Staatsregierung mit der Bitte heranzutreten, daß diese Hilfe bald und gut kommt. Darüber hinaus halte ich es aber auch für notwendig, daß, soweit die Provinz helfen kann, die Provinz auch hilft. Ich möchte annehmen, daß dies im Laufe des Jahres doch in recht erheblichem Umfange geschehen kann. Unter den Arbeitsbeschaffungsprogrammen, die sowohl im Regierungsbezirk Trier wie im Regierungsbezirk Aachen vorliegen, sind eine Reihe Straßenbauten, die mit Hilfe der Reichs- und Staatshilfe unbedenklich finanziert werden müßten. Wenn das der Fall ist, dann möchte ich sagen, daß die rheinische Provinzial-Straßenbauverwaltung nun auch in bevorzugter Weise diese Grenzgebiete berücksichtigen möchte. (Abgeordneter Dr. Saßen: Bravo!)

Meine Damen und Herren! Wenn man von der Schilderung dieser allgemeinen Notlage in unserer Provinz ausgeht und den Haushaltsplan der Provinzialverwaltung aufstellen soll, dann muß das unter einer Devise geschehen, die unabänderlich feststellen müßte: Nur das Notwendigste darf geleistet werden und alles andere — mag es noch so wünschenswert und angenehm sein — muß zurücktreten.

Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt den Haushaltsplan betrachten, so möchte ich zunächst auf den

außerordentlichen Haushaltsplan eingehen, weil ich bei der kritischen Durchleuchtung des Haushaltsplans die hier gemachten Vorschläge für die bedenklichsten halte.

Meine Damen und Herren! In den Druckfassen 3, 4 und 5 ist im einzelnen erläutert, wie die 18 Millionen, die im außerordentlichen Haushaltsplan stehen, sich zusammensetzen. Den Hauptteil nimmt ein Darlehen von 10 Millionen plus 900 000 RM Disagio zur Erhöhung des Stammkapitals der Landesbank ein, und ein weiteres Darlehen gleicher Art ist der Betrag von 119 620 RM für weitere Beteiligung am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk. Meine Damen und Herren! Diese beiden möchte ich ausscheiden. Denn das ist letzten Endes nur eine Finanztransaktion. Bei der Sicherheit, bei der glänzenden Leitung, bei der gesunden Finanzgebarung und insbesondere bei den bescheidenen Reingewinnen, die die Landesbank herausstellt, ist diese Anleihe in ihrer Existenz wie auch in ihrem Ertrag als absolut gesichert zu betrachten. Das gleiche möchte ich für den zweiten Punkt, die Anleihe für das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, bemerkt haben.

Nun aber zu den anderen. Sie betreffen teils den Straßenbau, teils Hochbauten, teils Brückenbauten und Regulierungen. Meine Damen und Herren! In unserer schweren Notzeit Anleihen aufzunehmen, kann nur verantwortet werden, wenn drei Fragen bejaht werden können. Erstens: Ist die Provinz verpflichtet? Zweitens: Ist die Ausführung des Vorhabens im gegenwärtigen Zeitraum notwendig? Und drittens: Sind die entstehenden Lasten tragbar? Da das letztere Kriterium für die Gesamtanleihen in Betracht kommt, möchte ich es vorwegnehmen.

Meine Damen und Herren! Die Tragbarkeit einer Anleihe berechnet sich, ganz besonders heute, nicht allein von der Effektivverzinsung bzw. Amortisation der Anleihe, sondern von den näheren Bedingungen, unter denen sie aufgenommen wird. Diese näheren Bedingungen bringen es mit sich, daß man die Arten der Anleihen einteilen muß in kurz-, mittel- und langfristige. Könnte man noch langfristige Darlehen bekommen, so würde ich bedenkenlos diesem Vorschlage des Provinzialausschusses beitreten. Das ist aber nicht der Fall. Es fragt sich: Wie stellen wir uns zu kurzfristigen Anleihen? Meine Damen und Herren! Ich halte es in der jetzigen Notzeit selbst für einen Verstoß von dem Umfang und der Bedeutung der Rheinischen Provinzialverwaltung für ausgeschlossen, daß man im Wege kurzfristiger Anleihen noch hohe Beträge aufnehmen kann.

Ich darf dazu einen Vergleich ziehen: Die kurzfristige Anleihe kann bei ihrer Fälligkeit den Anleihenehmer überraschen. Vorgänge dieser Art haben wir noch in der letzten Zeit bei großen Wirtschaftsunternehmen zu verzeichnen gehabt. Ich brauche Sie nur zu erinnern an das kommunale Elektrizitätswerk Westfalen. Deshalb scheidet auch bei einem reichen Arbeitgeber diese Art der Anleihe zur Zeit einer Wirtschaftskrise — und die haben wir doch unbedingt — aus. Anders mit den kürzeren oder mittelfristigen Anleihen. Meine Damen und Herren! Hier kommt für die Rheinprovinz ein Moment in Frage, das sehr wesentlich ist; das ist nämlich, daß sie bei längerer Verfügungsmöglichkeit ihr eigenes großes

Finanzinstitut in Gestalt der Landesbank zur Verfügung hat. Deshalb möchte ich sagen: Gelingt es, diese Anleihen auf eine mittlere Dauer — sagen wir von drei bis fünf Jahren — aufzunehmen, dann können wir ihnen zustimmen trotz der Notzeit, wenn die beiden anderen Voraussetzungen erfüllt sind: die Verpflichtung der Provinz nachgewiesen ist und die Notwendigkeit der Unternehmung in dem jetzigen Zeitraum.

Meine Damen und Herren! Unter diesen Gesichtspunkten möchte ich die ersten drei Aufgaben, nämlich 1. den Bau der zwischengemeindlichen Straßen- und Verkehrsanlagen im Bezirk des Ruhrfeldungsverbandes mit 1 Million, 2. die Kraftwagenstraße Köln—Düsseldorf—Industriegebiet mit 2,5 Millionen, 3. die größeren Bauausführungen an Provinzialstraßen mit 1,5 Millionen als diese Bedingungen erfüllend ansprechen.

Der Herr Landeshauptmann hat gestern in seiner Stabsrede mit Recht darauf hingewiesen, daß wir dieses Gebiet des Provinzialstraßenbaues als die erste Aufgabe der Provinzialverwaltung betrachten müssen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Aber Silberberg tut nichts!) Und daran hat die rheinische Wirtschaft unbedingten Anteil; sie hat auch unbedingten und unmittelbaren Nutzen davon. Daß die Arbeiten, die hier vorgesehen sind, auch unter den gegenwärtigen Zeiten als notwendig angesprochen werden müssen, dürfte für jeden, der unsere rheinischen Provinziallandstraßen und den jeweils wechselnden Zustand kennt, selbstverständlich sein.

Aber, meine Damen und Herren, wie steht es mit Punkt 4: Zuschuß zu dem Bau der Moselbrücke in Koblenz bis zu 950 000 RM? Auch hier muß ich sagen, und diejenigen, die den Autoverkehr, den Lastkraftwagenverkehr und allen Fuhrwerksverkehr über die alte Moselbrücke in Koblenz kennen, müssen mir zustimmen: Die Notwendigkeit zur Stunde ist gegeben. (Sehr richtig!) Frage: Wie steht es mit der Verpflichtung der Provinz? Meine Damen und Herren! Diese Verpflichtung — wenn ich ein Wort theoretischer Art sagen darf — kann eine mittelbare und eine unmittelbare sein. Eine mittelbare besteht hier unter allen Umständen. Denn da der gesamte Verkehr über die Provinzialstraßen, die sich nördlich von Koblenz vereinigen, über diese Brücke gehen muß, soweit er nach dem Süden der Provinz und darüber hinaus geleitet wird, hat die Provinz einen mittelbaren Vorteil davon. Und aus diesem mittelbaren Vorteil entspringt auch ihre Verpflichtung zur finanziellen Mitwirkung bei dem Erweiterungsbau. Aber, meine Damen und Herren, es kommt auch, wie ich mir habe sagen lassen, eine unmittelbare Verpflichtung der Provinz hinzu. Es handelt sich um die sogenannte Balduinbrücke, die zur Zeit des Trierer Kurfürsten Balduin gebaut wurde, die dann später auf den preussischen Staat überging. Und vom preussischen Staat hat die Provinzialverwaltung die Ablösung dergestalt vorgenommen, daß sie den Verkehr und das, was er notwendig hat, auszustatten übernahm. Wenn das in dieser Form zutrifft, dann könnte man mit Recht und streng juristisch sagen: Wenn dann dieser Verkehr über den jetzigen Zustand hinausgeht und durch ihn auch nicht mehr notdürftig befriedigt werden kann, dann müßte die Provinzialverwaltung für

ihren Teil daran mitwirken, daß die Erweiterung erfolgt. So liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Moselbrücke in Koblenz. Daraus ergibt sich für mich, daß ich auch dieser Anleihe zustimmen muß.

Zu Punkt 5: Unterstützung der Niers-Regulierung und Eindeichung von Neuwied mit 250 000 RM, Punkt 6: Neubau der Provinzial-Taubstummenanstalt Aachen mit 436 000 RM und Punkt 7: Erweiterungsbauten an der Provinzialarbeitsanstalt Brauweiler und an den Heil- und Pflegeanstalten Andernach, Bonn und Galkhausen mit 418 000 RM habe ich folgendes zu bemerken:

Die letzteren Einrichtungen müssen wir als unbedingt notwendig anerkennen. Bei dem großen Besiß, den die Provinzialanstalten ausmachen, ist es selbstverständlich, daß man einen der Größe entsprechenden alljährlichen Erneuerungsbetrag aussetzen muß. Ich möchte annehmen, daß nach der Illustration, die uns zu den einzelnen Punkten im Haushaltsplan Seite 60 und 61 gegeben sind, die da gemachten Vorschläge nicht über das Maß des Notwendigen hinausgehen.

Für den Neubau der Provinzial-Taubstummenanstalt Aachen 436 000 RM. Meine Damen und Herren! Ich erkläre ganz offen: Das ist mir der bedenklichste Vorschlag. Ich möchte dem Grunde nach annehmen, daß man den Zustand, wie er seit Jahren bestanden hat, auch dann, wenn man ihn immer als unzureichend betrachtet hat, nicht ausgerechnet jetzt in einen Neubau umsehen dürfte. Aber hier kommt eins in Betracht. Wir haben in der vorigen Provinziallandtagstagung den Provinzialausschuß beauftragt, die Vorbereitungen für diesen Bau, den wir damit für notwendig zum Ausbau in der gegenwärtigen Zeit angesprochen haben, zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Auf Antrag des Zentrums!) Daraus resultiert die Folge, daß wir dann auch in diesem Jahre Gewehr bei Fuß stehend die Anleihe aufnehmen müssen, um die Provinzialverwaltung in die Lage zu setzen, nun den Ausbau zu betreiben.

Die Unterstützung der Niersregulierung und die Eindeichung von Neuwied (250 000 RM) ist auch eine Verpflichtung der Provinz, weil es sich hier um die Fortleitung einer einmal übernommenen Darlehensangelegenheit handelt.

Aber, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zu diesen Punkten auch einige kritische Bemerkungen. Aus der Vorlage des Provinzialausschusses wird Ihnen bekannt sein, daß auch beim Deichbau Neuwied eine außerordentliche Ueberschreitung vorgekommen ist. Wir haben als Provinziallandtag ursprünglich 1 Million zugesagt. Um die endgültige Finanzierung zu gewährleisten, wird die Beihilfe der Provinz von dieser 1 Million auf etwa 1 450 000 RM erhöht, also eine Kostenüberschreitung von 45 Prozent.

Ich möchte an einen weiteren Fall erinnern. Als wir im vorigen Jahre hier versammelt waren, erschieben eine Kommission von der Aggertalbauengesellschaft, die nachträglich eine Mitbeteiligung der Provinz forderte, weil die Ueberschreitungen so groß waren, daß der Finanzierungsplan über den Haufen geworfen war. Das hat sich, Gott sei Dank, anderweitig geregelt. Nun bitte ich, meine Ausführungen nicht speziell zu dem einen oder anderen Falle, den ich vorgetragen habe, anzusehen, sondern ich mache sie allgemein. Ich sage mir: Wo soll es hinführen, wenn

wir als vorsichtige Finanzpolitiker arbeiten wollen und dann auf Grund alter Beschlüsse Monate und Jahre später plötzlich vor die Frage gestellt werden, eine wesentliche Ueberteuering, das Aunderthalbfache beispielsweise dessen zu leisten, was wir ehemals beschlossen? (Sehr richtig! im Zentrum.) Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, wir müssen mit aller Strenge in Zukunft dafür sorgen, daß wir bei einer Beteiligung der Provinz nur einer fixen Beihilfe und nicht einer prozentualen zustimmen. Wir können eine Beteiligung von einem Drittel oder zwei Drittel nach wie vor machen, aber der Höchstbetrag muß fixiert werden und darüber dürfen wir nicht hinausgehen. (Abgeordneter Dr. Hagen: Sehr richtig! Zuruf des Abgeordneten Dunder: Es kommt doch immer etwas hinterher!) Sonst können wir nicht als vorsichtige Finanzpolitiker im Auge behalten, wie die Verschuldungsquote des Provinzialverbandes prozentual zu dem Vermögen steht.

Meine Damen und Herren! Aus diesen Erwägungen kommen wir dazu, daß wir trotz der Notzeit die Vorschläge des Provinzialausschusses hinsichtlich der aufzunehmenden Darlehen und damit den gesamten außerordentlichen Haushaltsplan annehmen können. Aber, meine Damen und Herren, auch noch ein letztes Wort allgemeiner Art zu diesem Punkte. Ich möchte hier auf das hinweisen, was der Herr Landeshauptmann gestern gesagt hat. Wir müssen einen wesentlichen Unterschied machen zwischen dem, was von 1925 bis 1929 war, und dem, was heute ist. Wenn ich davon ausgehe — und es ist eine selbstverständliche Folge unserer deutschen Wirtschaftslage, ja, man kann sagen, unserer Weltwirtschaftsnot —, dann muß ich sagen: Wir müssen aufhören mit derartigen Millionenprojekten, sondern dafür sorgen, daß wir alles, was unbedingt geschehen muß, in dem Rahmen machen, der unserer Notzeit entspricht. (Zustimmung.) Wenn wir dieses Verhältnis aufstellen, dann müssen wir aber auch dafür sorgen, daß diese Ausgaben nicht für Unternehmungen gemacht werden — ob sie nun von Stadt- oder Landkreisen oder Landgemeinden ausgehen —, bei denen die Höhe der Aufwendungen im umgekehrten Verhältnis zu ihrer eigenen Leistungsfähigkeit steht. (Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Ich wende mich dann dem ordentlichen Haushaltsplan zu. Unter Einnahmen finden Sie hier einmal 750 000 RM durch Auflösung mehrerer Fonds, dann die Senkung der Amortisationsraten von 5 auf 2 Prozent. Zu diesen Punkten einige kurze Bemerkungen. Die Feststellung der 750 000 RM als ordentliche Einnahme im Rechnungsjahr 1931 ist bedenklich. Wir können sie nur genehmigen, wenn wir uns darüber klar sind, daß wir im nächsten Jahre für diese 750 000 RM eine Deckung nicht benötigen. Nun kommt aber in Betracht, daß der Provinzialhaushaltsplan 1930 einen Fehlbetrag von 550 000 RM aufweist, der 1931 ordentlich gedeckt wird. Also wenn man diese 550 000 RM in Rechnung stellt, würde das Bedenkliche nur hinsichtlich der restlichen 200 000 RM übrig bleiben. Das hat natürlich im Gesamtverhältnis zum Haushaltsplan keine ausschlaggebende Bedeutung.

Nun die Senkung der Amortisationsrate. Der Herr Landeshauptmann hat die Begründung hierzu sehr eingehend gegeben. Ich stelle mich vollkommen

auf seinen Standpunkt. Angesichts der Tatsache, daß es sich hier um Bauten, namentlich Straßenbauten mit einer über die Amortisationszeit hinausgehenden Lebensdauer handelt, sind Bedenken dagegen nicht geltend zu machen.

Nun aber zur Provinzialumlage. Die Umlage soll in der Höhe des Vorjahres und auch in den Prozentsätzen des Vorjahres zur Erhebung kommen. Meine Damen und Herren! Als wir im vorigen Jahre hier waren, hat der Herr Landeshauptmann uns die Möglichkeit vor Augen geführt, daß wir in diesem Jahre eine Erhöhung der Provinzialumlage vornehmen müssen. Diese Mitteilung ist zwar von verschiedenen Seiten des Hauses mit großem Widerspruch aufgenommen worden. Meine Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen. Es könnte in diesem Jahre auch wirklich keine Rede davon sein, ganz abgesehen von der gesetzlichen Steuersperre. Ich würde es begrüßt haben, wenn wenigstens eine bescheidene Senkung der Provinzialumlage erfolgt wäre, schon um der Deffektivität zu dienen. Sie wissen, daß eine solche Senkung in unserer Nachbarprovinz Westfalen in Vorschlag gebracht wird. Aber, meine Damen und Herren, das ist natürlich, wenn wir entsprechende Streichungsvorschläge nicht machen können, ein Ding der Unmöglichkeit. Und ich muß sagen, Streichungsvorschläge in dieser Höhe kann ich nicht machen.

Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit auf etwas anderes kommen. Das ist die Art der Verabschiedung des großen Haushaltsplans der Provinzialverwaltung. Wir müssen damit rechnen, meine Damen und Herren, daß die Zeiten auch noch schwerer werden können, und das muß zu der Folge führen, daß wir im nächsten Jahr nicht mehr mit dieser Provinzialumlage rechnen können. Deshalb muß rechtzeitig darangegangen werden, daß in gemeinsamer Beratung mit der Verwaltung seitens unserer Körperschaft Sparmaßnahmen ins Auge gefaßt werden. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Es ist ein Übel, daß ein solcher Haushaltsplan, kurz bevor er an den Provinziallandtag geht, von dem Provinzialausschuß an einem Tage beraten und während der Tagung von dem zuständigen Finanzausschuß, also dem I. Fachauschuß, nebenbei erledigt wird. Ich möchte mir hier die Anregung erlauben, daß wir entweder die I. Fachkommission beauftragen, oder aber eine besondere Sparkommission für dieses Jahr einsetzen, um rechtzeitig an die Vorarbeiten zur Feststellung der Ersparnismöglichkeiten für das nächste Jahr heranzutreten.

Bei der Gelegenheit möchte ich auch auf die Vereinheitlichung der Provinzialhaushaltspläne im ganzen eingehen. Meine Damen und Herren! Ich begrüße das außerordentlich. Der Herr Landeshauptmann hat in seinem Vorbericht und auch in seiner gestrigen Stabsrede auf die Bedeutung schon hingewiesen. Ich erblicke die Hauptbedeutung darin, daß wir als Provinziallandtags-Abgeordnete in die Möglichkeit versetzt werden, einen Vergleich vorzunehmen. (Abgeordneter Kurth: Sehr gut!) Im Anschluß daran möchte ich mir die Anregung erlauben, daß die Provinzialverwaltung auch die Folge zieht, daß sie wenigstens unsere benachbarten Provinzialverbände bittet, mit uns in einen Austausch einzutreten, so daß man wenigstens für jede Fraktion einen Plan der Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau zur Hand bekommt. Das

würde meines Erachtens auch eine sehr gute Grundlage für die Arbeit der Sparkommission bedeuten.

Meine Damen und Herren! Ich komme dann zum Verkehrswesen. Zu diesem Gebiete habe ich bei den Finanzfragen schon eingehend Stellung genommen. Sie finden hier auch die Denkschrift für den Ausbau und die Unterhaltung eines rheinischen Kreisweges. Zu dieser Denkschrift sowohl wie zu den anderen Vorlagen gibt meine Fraktion ihre Zustimmung. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne ein Wort des Dankes an unsere Provinzial-Straßenbauverwaltung zu richten. (Bravo!) Meine Herren, der beste Dank ist die Tatsache, die Gewißheit, die Sie überall bestätigt hören, daß die besten Provinzialstraßen die Rheinprovinz hat. (Bravo! Zuruf des Abgeordneten Kohl: Es bleibt noch viel zu wünschen übrig!) Diese Feststellung möchte ich als Anerkennung hier zum Ausdruck bringen. Ein besonderes Verdienst haben Sie sich im vergangenen Jahr auch dadurch erworben, daß Sie an den Ausbau der Krümmungen der großen Straßen hergegangen sind, ein Verdienst, das ich besonders vom Standpunkte der Verkehrssicherheit hier würdigen möchte.

Dann haben Sie uns eine Denkschrift über die Erfahrungen bei den einzelnen Straßenbauverfahren vorgelegt. Meine Damen und Herren! Diese Denkschrift hat ein allgemeines Interesse, weit über dieses Gremium hinaus für alle Landgemeinden, Stadt- und Landkreise. Ich möchte heute nur auf eine wertvolle Feststellung dieser Denkschrift eingehen. Es ist die, daß nach den neuesten Erfahrungen die Lebensdauer der Pflaster um 50 Prozent in die Höhe gegangen ist, beim Großpflaster von 50 auf 75, und beim Kleinpflaster von 30 auf 45 Jahre.

Meine Damen und Herren! Daran anschließend möchte ich aber dann auch die Provinzialverwaltung bitten, dafür Sorge zu tragen, daß unsere schwer darniederliegenden heimischen Industrien der Erden und Steine entsprechend berücksichtigt werden. Das gilt insbesondere vom Kreise Mayen, dann auch vom Neuwieder Becken und nicht zuletzt vom Westerwald. Hinzukommt, daß nach einem neuen Verfahren eine Verbindung von Traß und Zement sich als sehr haltbar erwiesen haben soll. Meine Herren von der Provinzialstraßenbauverwaltung, ich habe den besonderen Wunsch, daß man dann auch der Traßindustrie in den Kreisen Mayen und Neuwied entsprechende Aufträge zuteil werden läßt. Eine dritte Bitte hierzu geht dahin, daß auch die Nebenbetriebe der Bauverwaltung, die Walzenbetriebe usw., wie sie lokal vorhanden sind, auch lokal in Anspruch genommen werden.

Meine Damen und Herren! Ich komme zur Wirtschaftspflege. Wie der Herr Landeshauptmann gestern betont hat, ist hier die geringste Kürzung erfolgt. Sie beträgt nicht ganz 1 Prozent. Das müssen wir dankbar anerkennen. Wir haben im vorigen Jahre gemeinsam mit den Rechtsparteien, der Arbeitsgemeinschaft, dem Landvolk und dem Christlichen Volksdienst eine Entschließung gefaßt, die an die Reichs- und Staatsregierung geleitet wurde und Wünsche zur Behebung unserer Landwirtschaftsnot enthielt. Ich muß dankbar anerkennen, daß namentlich in allerletzter Zeit seitens der Reichsregierung

Versuche unternommen werden, die sich in Richtung dieser Entschließung bewegen und von denen wir uns demzufolge den besten Erfolg versprechen dürfen. Aber, meine Damen und Herren, über die Not unserer Landwirtschaft und unserer Kleinwinzer ein Wort zu reden, das kann ich mir ersparen. Sie ist noch katastrophaler, als sie im Vorjahre war. Sie können zurückblättern in den stenographischen Berichten von 1925 ab. Jahr für Jahr war die Schilderung der Notlage auf landwirtschaftlichem Gebiete dasjenige, was uns immer und immer wieder von den verschiedensten Seiten des Hauses vorgetragen wurde. Deshalb erkenne ich dankbar an, daß hier eine Position erscheint, die sogar eine Erhöhung erfahren hat: Für die Grünlandforschung schlägt der Provinzialausschuß statt bisher 10 000 RM 25 000 RM vor. Meine Damen und Herren! Das begrüße ich namentlich im Interesse der Höhengebiete des Westerwalds, des Hunsrück und der Eifel. Bei der Ertragsarmut dieses ländlichen Besitzes ist es unbedingt notwendig, daß die Landwirtschaft sich mehr, als es in früheren Zeiten gewesen ist, auf die Viehhaltung einstellt. Für die Viehhaltung in ihrer Existenz und Rentabilität ist es aber notwendig, daß eine gesunde Grünlandförderung entsteht. Wir geben aber auch diese 15 000 RM Mehr nicht in Hände, von denen wir befürchten müßten, daß sie zu einer Vergeudung führten.

Meine Damen und Herren! Diese Aufgabe ist eine Spezialaufgabe des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen. Unser Mitglied, Herr Rittergutsbesitzer Heuser, ist dessen Präsident und gibt sich gerade auf diesem Gebiete die größte Mühe, was ich auch bei dieser Gelegenheit einmal dankbar anerkennen möchte. (Bravo!) Da darf ich wohl gemeinsam für die Provinz wie für die Kreisbehörden einmal sagen: Ich erkenne besonders dankbar an das Zusammenarbeiten der Staats-, Provinzial- und Kreisbehörden einerseits und des bäuerlichen Berufsstandes andererseits mit dem Landwirtschaftlichen Verein. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Zu den landwirtschaftlichen Schulen wird Ihnen ein neuer Vertrag vorgelegt. Wir stellen uns auf den Boden dieser Vorlage. Ich möchte mit besonderem Dank darauf hinweisen, daß nach diesem Vertrag auch die Weiterbildung des Religionsunterrichts gewährleistet ist. (Zuruf links: Das ist die Hauptfache!) Ueber die landwirtschaftlichen Schulen weitere Worte zu verlieren, erspare ich mir; aus dem Beibericht sehen Sie, welche besonderen Aufschwung diese Schulen genommen haben.

Ich möchte aber hinsichtlich eines Projekts, über das schon in der weiteren Öffentlichkeit gesprochen wird: Errichtung einer Rheinischen Bauernhochschule, hier heute schon zum Ausdruck bringen, daß wir uns zu einem solchen Projekt gern bekennen, aber auch hier die Bedingung stellen müssen, daß diese Schulen wie die landwirtschaftlichen Schulen auf konfessioneller Basis gegründet werden. (Abgeordneter Kohl: Hört, hört!) Ich darf darauf hinweisen, daß derartige Schulen sowohl in der Provinz Hannover wie auch in Schleswig-Holstein bestehen und ebenfalls konfessionell eingestellt sind. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Mit Gottes Hilfe!)

Meine Damen und Herren! Ein Wort zu den Wasserleitungen. Im Jahre 1927 hat es allmählich angefangen, daß man von dem, was unsere Väter und

Großväter für gut befunden haben, abgegangen ist und sogenannte Gruppenwasserwerke gegründet hat. Hier möchte ich feststellen, das ist eines der Unternehmungen, die in dieser Art und Höhe bei der gegenwärtigen Wirtschaftsnot nicht mehr verantwortet werden können. Sie müssen auch bedenken, wie sich die Finanzierung stellt. Auch das können Sie aus dem Vorbericht entnehmen. Ich kann Ihnen jedenfalls aus den beiden großen Gruppenwasserwerken meines Bezirks, des Regierungsbezirks Koblenz, sagen: Sowohl bei dem Gruppenwasserwerk Linzer Höhe wie auch bei dem Wasserwerk Lutzerath sind die Wassergelder, die von den Entnehmern aufgebracht werden müssen, so hoch, daß sie für die Kleinbauern- und Arbeitererschaft, die davon Nutzen ziehen soll, gar nicht tragbar sind. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Wir haben zu den Wasserleitungen im Vorjahre eine Statistik von der Landesverwaltung vorgelegt bekommen. Aus dieser Statistik geht hervor, daß verschiedene Kreise der Provinz noch in außerordentlich mangelhafter Weise mit Wasserleitungen versehen sind. Ich glaube, es sind allein 9 Kreise, deren Bevölkerung noch nicht zu 50 Prozent mit Wasserleitung versehen ist. Ich meine, es wäre eine Forderung der Gerechtigkeit, dafür zu sorgen, daß endlich wenigstens ein gewisser Ausgleich, eine gewisse Gleichheit herbeigeführt wird. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, bei den Beratungen über die Verteilung dieser Zuschüsse in der Westkonferenz dafür zu sorgen, daß diesen meinen Wünschen Rechnung getragen wird.

Nun zur Volksfürsorge. Dieser Etat sieht in den beiden Positionen eine Kürzung um 10 Prozent vor. Die müssen wir mitmachen, so leid es uns in dem einen oder anderen Falle auch tun mag. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte ein Wort ernster Mahnung bei dieser Gelegenheit nicht unterdrücken. Wenn es so weitergeht mit dem Rückschrauben der Ausgaben in der Fürsorge, dann werden wir bald vor der Tatsache stehen, daß wir die freiwilligen Leistungen überhaupt nicht mehr machen können oder nur das, was uns gesetzlich vorgeschrieben ist. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Ihr wollt das Volk verhungern lassen!) Meine Damen und Herren! Dieser Zustand muß um so eher eintreten, als wir in den Reichsüberweisungssteuern und demzufolge auch in der Provinzialumlage einen allmählichen Rückgang seit 1928 schon zu verzeichnen haben. Deshalb möchte ich sagen: Wir müssen uns auf diesem Gebiete, ganz egal ob Stadt- oder Landkreis oder Provinzialverwaltung, in eine Linie stellen und daselbe fordern, was seinerzeit bei der Fürsorgepflichtverordnung auch gefordert wurde. Wie damals gesagt wurde, Ihr sollt keine neuen Leistungen auferlegt bekommen, wenn Ihr nicht auch die Deckungsmöglichkeiten erhaltet, so müßte man jetzt sagen: Dem Abbau dieser Ueberweisungssteuern entsprechend muß auch ein Abbau der gesetzlich von uns geforderten Leistungen bzw. ein Ausgleich dafür gegeben werden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Sonst werden wir sehr bald auf diesem wichtigsten Gebiete der Selbstverwaltung uns das eigene Grab graben.

Nun zum Haushaltsplan selbst. Ich möchte ausdrücklich der engen Zusammenarbeit der Provinzialverwaltung mit den caritativen Vereinigungen, insbesondere mit der katholischen Caritas und der ewan-

gelischen Inneren Mission, ein Wort der Anerkennung widmen. Das gilt insbesondere von dem Gebiete der Fürsorgeerziehung. Sie wissen, daß wir hier in eine gewisse katastrophale Lage gekommen sind (Hört, hört! bei den Kommunisten) durch die Rechtsprechung, die von den obersten Gerichtsbehörden ausgeht. Würden wir nicht dieses enge Zusammenarbeiten feststellen können und würde das dann nicht auch wieder mit den Erziehungsberechtigten zu einem Einvernehmen führen, so würden wir hier die erfreulichen Erfolge nicht zu verzeichnen haben, die tatsächlich vorliegen. Die Ausgaben für die Fürsorgeerziehung sind zwar seit 1924 allmählich zurückgegangen, und man sollte annehmen, daß das ein begrüßenswertes Moment sei. Nein, meine Damen und Herren, aus dem eben angegebenen Grunde ist es das nicht und kann es auch nicht sein, weil ja die ganzen Verhältnisse, die hier mitspielen — die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, der Alkoholismus usw. — eine große Rolle spielen und eher zu einer sachlichen Erweiterung der Fürsorgeerziehung führen müßten. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Oder man kann die Ursachen abbauen!)

Aber, meine Damen und Herren, der Preussische Landtag hat bereits im Februar 1930 sich auf den Standpunkt gestellt, daß auch bei diesen freiwilligen Abmachungen die gesetzlichen Zuschüsse in Höhe von zwei Dritteln geleistet würden. Das ist bisher nicht geschehen. Deshalb möchte ich in voller Erkenntnis dessen, was hier auf finanziellem Gebiete kommen kann, den Herrn Landeshauptmann bitten, namens des Provinziallandtags bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, daß dieses dem Landtag gegebene Versprechen eingelöst und eingehalten wird.

Besonders darf ich hinsichtlich dieses Haushaltsplans ein Wort über die Etatifizierung unserer Ausgaben für die Kinderreichen an Sie richten. Meine Damen und Herren! Ich freue mich, feststellen zu können, daß hier die Sätze von 300 000 RM für den Wohnungsbau für unbemittelte Kinderreiche und von 200 000 RM für die Berufsausbildung und die Müttererholungsfürsorge ungekürzt geblieben sind. Ich muß allerdings zu meinem Bedauern gleichzeitig feststellen, daß ein Betrag von 50 000 RM unter Verschiedenes in diesem Haushaltsplan gestrichen wurde, der auch zu diesen Zwecken Verwendung fand.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird Ihnen einen Antrag vorlegen, diese 50 000 RM wieder einzustellen, und zwar in der Weise, daß die Summe von 200 000 RM auf 250 000 RM erhöht wird und die Deckung der 50 000 RM dadurch erfolgt, daß wir die Entnahme aus dem aufzulösenden Fonds von 750 000 RM auf 800 000 RM erhöhen. In finanzpolitischer Beziehung bin ich der Tragweite dieses Antrages mir wohl bewußt. Aber ich darf auch eins feststellen: Wir haben auf diesem Gebiete etwas gutzumachen. (Sehr richtig!) Als der Krieg zu Ende war, hat man wohl — das war selbstverständlich das Maheliegendste — auf die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen hingewirkt. Jahre weiter ist man dazu übergegangen, auch die im Kriege geborenen Kinder wegen ihrer Unterernährung in Heimen unterzubringen usw. Aber an die deutsche Frau und die deutsche Mutter, die sich aus wirtschaftlicher Not und in nationaler Gesinnung während des Krieges in den Wirtschaftsprozeß eingespannt hat, hat

man erst vor einigen Jahren zu denken begonnen. (Sehr richtig!) Deshalb möchte ich bei den vielen Erfolgen, die wir auf diesem Gebiete zu verzeichnen haben — ich habe selbst in meinem Kreise ein Müttererholungsheim und kann mir ein Urteil erlauben —, bitten, diese 50 000 RM wieder zuzusehen. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Ein Pappentier!)

Meine Damen und Herren! Zur Kulturpflege habe ich nur eine kurze Bemerkung. Hier sind leider auch die Stats gekürzt worden, und zwar zum Teil bis zu 25 Prozent. Ich bedaure diese Kürzung, denn ich betrachte auch dieses Gebiet als eine notwendige Aufgabe, weil es eben ein ureigenes Betätigungsfeld der Provinzialverwaltung ist. Würde nicht dank der Initiative des Herrn Landeshauptmanns auf dem Gebiete der Heimatpflege der Bezuschussung der Heimatmuseen so Erledliches geleistet worden sein (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Für den Kirchenbau!), so würden wir bestimmt auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten nicht dieses erfreuliche Fortschreiten in der Heimatpflege und der ganzen Bewegung zu verzeichnen haben. Ich bin den Herren dieser Abteilung besonders dankbar, darf aber auch wünschen, daß trotz der Kürzung neben der finanziellen Unterstützung die rein beratende Unterstützung unserer Heimatmuseen nach wie vor beibehalten wird.

Meine Damen und Herren! Schwer fällt es mir auch, einer Kürzung zuzustimmen, die sich auf den Kölner Dom erstreckt. Wir haben hier im vorigen Jahr 50 000 RM eingesetzt. In diesem Jahre soll der Betrag um 10 000 RM gekürzt werden. Meine Damen und Herren! Wenn eine Provinz stolz darauf sein kann, ein Kunstwerk und ein Nationaleigentum dieses Umfanges in seinen Grenzen zu haben, dann ist es auch eine notwendige Aufgabe, daß man dafür sorgt, daß dieses Denkmal erhalten bleibt. (Zuruf des Abgeordneten Miegel: Bauen Sie die Gehälter der Geistlichen ab!) Wenn man bedenkt, daß für die Erhaltung des Kölner Doms das Reich, der preußische Staat und die Stadt Köln einen recht wesentlichen Betrag beisteuern und daß diese Beiträge wahrscheinlich doch im gleichen Umfange gesenkt werden, wie wir es hier tun, dann ist das für die Fortführung der unbedingt notwendigen Unterhaltungsarbeiten gewiß eine sehr bedenkliche Sache. Deshalb möchte ich heute schon dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß es im nächsten Jahr wieder möglich wird, die Summe auf 50 000 RM zu erhöhen.

Nun noch ein letztes Wort zu einem Vorgange, der sich im Bezirk Köln abspielt, zur Umwandlung des Bensberger Schlosses, also der früheren Kadettenanstalt, in eine staatliche Bildungsanstalt. Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob Sie über diese Vorgänge so im Bilde sind. Tatsächlich hat die preußische Staatsregierung zur Anfurberung dieser Einrichtung einen Betrag von 50 000 RM im preußischen Haushaltsplan vorgesehen. Diese Schulen sind in der Hauptsache für die Aufnahme von minderbemittelten Schülern aus der weiteren Umgebung, also hier aus der ganzen Provinz, vorgesehen. Die Aufnahme- und Unterhaltungskosten sind außerordentlich bescheiden. Sie können je nach der wirtschaftlichen Stellung des Vaters monatlich 6, 12, 18 bis höchstens 60 RM, also im Durchschnitt 30 RM, betragen. Meine Damen und

Herren! Trotz aller Bedenken über die Berechtigung, auf diesem Gebiete überhaupt noch etwas zu tun — auch wir stehen auf dem Standpunkt, es sind höhere Schulen genug da (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft) —, glauben wir, daß man sich dann, wenn der preußische Staat es tun will, dem nicht versperren darf, sondern auch zugreifen soll. Es kommt in Betracht, daß in den östlichen Teilen des preußischen Staates sechs dieser Anstalten umgebildet sind. In diesen Fällen hat der preußische Staat die gesamten Kosten auf sich genommen. Es muß, weil sowohl ein katholisches wie ein evangelisches Heim in dem alten Schlosse eingerichtet werden soll, für die Schule selbst noch ein Neubau errichtet werden. Hier soll nun wegen dieses allerdings bisher erstmaligen Vorganges eine Beihilfe einmal von dem Kreise und den beiden nächstgelegenen Gemeinden Bensberg und Bergisch-Gladbach und dann auch hier von uns gegeben werden. Meine Damen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß besonders angesichts der Tatsache, daß im ganzen Westen, weder in Westfalen noch in Hessen-Nassau noch in der Rheinprovinz bisher eine Anstalt dieser Art vom preußischen Staat eingerichtet worden ist, für diese eine Anstalt die Kosten auch der preußische Staat genau so gut aufzubringen hat wie für die sechs Anstalten im Osten des Landes. (Sehr richtig! links.) Meine Damen und Herren! Wenn Sie darin mit mir einig gehen, dann würde ich Sie bitten, einer Entschließung zuzustimmen, für die ich folgenden Wortlaut vorschlage:

„Der Provinziallandtag beauftragt den Provinzialauschuß, für die Errichtung einer staatlichen Bildungsanstalt bei Bensberg die Verhandlungen mit der Staatsregierung zu fördern.“

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich zum Schlusse meiner Ausführungen nicht verfehlen, dem Herrn Landeshauptmann, den Beamten und Angestellten der gesamten Provinzialverwaltung, insbesondere auch den Angestellten unserer Provinzialanstalten, unseren herzlichsten Dank und unsere Anerkennung auszusprechen. (Bravo!) Ich tue dies mit besonderer Betonung angesichts der unerhörten Angriffe, von denen uns gestern der Herr Landeshauptmann Kenntnis gegeben hat. Ich darf Ihnen versichern, Herr Landeshauptmann, meine Fraktion steht mit mir auf dem Standpunkt, daß wir alle Veranlassung haben, diese Angriffe lebhaft zu bedauern. Wir sind Ihnen dankbar dafür, daß Sie so eingehend öffentlich in aller Offenheit gestern dazu Stellung genommen haben. Aber, meine sehr verehrten Herren von der Provinzialverwaltung, man sagte früher: „Wer an die Straße haut, hat viele Meister.“ Heute muß man sagen: „Wer am öffentlichen Wege steht, wird mit Dreck beworfen“. (Sehr richtig!) Wer, ob dienstlich oder ehrenamtlich, öffentlich tätig ist, bekommt sozusagen tagtäglich einen Begriff von der Anzulänglichlichkeit unseres gesetzlichen Ehrenschutzes. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Um so mehr und um so treuer stehen wir, hier als Körperschaft gesprochen, hinter denjenigen, gegen die man solch unerhörte Angriffe unberechtigterweise zum Ausdruck bringt. (Bravo!) Meine sehr verehrten Herren und insbesondere Sie, verehrter Herr Landeshauptmann, Ihnen möchten wir dadurch, daß wir hiermit erneut das Vertrauen zum Ausdruck bringen, sagen, daß wir

voll und ganz mit Ihrer Geschäftsführung zufrieden sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Bevor ich in der Statsberatung das Wort weiter gebe, gestatten Sie mir noch etwas nachzutragen.

Ich habe eben den Antrag der Sozialdemokratischen Partei wegen der Weinbergswegen mitgeteilt. Ich habe vorgeschlagen, den Antrag dem I. Sachausschuß zu überweisen. Es wird richtiger sein, ihn dem II. Sachausschuß zunächst zu überweisen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Dann sind wir über Punkt 2 der Tagesordnung zunächst hinweggegangen. Ich möchte doch diesen Gegenstand mit Ihrem Einverständnis jetzt einschleppen und ihn erledigen.

Antrag des Wahlprüfungsausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Eintritt neuer Mitglieder in den Provinziallandtag, nebst zugehörigem Nachtrag.

Hier ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Heinrichs. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abgeordneter Heinrichs: Meine Damen und Herren! In Drucksache 2 sind diejenigen Herren bezeichnet, die durch Tod oder Mandatsniederlegung ausgeschieden sind. Dann sind in den Drucksachen 2 und 24 diejenigen bezeichnet, die nachgefolgt sind. Es sind aus Drucksache 2 Fräulein Boecklen, die Herren Wessel, Maus, Broll, Gröne, Heins, Glier, Repix, Moos, Melsheimer und aus Drucksache 24 die Herren Müller und Winnacker.

Der Provinzialausschuß hat die Berechtigung und die Richtigkeit dieser Nachfolgerschaft geprüft und alles in Ordnung befunden. Der Wahlprüfungsausschuß hat das noch einmal getan und ebenfalls alles in Ordnung befunden. Er empfiehlt einstimmig, daß der Provinziallandtag sich mit den Vorschlägen und Feststellungen des Provinzialausschusses, daß die genannten Herren als Abgeordnete hier eingetreten sind, einverstanden erklären möge.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle Ihr Einverständnis fest. —

Wir fahren in der Beratung des Haushaltsplans fort. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Lehr.

Abgeordneter Dr. Lehr: Meine Damen und Herren! Die neue Form eines Einheitshaushaltsplanes der preussischen Provinzialverwaltungen, in welcher auch unsere Heimatprovinz ihren diesjährigen Haushaltsplan vorlegt, ist durchaus zu begrüßen. Sie gibt uns die Möglichkeit, wertvolle Vergleiche über Leistungen und Belastungen anderer Provinzen anzustellen, und sie gibt den Abgeordneten auch eine bessere Uebersicht und tiefere Einblicke in das umfangreiche Arbeitsgebiet der Provinz. Besonders wertvoll sind die den einzelnen Haushaltsplänen vorangestellten Tabellen mit den vereinigten Bruttozahlen im Sinne der Statswahrheit und der Statsklarheit. Zusammenfassend kann man von dem ganzen sorgfältig aufgestellten Zahlengebäude sagen, daß es im Haupthaushaltsplan und allen seinen Unterhaushaltsplänen widerspiegelt

das Bild einer korrekt arbeitenden und umsichtig geleiteten Verwaltung, die entschlossen ist, sich der Notzeit anzupassen.

Es ist deshalb auch vorab mit Befriedigung festzustellen, daß eine erhebliche Ausgabenlenkung stattgefunden hat (Abgeordneter Kravinkel: Bravo!), mit dem Ziel, möglichst die erheblichen Mindereinnahmen auszugleichen, die auf dem Gebiete der Dotationen, der Ueberweisungssteuern und der Kraftfahrzeugsteuer entstehen und die die Provinzialverwaltung mit 5 250 000 RM einschätzt. Obwohl wir überall eine starke Einengung der Ausgaben feststellen können, muß ich, gemessen an unseren kommunalen Haushaltsplänen, doch noch mit gewissem Neid sagen, daß die Provinzialverwaltung sich in einer glücklichen Lage befindet. In den rheinischen Gemeinden haben die rapide ansteigenden Erwerbslosenlasten nicht nur des Jahres 1930, sondern auch die aus der gleichen Fehlerquelle erwachsenen Fehlbeträge der letzten Jahre in Verbindung mit der starken Verringerung der Einnahmen — alles Momente, von denen die Provinzialverwaltung im wesentlichen bisher glücklicherweise verschont geblieben ist — eine Lage geschaffen, die so gefahrdrohend für Reich und Länder geworden ist, daß sie allmählich auch denen die Augen öffnen muß, die bisher die Notrufe der Gemeinden mit allgemeinen Belehrungen über Sparen und mit dem Hinweis auf früher gemachte Fehler glaubten abtun zu können. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Der außerordentliche Unterschied in der Finanzlage der Rheinischen Provinzialverwaltung zu derjenigen der übrigen rheinischen Kommunalverwaltungen zeigt sich schon auffallend gleich bei den Einführungsworten über die Deckung des Defizits des laufenden Jahres. In der weitaus größten Zahl der deutschen Gemeinden besteht heute keine Möglichkeit mehr, etwa Fehlbeträge des Jahres 1930 ganz oder auch nur zu einem überwiegenden Teil abzudecken, wenn man nicht gleichzeitig einen mehr oder weniger erheblichen offenen Fehlbetrag ausweisen will. Die Provinzialverwaltung hat in ihrem vorjährigen Haushaltsplan bei einem Ausgabeißt von rund 172 Millionen RM 1929 zur Deckung eines Fehlbetrages aus früheren Jahren nur rund 200 000 RM vorgesehen, und sie hat im Haushaltsplan 1930/31 bei einem Ausgabeißt von 175 Millionen RM nur rund 550 000 RM als Fehlbetrag geschätzt; Fehlbeträge, die in der Provinzialverwaltung noch verhältnismäßig bescheiden mit einigen Hunderttausend gerechnet werden, werden bei den vergleichbaren Ziffern rheinischer Großstädte das Mehrfache an Millionen ausmachen. Nun ist es durchaus richtig, daß die Provinzialverwaltung in dieser Form die Deckung der Fehlbeträge vorsieht, denn es widerspricht allen Grundfäden einer geordneten Finanzwirtschaft und einer geordneten Haushaltsführung, daß man Fehlbeträge dieser Art bei einer absinkenden Konjunktur auf neue Rechnung vorträgt. In unseren Gemeindeparlamenten hat man sich leider schon daran gewöhnt und findet heute gar nichts mehr dabei, Millionenfehlbeträge auf laufende Rechnung vorzutragen, obwohl man sie von Ultimo zu Ultimo mitschleppen und mit teureren Bankzinsen bezahlen muß. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Die rheinischen Kommunalverwaltungen selbst haben das größte Interesse an einer vollständigen und dabei

sparsamen Etatsaufstellung der Rheinischen Provinzialverwaltung; denn, was nicht durch Dotationen, Ueberweisungssteuern und Kraftfahrzeugsteuer ausgeglichen werden kann, trifft doch in der Hauptsache die Provinzialumlage. Es ist anzuerkennen, daß der Herr Landeshauptmann mit seinen Mitarbeitern und der Provinzialausschuß bei den Vorarbeiten sich fest entschlossen hatten, von einer Erhöhung der Provinzialumlage Abstand zu nehmen, und in erster Linie Ausgabenentlastungen erstrebt haben. Sie handeln dabei in wohlverstandener eigenem Interesse, denn es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß auch bei der Provinzialumlage Ausfälle entstehen. In welchem Umfange es ganz oder teilweise der Fall sein wird, das möchte ich hier auch nicht schätzungsweise angeben. Aber ich nehme an, daß Zahlungsschwierigkeiten, auf die ich nachher noch zurückkomme, bei einer ganzen Reihe von rheinischen Kommunen eintreten werden. Die Beibehaltung des bisherigen Steuerfußes muß infolge der Verringerung des Steueraufkommens auch eine Verringerung des Aufkommens an Provinzialumlage zur Folge haben, welche die Provinz mit rund 600 000 RM einschätzt. Hier sieht die Provinzialverwaltung den Ausgleich vor in der Heranziehung der Bürgersteuer zur Provinzialumlage; sie wird ja auch wohl Gesetz werden. Aber ich darf hier darauf hinweisen, daß die Heranziehung der Bürgersteuer zur Provinzialumlage bereits einen Nachteil für die Gemeinden bedeutet. Sie kann ja ihrer ganzen Natur nach, solange die Reichseinkommensteuertarife in ihrer Spitze nicht abgesenkt und in der Mitte auseinandergezogen sind, nur im verhältnismäßig beschränkten Rahmen erhoben werden, und selbst der heute nur zulässige beschränkte Rahmen der Erhebung wird schon ganz erhebliche Ausfälle mit sich bringen. Es ist deshalb schon eine gewisse Ungerechtigkeit, wenn diese Bürgersteuer mit den gleichen Hundertsätzen, wie sie für die Reichsteuerüberweisungen zur Provinzialumlage vorgesehen werden, ebenfalls Gesetz wird.

Nun sieht die Provinzialverwaltung als zweiten Weg zur Abdeckung von Wenigereinnahmen vor, daß man eine Anzahl entbehrlicher Fonds ausschüttet. Dieser Regelung kann man zustimmen, wenn es sich um Fonds handelt, die wirklich in bar vorhanden sind und nicht etwa nur eine buchmäßige Abdeckung bedeuten. Sie sind auch an sich nicht hoch, es sollen ja nur etwa 750 000 RM auf diese Weise als besondere Einnahme geschaffen werden.

Ein dritter von der Provinzialverwaltung vorgeschlagener Weg ist die Ausgabenentlastung um 1 530 000 RM dadurch, daß die für Straßenbauzwecke bewilligten Anleihen statt mit dem ursprünglich vorgesehenen Tilgungssatz von 5 Prozent nur mit 2 Prozent getilgt werden. In der Arbeitsgemeinschaft haben hier schon erhebliche Bedenken bestanden, und die Provinzialverwaltung weist ja auch selbst auf das Gefährliche dieses Vorschlages hin. Sie hält ihn auch nur als außerordentliche Notmaßnahme für ein oder zwei Jahre überhaupt für tragbar. Sie glaubt diese Maßnahme nur deshalb vorschlagen zu sollen, weil es sich bei diesen Anleihen um Daueranlagen von Straßen handelt, bei denen mutmaßlich die Tilgung unter der Lebensdauer der Anlage bleibt. Ich halte diese Maßnahme für außerordentlich bedenklich. Unsere Straßen erfahren eine gesteigerte Inanspruchnahme, und man

soll sich nicht dadurch täuschen lassen, daß in der gegenwärtigen Notzeit eine große Anzahl von Fahrzeugen vorübergehend aus dem Verkehr gezogen wird. Mit einem Abdauern dieser verminderten Belastung ist nicht zu rechnen. Es ist vielmehr notwendig, mit einem starken Verschleiß der Straßenbauanlagen im gesamten Rahmen unserer Provinzialverwaltung zu rechnen. Abstriche an den Tilgungssätzen an dieser Stelle können m. E. schon nicht mehr den Anspruch auf eine absolut solide Haushaltsführung erheben.

Abgesehen von den eben genannten drei Maßnahmen hat die Provinzialverwaltung zu wirksamen Abstrichen gegriffen in Höhe von 3 300 000 RM. Von diesen entfallen rund 928 000 RM auf den Personalabbau. Wir haben es im Provinzialausschuß und auch gestern hier aus dem Munde des Herrn Landeshauptmann gehört, daß er angesichts der Not der Zeit eine gewisse Beförderungssperre eingerichtet hat, daß er keine Zulagen zahlen will und daß er nach Möglichkeit bestrebt ist, Stellen, die durch Tod oder Pensionierung frei geworden sind, nicht wieder zu besetzen. Das ist durchaus dankenswert, und das wird ja auch in der Mehrzahl unserer rheinischen Kommunen in gleicher Weise gehandhabt. Aber angesichts der Not der Zeit müssen an dieser Stelle noch durchgreifendere Maßnahmen verlangt werden. (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Es zeigen die Haushaltspläne der Provinz gerade dank der ihnen jetzt eigenen Ubersichtlichkeit und Klarheit einen beachtlichen Zuwachs von Aufgaben, die die Provinzialverwaltung in den letzten Jahren auf sich genommen hat. Es ist mir deshalb auch nicht ganz verständlich, daß gestern, als der Herr Landeshauptmann von dem Zuwachs von Aufgaben in anderen Kommunen sprach, er diesen kleinen Splitter im eigenen Auge offenbar nicht gesehen hat. (Zuruf von den Kommunisten: Ein Balken war es!) Zu den neuen Aufgaben mag vielleicht die Not der Zeit und das Bestreben geführt haben, die Schäden des Krieges und der Nachkriegszeit auszugleichen. So dankbar ein solches Streben zu begrüßen gewesen ist: in der gegenwärtigen Notzeit müssen sich alle öffentlichen Verwaltungen auf ihren eigentlichen Pflichtenkreis beschränken (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) und einen Abbau an freiwilligen Leistungen vornehmen. Auf Grund dieses Aufgabenabbaues kann auch ein weiterer Abbau von Beamten, Angestellten und sonstigen Hilfskräften wirkungsvoll vorgenommen werden. Es muß das Bestreben in allen öffentlichen Verwaltungen sein, die ihnen obliegenden Pflichtaufgaben mit dem möglichst kleinen Personalaufwand vorzunehmen. Es muß dies noch einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. So undankbar die Aufgabe ist, es zu tun: wir können zu einer Gesundung der öffentlichen Finanzen nicht kommen, wenn nicht nochmals und baldigst Gehälter und Löhne in allen öffentlichen Verwaltungen einer Nachprüfung unterzogen werden. (Zuruf von den Kommunisten: Die Oberbürgermeistergehälter! — Zuruf des Abgeordneten Renner: Wieviel beziehen Sie eigentlich?) — Mehr als Sie verdienen! (Seiterkeit.) — Bei dieser Ueberprüfung muß darauf geachtet werden, den öffentlichen Verwaltungen eine größere Beweglichkeit in ihrem Beamten- und Angestellten-Organismus einzuräumen. (Zustimmung bei der Arbeitsgemeinschaft.) Wir müssen die Möglichkeit be-

kommen, mehr als bisher uns dem privatwirtschaftlichen Grundsatz der Bezahlung nach Leistungen zu nähern. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Es ist ein Uebelstand in allen öffentlichen Verwaltungen, daß ein großer Teil einfacher und einfacher Arbeiten mit viel zu hochwertigen, hocheingestuftten Kräften geleistet wird. (Sehr gut! bei der Arbeitsgemeinschaft. — Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die Beigeordneten!) — Wenn Sie einmal Beigeordnete sind, Herr Dunder, wird's wesentlich besser bei uns! (Antwort des Abgeordneten Dunder: Das wird wohl nicht möglich sein!) — Wir fassen noch einen viel zu großen Teil der Verwaltungsaufgaben als staatlichen Hoheitsakt auf, während wir diese Leistungen als Betriebsverwaltungen viel einfacher und zweckmäßiger führen können. (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Es muß notfalls eine grundlegende Gesetzesreform hier finanzielle Sparmöglichkeiten schaffen, wenn sich nicht in Wahrheit Gesetz und Rechte als eine ewige Krankheit forterben sollen, in denen Verunft Unsinn und Wohlthat Plage wird. (Abgeordneter Krahwinkel: Sehr wahr!) Die Beamten und Angestellten sollten selbst das größte Interesse daran haben, daß die sogenannte „Ochsenhour“ möglichst zugunsten hervortretender Leistungen unterbrochen wird. (Sehr gut! rechts.)

Meine Freunde in der Arbeitsgemeinschaft werden jedenfalls dem Herrn Landeshauptmann Dank wissen und ihn mit Nachdruck unterstützen, ebenso wie den Provinzialausschuß, wenn er in diesem Sinne an den Abbau des Personalaufwandes nachdrücklich herangeht. (Zuruf von den Kommunisten: Heilige Rechte der Beamten!)

Und noch eine weitere grundsätzliche Sparmaßnahme möchten wir von dem Herrn Landeshauptmann und dem Provinzialausschuß erbitten. Der Haushaltsplan, der hier zur Verabschiedung kommt, sieht ja ein Maximum von Ausgaben vor, die nach dem Willen des Provinziallandtages geleistet werden dürfen. Darüber hinaus ist es die Pflicht und das eigene Recht des Herrn Landeshauptmanns, fortlaufend darüber zu wachen, ob auch für dieses vom Provinziallandtag beschlossene Ausgabenmaß die rechte Deckung vorhanden oder mit einiger Sicherheit zu erwarten ist. Mangelt es an diesen Voraussetzungen, kommt er zu der Ueberzeugung, daß die vorgesehene Einnahmen nicht oder wahrscheinlich nicht eingehen werden, dann müssen wir von der Provinzialverwaltung erwarten, daß sie rechtzeitig alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen trifft, um jede Nachtragsumlage und jede erhöhte Belastung zu vermeiden. Wir haben es im vergangenen Jahr in den rheinischen Kommunen fast ausnahmslos erlebt, daß unmittelbar nach Verabschiedung der Haushaltspläne umfangreiche Kreditstopps verhängt werden mußten, die sogar ein zweites und vielfach noch ein drittes Mal wiederholt werden mußten. Solche Maßnahmen erscheinen in diesem Notjahr unerlässlich, auch in der rheinischen Provinzialverwaltung, mag die Sperre nun zeitlich oder prozentual ausgesprochen werden. Auf jeden Fall bitte ich den Herrn Landeshauptmann, den Provinzialausschuß rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, wenn ein Minderengang an Einnahmen zu erwarten ist, um mit ihm gemeinsam die Kürzung der Ausgaben, soweit sie nicht gesetzlich oder vertraglich feststehen, vorzunehmen.

Wir beantragen deshalb:

„Provinziallandtag wolle beschließen: Mit Rücksicht darauf, daß es fraglich ist, daß die im Etat veranschlagten Einnahmen eingehen, erwartet der Provinziallandtag, daß die Provinzialverwaltung mit dem Provinzialausschuß eine Kürzung der Ausgaben, die in ihrer Höhe nicht gesetzlich oder vertraglich feststehen, vornimmt, um jedem Fehlbetrag im Jahre 1931 durch den Rückgang der Einnahmen vorzubeugen.“

(Zuruf des Abgeordneten Dunder: Hier soll ein Antrag eingebracht werden, und bei der Stadt sagt Ihr: Es ist nicht möglich! — Glocke des Vorsitzenden.)

Weiter bitten wir den Herrn Landeshauptmann, nach Möglichkeit besorgt zu sein, Ausgaben, die in den ordentlichen Haushaltsplan gehören, nicht in den außerordentlichen Haushaltsplan aufzunehmen und damit auf den Anleiheweg zu verweisen. Angesichts der Höhe der Schulden der öffentlichen Körperschaften und Verwaltungen muß alles getan werden, was in unseren Kräften steht, um die kommunale Umschuldungsaktion weiter durchzuführen und weitere Belastungen vom Anleihemarkt fernzuhalten. Es ist deshalb im vorliegenden Haushaltsplanentwurf nicht richtig, einen Betrag von etwa 400 000 RM für den Neubau der Taubstummenanstalt in Nachen in den außerordentlichen Haushaltsplan einzustellen. Dieser Betrag gehört nach Meinung meiner Freunde in das Ordinarium.

Um aber das Ordinarium nicht zu hoch werden zu lassen, schlägt die Arbeitsgemeinschaft auf Grund der von Herrn Silverberg an Ort und Stelle vorgenommenen Besichtigung vor, den Neubau zunächst auf ein weiteres Jahr zu verschieben. Der Neubau ist gewiß an sich wünschenswert, aber er ist nicht lebensnotwendig. Es wird eine Weile auch noch so gehen. Ich bitte Sie, hier zu bedenken, daß manche Großstädte des Westens in diesem Jahr überhaupt kein Extra-Ordinarium aufzustellen mehr in der Lage waren und daß im Ordinarium die bittersten Lebensnotwendigkeiten gestrichen werden mußten, z. B. Volksschulneubauten oder Erneuerungen, obwohl infolge der Neubautätigkeit sich wesentliche Veränderungen in der Bevölkerungsdichte der einzelnen Stadtteile ergeben haben. Es ist deshalb auch in der Provinzialverwaltung die Zeit gekommen, selbst an lebensnotwendigen Abstrichen vorzunehmen. (Zuruf des Abgeordneten Wikard: Das hätte Silverberg seinen Industriellen sagen sollen; das wäre besser gewesen!)

Abschließend möchte ich zum Ordinarium im Namen meiner Freunde noch wünschen, daß die auffallend große Zersplitterung bei den freiwilligen Leistungen der Provinzialverwaltung in Bagatellbeträgen unzweckmäßig erscheint. Wir bitten Sie, die hier zur Ausschüttung bestimmten Beträge doch mehr nach Hauptverwendungszwecken zusammenzufassen und entweder in einer Einzelnachweisung als Anhang zu führen oder evtl. zu diesen Hauptfunktionspositionen Einzelanträge zu stellen.

In dem Haushaltsplan finden wir auf Seite 43 und Kapitel 48 Titel 13 für Lichtbildwesen 95 000 RM ausgesetzt. Es handelt sich um Kosten der Gemeinschaft des Landesjugendamtes und der amtlichen Bildstelle in der Rheinprovinz sowie um Kosten zur Erhaltung und Ergänzung des Filmbestandes. Meine

Freunde haben den dringenden Wunsch, daß hier die Verwendung der gewünschten Beträge sich vollzieht ohne irgendeine parteipolitische oder weltanschauliche Ausnützung des Films. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Ich komme damit zum außerordentlichen Haushaltsplan. 10 Millionen RM sind bestimmt zur Erhöhung des Stammkapitals der Landesbank. Meine Freunde sind sich darüber klar, daß die bisherige Kapitaleinlage der Provinzialverwaltung und der rheinischen Sparkassen in keinem Verhältnis steht zu den fremden Geldern und daß es an sich, rein bankmäßig betrachtet, zweckmäßig ist, ein solches vernünftiges Verhältnis herzustellen. Bei der Landesbank der Rheinprovinz kommt aber noch besonders für deren Kreditwürdigkeit in Betracht, daß ja der Provinzialverband mit seiner ganzen Vermögensmacht und seinem ganzen Einkommen hinter ihr steht. Dieses Einkommen ist ja letzten Endes auch begründet in der Umlagepflicht der Kreise. Deshalb ist wohl anzunehmen, daß die Erhöhung des Stammkapitals nicht so sehr vom Standpunkt der Notwendigkeit einer Kreditverbesserung zu betrachten ist, sondern daß sie mehr bilanzpolitische Ursachen hat. Wenn meine Freunde zustimmen, so geschieht es unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nach den Plänen der Verwaltung durch die erhöhte Beteiligung der Verwaltung eine stärkere Belastung des Anleihemarktes nicht erfolgen soll. Die Arbeitsgemeinschaft setzt voraus, daß für die Sparkassen, die zweite Gruppe der stillen Teilhaber, soweit es von diesen beansprucht werden sollte, ein ähnliches Entgegenkommen und eine entsprechende Regelung gezeigt wird; denn Sparkassen und Landesbank haben heute in erster Linie die Pflicht, alle verfügbaren Mittel für die kommunale Umschuldungsaktion bereitzustellen. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Ich komme damit zu der Bilanz der Landesbank selbst und möchte im Namen der Arbeitsgemeinschaft den Leitern, den Herren Generaldirektoren Bel und Bernegau sowie ihren Beamten und Angestellten nicht unsere Anerkennung versagen für die erfolgreiche Arbeit des vergangenen Jahres. Die Verwaltung hat es verstanden — das ist ein großes Verdienst —, trotz aller Krisenzeiten die Landesbank außerordentlich liquid zu halten, wie die Bilanz es ausweist. Auch hier handelt es sich um einen durchaus korrekt geführten und zielsicher geleiteten Sonderzweig der rheinischen Provinzialverwaltung. Ich will damit nicht sagen, daß ich in allen Punkten die Zinssätze der Landesbank immer wohlthuend empfunden habe (Zuruf links: Wir auch nicht!) — aber persönlich kann ich mich damit trösten, daß es ja eine ausgleichende Gerechtigkeit bei der Gewerbesteuer gibt. (Heiterkeit.) Besondere Anerkennung gebührt auch der Landesbank für das kommunale Kreditgeschäft und besonders für die kommunale Umschuldungsaktion. Es ist sehr zu bedauern, daß durch das rapide Anwachsen der Fürsorgelasten und durch den mangelnden Lastenausgleich die Kommunen tatsächlich gezwungen gewesen sind, weitere kurzfristige Schulden zur Abdeckung laufender Verbindlichkeiten aus dem Wohlfahrts-etat einzugehen; andernfalls hätte sich die kommunale Umschuldungsaktion viel stärker und durchgreifender ausgewirkt. Der Herr Landeshauptmann hat gestern

noch mit einem gewissen Stolz an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß durch die Bereitstellung kurzfristiger Ueberbrückungskredite der Provinzialverband ja zu seinem Teil dazu beitrage, die Lasten der Erwerbslosigkeit in den Gemeinden zu lindern. Gewiß, die rheinischen Gemeinden werden diese bereitwillige Hilfe der Landesbank begrüßt haben und werden sie noch in Anspruch nehmen müssen. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß es sich um eine höchst bedenkliche Maßnahme handelt, wenn zur Bestreitung laufender, vom Gesetz den Gemeinden vorgeschriebener Ausgaben kurzfristige Kredite aufgenommen werden müssen, für deren Abdeckung laufende geordnete Einnahmen nicht zur Verfügung stehen. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Es widerstrebt allen Regeln einer geordneten Finanzwirtschaft, mit kurzfristigen Krediten laufende Ausgaben zu bestreiten, soweit es sich nicht um Kassenkredite handelt, also um voranschauweise zu leistende Ausgaben für mit Sicherheit zu erwartende Einnahmen im Ordinarium. Um solche echten Kassenkredite handelt es sich hier nicht, sondern es handelt sich um eine Neuaufnahme von Schulden im Ordinarium für Ausgaben, für die eine Deckung einfach nicht vorhanden ist. Diese Verhältnisse, die von dem Herrn Vorsitzenden des Provinziallandtages mit einem harten und scharfen Wort zutreffend im Deutschen Städtetag bezeichnet worden sind, sind den verantwortlichen Aufsichtsbehörden nicht nur in Preußen, sondern auch im Reichsfinanzministerium und in der Reichsbank bekannt. Wie hat man gerade an diesen beiden letzten Stellen in den vergangenen Jahren über die Schulden der Kommunen gewettert! Und hier sieht man einer unheimlich wachsenden kurzfristigen Verschuldung im großen und ganzen tatenlos zu. Hier müssen die Kommunen zur Selbsthilfe greifen. Sie dürfen nicht unter gefahrdrohender Anspannung ihres eigenen Kredits die Verschämnisse von Reich und Ländern überbrücken, denn sie gefährden sich dadurch selbst und lassen die zur Hilfe Verpflichteten in dem Glauben, man könne ruhig zuwarten, man brauche nicht einzugreifen, den Kommunen ginge es noch gar nicht so schlecht, man könne sie eine Weile noch sich selbst überlassen.

Die Landesbank hat die Gefahr der kurzfristigen Verschuldung der Kommunen stets richtig erkannt. Es gebührt ihr die höchste Anerkennung dafür, daß von 550 Millionen RM schwebender Schulden der rheinischen Kommunen rund 200 Millionen RM in etwa 1½ Jahren konsolidiert worden sind, und zwar langfristige mit 100 Millionen, mittelfristige mit weiteren 100 Millionen. An dieser Stelle gebührt auch ein Wort besonderer Anerkennung den rheinischen Sparkassen, die, ohne ihre sonstigen Kreditaufgaben zu beeinträchtigen, namentlich in der Fürsorge des gewerblichen Mittelstandes und in der Bereitstellung von Hypothekar-Krediten, bis zu 50 Prozent des Spareinlagen-Zuwachses an die Landesbank abgeführt haben. Trotz des stark verminderten Zuflusses von Einlagen haben sie hier ihr Bestmögliches getan, um der Landesbank die erforderlichen Mittel zur Ausstellung lombardfähiger Schuldscheine zuzuführen. Es wird eine vornehme Aufgabe der Landesbank sein, dieses gute Verhältnis zu den rheinischen Sparkassen und zu den rheinischen Kommunen weiter zu pflegen, und sie wird es auch weiter als ihre vornehmste Auf-

gabe betrachten, in enger Verbundenheit mit den rheinischen Sparkassen die Umschuldungsaktion energisch durchzuführen. Vor einem muß sie sich hüten: sie darf nicht die willfähige Kasse der Provinzialverwaltung sein. Die Provinzialverwaltung muß ihrerseits bei der Inanspruchnahme der Landesbank immer bedenken, daß sie nicht etwa wie die Städte über eigene selbständige Einnahmen verfügt, sondern im wesentlichen auf Dotation, Ueberweisungssteuern und Provinzialumlage angewiesen ist und deshalb in ihrer Verschuldung haushalten muß.

Die bisherige Verschuldung der Provinz ist zwar immerhin schon beträchtlich, aber nicht besorgniserregend. Die Arbeitsgemeinschaft bittet den Herrn Landeshauptmann, in Zukunft einen besonderen Haushaltsplan der Schuldenverwaltung aufzustellen, in dem man getrennt aufführt die langfristigen, die mittelfristigen Anleihen, die kurzfristigen Kredite mit Angabe der Zins- und Tilgungsbedingungen sowie in besonderer Tabelle den jeweiligen Stand des Kapitalbetrages.

Im außerordentlichen Haushaltsplan sind ferner noch 5 500 000 RM für den Straßenbau vorgesehen. Bereits im vorjährigen Haushaltsplan hatten wir zur Bedingung gemacht, daß diese Arbeiten nur dann in Angriff genommen werden sollten, wenn die Mittel durch langfristige Anleihen beschafft werden könnten. (Zuruf des Abgeordneten Pitard: Und damit hinterwärts abgewürgt!) — O nein! — An dieser Bedingung müssen meine Freunde von der Arbeitsgemeinschaft im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft festhalten. Die Provinzialverwaltung muß versuchen, in erster Linie die bei der Landesbank für sie verfügbar werdenden Tilgungsdarlehen für den Wegebau zu verwenden. Ob im Einzelfall im Provinzialauschuß mittelfristige Anleihen in Erwägung gezogen werden können, hängt in erster Linie davon ab, inwieweit etwa von vornherein die Landesbank die Verlängerung dieser Kredite bis zur endgültigen Tilgung, also bis zu einem Zeitraum von etwa 10 bis höchstens 13½ Jahren in Aussicht stellen kann. Soweit solche langfristigen Mittel oder die begründete Aussicht der Verlängerung mittelfristiger Kredite nicht zu erhalten sind, muß im Interesse der Vereinigung des Anleihemarktes auf kurzfristige Schulden und infolgedessen auch, genau so wie wir es in den Kommunen tun, auf die Durchführung der dann eben nicht finanzierbaren Projekte verzichtet werden.

Im Namen der Landkreise bitte ich möglichst zu vermeiden, daß Kreise, welche höhere Verzinsungen und Abtragungen für bereits ausgebaute Straßen aufbringen müssen, benachteiligt werden zugunsten von Kreisen, welche neue Straßen erhalten sollen und noch wenig selbst geleistet haben.

Zusammenfassend möchte ich sowohl für das Ordinarium wie für das Extra-Ordinarium nochmals den Grundsatz aufstellen und den Herrn Landeshauptmann und seine Verwaltung dringend bitten, ihn mit allem Nachdruck durchzuführen, daß im neuen Geschäftsjahr im ganzen Bereich des Provinzialverbandes die öffentlichen Lasten so gering wie irgend möglich gehalten werden. Wir bitten noch einmal, bedenken zu wollen, daß die Ueberbürdung mit Erwerbslosenlasten schon jetzt ernste Zahlungsschwierig-

keiten bei fast allen rheinischen Kommunen verursachen und daß diese Zahlungsschwierigkeiten, wenn nicht in allernächster Zeit durchgreifende Hilfe von Reich und Ländern kommt, sich zu Zahlungsunfähigkeiten auszuweiten müssen (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft), und daß solche Zahlungsunfähigkeiten sich auch bei der Provinzialverwaltung in der Provinzialumlage auswirken werden. Es muß mit allem Ernst hier betont werden, daß auch dem Provinzialverband auf dem Umweg über die Kommunen aus der Erwerbslosigkeit eine ernste Gefahr für den Haushaltsplan erwächst. Durch die gegenwärtige Verteilung der Erwerbslosenlasten ist es dahin gekommen, daß an Stelle der ursprünglichen Pflicht der Kommunen, für die arbeitsunfähigen Bedürftigen, für die Erwerbsbeschränkten, im Falle der Bedürftigkeit zu sorgen, die Pflicht getreten ist, auch die Voll-Arbeitsunfähigen dauernd zu unterhalten. Nur das Reich ist kurzfristig belastet. Die Länder haben sich ganz herausgehalten, die Provinz ist auch noch einigermaßen verschont, und die Gemeinden tragen das bittere Ende. Das ist eine völlige Verkennung der Verhältnisse und zugleich auch der Nachweis, daß der in normalen Zeiten mögliche Versicherungsschutz gegen Arbeitslosigkeit in einer Weltwirtschaftskrise, in einer Krise von diesem Ausmaß völlig unmöglich ist. An dieser Stelle kann im Interesse des Provinzialverbandes nur die dringende Bitte an Reich und Länder und an die beteiligten Parlamente ausgesprochen werden, durchgreifend und rasch zu helfen, ehe die gefährdrohenden Zustände zur Katastrophe führen.

Zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen: Der Herr Landeshauptmann ist gestern ausführlich auf Angriffe in der Presse eingegangen und hat sie richtiggestellt. Herr Landeshauptmann, wer könnte dafür mehr Mitgefühl haben als gerade ich! (Heiterkeit.) Aber Sie nehmen es mir ja nicht übel; ich glaube, diese Angriffe sind Ihnen noch viel neuer als mir. Ich habe in der Beziehung mir im Laufe der Jahre notgetrunnen schon ein viel dickeres Fell anschaffen müssen. Aber Sie haben vollständig recht, wenn Sie in einer Zeit, in welcher die Not so groß ist, daß sie zu einer starken Boreingenommenheit gegen die öffentliche Hand tatsächlich führt, vor den Gefahren warnen, die in der von Ihnen gerügten Art und Weise der Kritik begründet sind. Letzten Endes, meine Herren von der Presse, können Sie hier nur selbst helfen. Ich habe gelegentlich des 25jährigen Jubelfestes des Vereins Düsseldorfer Presse an dieser Stelle ausgeführt, daß der Mann am Schreibtisch den Richter in sich selbst trägt in seiner noblen Gesinnung. Eine solche ungeheure Macht, wie sie heute der Presse gegeben ist (Zuruf von den Kommunisten: Die schwindeln doch meistens alle), verpflichtet auch in ganz besonderem Maße bei der Kritik. (Zustimmung.)

Weiter habe ich einen Antrag der Arbeitsgemeinschaft zur Geschäftsordnung anzukündigen, der besagt, daß, wenn Anträge gestellt werden, welche die Bereitstellung neuer Mittel erfordern, sie auch Deckungsvorschläge enthalten müssen, die gesetzlich möglich und praktisch durchführbar sind. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist aus dem Düsseldorfer Archiv mitgebracht!) — Zwischen unseren beiden Auffassungen bestehen gewisse Unterschiede, das brauchen Sie mir aber gar nicht zu versichern. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat von der Notwendigkeit gesprochen, einen Zuschuß zu einer neu zu errichtenden staatlichen Bildungsanstalt zu leisten. Sie alle wissen, daß nicht nur die preußische Regierung in dieser Zeit die Gemeinden anhält, die Schulfrequenzen ganz wesentlich heraufzusehen, daß Sparerverlasse mit einschneidenden Ausgabenbeschränkungen auf dem gesamten Gebiet der Volksschule, der mittleren, der höheren Schule und der Berufsschule erlassen werden, daß eine große Anzahl von Junglehrern auf die Straße gesetzt werden müssen. Es scheint uns in der Arbeitsgemeinschaft widersinnig, wenn man in demselben Augenblick, in welchem man bestehende Anstalten wesentlich einschränkt und abbaut, gleich wieder, und wenn es nur 50 000 RM sind, vom Staat zur Verfügung stellen will für die Einrichtung neuer Anstalten. (Zustimmung rechts.) Wir müssen also bei diesem Antrag in eine ernsthafte Prüfung eintreten, ob er jetzt und in diesem Umfang am Platz ist.

Meine Damen und Herren! Während des 77. Provinziallandtages hat der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Herr Abgeordneter Vielhaber, darauf hingewiesen, daß es eine Ehrenpflicht der Rheinprovinz sei, dafür zu sorgen, daß der Ehrenbreitstein erhalten bleibt als Denkmal einer großen vaterländischen Vergangenheit. Nach uns gewordenen Mitteilungen tritt ein immer weiterer Verfall der Gebäulichkeiten ein. Ich möchte deshalb unsere vorjährigen Wünsche an dieser Stelle erneut betonen und die Provinzialverwaltung bitten, helfend einzuspringen, soweit es ihr möglich ist. (Zurufe von den Kommunisten.)

Die rheinischen Kommunalverwaltungen, meine Damen und Herren, stehen vor wahrhaft großen und schweren Aufgaben. Ob wir sie meistern werden? Den festen Willen hierzu lassen Sie uns heute bekunden durch einmütiges Zusammenarbeiten im Rheinischen Provinziallandtag. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **K u r t h**.

Abgeordneter **K u r t h**: Meine Damen und Herren! Der vor uns liegende Etat für 1931 ist ein Not-Haushaltsplan, der sich aus mancherlei Zwangsläufigkeiten ergibt. Auch wir begrüßen es, daß die äußere Gestaltung dieses Etats eine Form gewonnen hat, die es jedem Abgeordneten ohne Mühe ermöglicht, einen umfassenden Blick in die kommunalen Aufgaben der Provinz zu gewinnen. Dieser jetzt eingeführte Einheitshaushaltsplan für die preußischen Provinzen soll andererseits zu Vergleichsmöglichkeiten mit den übrigen Kommunalverbänden Gelegenheit geben.

Nicht die gleiche Genugtuung kommt uns allerdings auf, wenn wir den Haushaltsplan nach der inhaltlichen Seite betrachten. Wohin man schaut: die Not der Zeit leuchtet durch. Sparen, Abbau, Einschränkung, Ausgaben ohne Einnahmen, aufgetürmte Zahlenbilder, die die nächste Zeit schon wieder über den Haufen werfen kann! Unsere heutige wirtschaftliche Lage fordert von den verantwortungsbewußten Kommunalpolitikern: Sanierung der finanziellen und kommunalwirtschaftlichen Verhältnisse. Wir werden daher innerhalb der Gesamtvorlage dieses Haushaltsplanes unsere Verbesserungsvorschläge zu machen haben, uns im

übrigen aber in der Linie des Entwurfs halten, an dem unsere Vertreter im Provinzialauschuß mitgewirkt haben.

Daß wir natürlich einem solchen Haushaltsplan mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen, meine Damen und Herren, braucht nicht besonders betont zu werden. Wir haben diesen Haushaltsplan nicht zu verteidigen, sind aber offen genug, zu erklären, daß die Verhältnisse eine andere Lösung sehr schwierig gestalten. Wir bedauern außerordentlich, daß auch im Etat für Volkspflege und Jugendpflege erhebliche Abstriche gemacht werden mußten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sagen ganz deutlich von dieser Stelle aus, daß jeder Versuch, woher er auch kommen möge, die sozialen und kulturellen Belange innerhalb des Provinzialstats noch mehr zu schmälern, unseren entschlossenen Widerstand finden wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Renner: „Noch mehr“ ist gut!) Wir sind einsichtig genug, zu erkennen, daß in der jetzigen Lage, wo es vorab gilt, 5 Millionen arbeitslose Menschen am Leben zu erhalten, die eine oder andere Aufgabe, wenn nicht eingestellt, so doch eingeschränkt werden muß. Unsere Stellungnahme kann nicht diktiert sein von politischen Agitationsbedürfnissen. (Zuruf von den Kommunisten: Ach nein!) Das überlassen wir den Parteien, deren Existenz steht und fällt mit einer solchen politischen Denkweise (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das war einmal! Siehe Begründung der Sozialdemokratie!) und deren Existenz gegründet ist auf einer in der heutigen Zeit geborenen Verzweiflungsstimmung der Volksmassen.

Die wesentlichste Forderung dieses Haushaltsplanes lautet: Keine Erhöhung der Umlage!

Wir alle, meine Damen und Herren, die wir zumieft draußen in der kommunalen Praxis stehen, haupt- oder ehrenamtlich, wir alle kennen die kommunale Lage unserer Städte, Kreise und Gemeinden. Daher wissen wir, daß eine erhöhte Umlage im jetzigen Augenblick nicht aufzubringen sein würde. Man hätte aber in früherer, besserer Zeit in der Provinz und auch in diesem Hause unserer steten Forderung Rechnung tragen sollen, durch eine Erhöhung der Umlagen die Schulden der Provinz zu mildern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Maßnahmen, die heute getroffen werden müssen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu finden, sind rein zwangsläufiger Natur.

Meine Damen und Herren! Stellen wir den vor uns liegenden Haushaltsplan als eine zwangsläufige Tatsache fest, so dürfen wir doch nicht an der Beantwortung der Frage vorbeigehen: Welche Ursachen führten zu der heutigen Lage? Schwere wirtschaftliche Erschütterungen mit ihren sozialen Folgen prägen sich den gesamten Verhältnissen von heute auf. Der wirtschaftliche Zusammenbruch einer ehemals in gesunder Lebensexistenz stehenden Mittelschicht und das Abstoßen dieses Volksteils in das Heer der arbeitslosen Proletarier hat ohne Zweifel in Deutschland eine starke soziale Umschichtung herbeigeführt. Ein Heer von fast 5 Millionen berufslosen Frauen und Männern, meine Damen und Herren, wahrhaftig eine furchtbare Bilanz!

In diesem Zustand aber liegt das Schicksal eines ganzen Volkes. Und doch wissen wir, daß dieser Zu-

stand lediglich die Folge eines durch den Krieg noch beschleunigten Zusammenbruches des heutigen Wirtschaftssystems bedeutet. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Leider aber sehen noch so viele hiervon betroffene Volksgenossen nicht die großen Ursachen, die diese Lage schufen. Wenn wir aber die Ursache erkennen, dann müssen wir auch zu der Gewißheit kommen, daß es nicht allein Schicksal ist, daß diese 5 Millionen Volksgenossen zur Arbeitslosigkeit verdammt, daß es nicht etwa die Mausele zwischen dem Tüchtigen und dem Untüchtigen bedeutet, die ihn in diese Lage versetzt hat, sondern daß es lediglich auf die Planlosigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zurückzuführen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die 20 Millionen arbeitslosen Menschen auf dem Weltarbeitsmarkt sind die Opfer dieses Systems. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur 11 Millionen Menschen erwerbslos in Europa, sondern auch im Lande des Reichturns, der Technik, des Hochkapitalismus: in Amerika (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist doch Euer Paradies gewesen! Das sollte doch nach Deutschland eingeführt werden!) fast 10 Millionen Menschen arbeitslos auf der Straße! Gewiß trifft die heutige Krise des Wirtschaftssystems unser Land, das dazu noch den Krieg verloren hat, ganz besonders schwer. Aber wollen wir nicht bedenken, daß auch ein Land wie England  $2\frac{1}{2}$  Millionen Arbeitslose zählt, Italien über eine halbe Million, Polen über  $\frac{1}{2}$  Million, trotzdem diese Länder doch hundertaufende erwerbstätige und erwerbsfähige Männer unter den Waffen haben? Und ich frage: Ist etwa Rußland verschont geblieben von dieser Störung zwischen Warenherstellung und Warenabsatz? (Unruhe bei den Kommunisten.) In einer letzten Zusammenstellung über die russischen Arbeitslosenverhältnisse mußte man feststellen, daß allein in dem großen Moskauer Bezirk über 600 000 Menschen erwerbslos sind. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Kommunisten) Und wir glauben sagen zu können, daß wahrscheinlich bei den sehr schlecht durchgeführten sozialen Maßnahmen in Rußland die größte Zahl der wirklich Erwerbslosen gar nicht festgestellt werden kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Renner: Daß Sie nicht selbst darüber lachen müssen, wundert mich!)

Der Rationalisierungsteufel, das ewige Auf und Ab der Wirtschaft, das man landläufig „Konjunktur“ nennt, hat die Mechanisierung der Arbeit gefordert und die menschlich lebendige Arbeitskraft ersetzt durch die tote Maschine. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Ihr seid doch dafür gewesen!) Einfach und logisch diese Ursache und Folge! Und doch laufen gewisse Leute heute in unserem Lande umher und glauben behaupten zu sollen, daß an diesem Zustand ein anderer Schuldiger zu suchen sei, nämlich der Marxismus. Mit diesem Irrruf ließen sich allerdings an jenem 14. September tausende und aber tausende Volksgenossen der enterbten und entwurzelten Mittelschichten, die sich in besseren Zeiten allerdings niemals um Politik gekümmert hatten, zu einer Wahlentscheidung leiten, an deren Folgen das deutsche Volk heute doppelt und dreifach zu leiden hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So will es aber dieses System, das in diesen politisch ungeschulten und seelisch zermürbten

Menschen nur das Werkzeug seiner eigenen Pläne erblickt. Aus dieser wohlüberlegten Absicht heraus wurde dann eine Bewegung geschaffen, die sich Nationalsozialismus nennt, eine Bewegung, die angibt, den Kapitalismus bekämpfen zu wollen (Zuruf des Abgeordneten Renner: Genau wie bei Euch!), die aber in Wirklichkeit gezeugt wurde von dem Kapitalismus als Vater und einer Mutter, die politischer Unverstand heißt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor diesem politischen Wirrwarr steht heute das deutsche Volk, und in dieser Stunde erwächst der Arbeiterschaft eine große Aufgabe. Im Ringen um das Dasein des jungen Volksstaates (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Ihr leidet ja schon an Altersschwäche!), im Kampf um Recht in Staat und Wirtschaft, um Freiheit und Demokratie hat diese faschistische Welle wohl die bürgerlichen Parteien überfluten können, aber an dem Volkswert der organisierten Arbeiterschaft wird diese Schlammflut abprallen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Es entsteht in dieser schweren Stunde des Volkes die Frage: Darf Pessimismus das deutsche Volk niederdrücken? Wir beantworten diese Frage mit einem absoluten und ehrlichen Nein. Das deutsche Volk wird den Glauben an sich selbst nicht verlieren. Vertrauen auf uns selbst, das ist die Vorbedingung eines neuen Aufstiegs und einer neuen Geltung in der Welt. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Ihr sprecht Euch selber Mut zu, weil Ihr bange werdet!) Nicht mit neuen Kriegs- und Haftgefängen (Zuruf des Abgeordneten Renner: Aber mit neuen Panzerkreuzern! — Antwort von den Sozialdemokraten: Endlich hast Du ein Stichwort gefunden!) können wir unser Ansehen unter den Völkern verbessern. (Wolke des Vorstehenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Herr Abgeordneter Renner, ich muß Sie doch nun dringend ersuchen, sich etwas maßvoller hier zu bewegen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ich habe nur geschrien: Der neue Panzerkreuzer!)

Abgeordneter Kurtz (fortfahrend): Ich bin ja vorläufig nicht beim Panzerkreuzer, sondern erst bei der Munition für den Panzerkreuzer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wieviel Panzerkreuzer fahren denn in Rußland?) Darum sollte sich auch das deutsche Volk, das noch mitten in den furchtbaren Kriegsfolgen steckt, dagegen auflehnen, in eine neue Kriegspsychose hineingetrieben zu werden. Darum lehnen wir auch den Antrag der ausgezogenen Nationalsozialisten ab, die dem rheinischen Volk statt Brot und Arbeit Gasmasken liefern wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das rheinische Volk — und das sei von dieser Stelle und auch von uns einmal offen gesagt — hat den Kriegsmilitarismus noch bis in die jüngste Zeit zu spüren gehabt. Fremde Besatzung hat kaum den rheinischen Boden verlassen. Dieses rheinische Volk bedankt sich, die glücklich errungene Freiheit durch ein neues Zwangs-Urri ersetzen zu lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Mohl: Deshalb schüßt Orzeinsti den Stahlhelm!) Das rheinische Volk und in ihm besonders die rheinische Arbeiterschaft hat oft genug bewiesen (Zuruf des Abgeordneten Mohl: daß sie mit der SPD. nichts zu tun haben will!), was man dem Volk und dem Lande

in gegebener Stunde schuldig ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dazu bedarf es nicht der Lehre dieser Pseudo-Patrioten, d. h. jener Leute, die im Reichstag davonlaufen, wenn es gilt, Verantwortung zu tragen und Lasten zu übernehmen.

In der Stunde, da unser rheinisches Land frei ist von fremder Militärmacht, grüßen auch wir unsere Volksgenossen an Rhein und Mosel, hoffend, daß bald auch die letzten Zeugen dieses Krieges von der Saar verschwinden. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Neuer Bürgerkrieg!) Statt neuer Kriege wollen wir Frieden und Verständigung unter den Völkern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zuruf der Abgeordneten Fräulein Keller: Mit Panzerkreuzern! — Antwort des Abgeordneten Gerlach: Mit russischen Großkampfschiffen!) In dieser Stunde, meine Damen und Herren, gedenken wir in tiefer Verehrung und Trauer unseres toten Führers, des Reichskanzlers Hermann Müller. Mit der rheinischen Befreiung wird der Name Hermann Müller auf ewig verbunden bleiben. (Zuruf der Abgeordneten Fräulein Keller: Mit den Panzerkreuzern!) Wir können uns nur dem anschließen, was Reichskanzler Dr. Brüning gestern schrieb:

„Dann aber war es ihm auch vergönnt, die große Stunde der Befreiung der Rheinlande zu erleben, die nicht zuletzt der Erfolg seiner Regierungsarbeit gewesen ist.“

(Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wenn ein Prolet stirbt, sagt Ihr aber nichts!) Meine Damen und Herren! Wir hätten es äußerst angenehm empfunden, wenn gestern von dieser Stelle aus vielleicht durch den Herrn Oberpräsidenten oder durch den Präsidenten dieses Hauses bei Berührung der Frage der Rheinlandbefreiung auch der Verdienste des toten Reichskanzlers gedacht worden wäre. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir gedenken in gleicher Verehrung der verstorbenen Staatsmänner Ebert, Stresemann, Rathenau und Erzberger, die ihr Leben gaben im Kampf um die deutsche Freiheit. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Wo bleiben die erschossenen Arbeiter von Düsseldorf, die noch auf der Totenbahre liegen? — Antwort der Abgeordneten Frau Becker: Das sind Eure Opfer!)

Meine Damen und Herren! Das Problem, das unsere ganze innere Lage heute beherrscht und mit dem auch jeder Haushaltsplan, ob in Staat, Provinz oder Gemeinde, steht und fällt, heißt: Lösung der Arbeitslosenfrage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Zusammenhang ein Wort gerade von dieser Stelle! Wir befinden uns inmitten des gewaltigen westdeutschen Industriegebietes, wo die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hart im Raume stoßen. Und hier sei im Namen der gesamten freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft erklärt: Sollten die Herren Arbeitgeber glauben, die Arbeiter ließen sich die hart errungenen Rechte der Tarifgesetzgebung, der Lohn- und Schiedsgerichtsbarkeit kampflos wieder nehmen, dann unterliegen sie einer gewaltigen Täuschung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Kohl: Wenn die meinen, daß Ihr Ihnen weh tun wollt, dann irren sie sich!) Wir kennen und verfolgen die Bestrebungen in diesem Kampf und sagen der Arbeiterschaft, ob sozialistisch,

ob christlich, ob liberal (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Oder faschistisch!): Mit diesen Grundrechten steht und fällt die wirtschaftliche Freiheit, steht und fällt das Recht auf soziale Gestaltung der Lebensverhältnisse der gesamten Arbeiterschaft. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Arbeiterschaft, zusammengeschlossen in ihren Organisationen, kämpft um ihren berechtigten Platz an der Sonne, kämpft um Brot und Existenz für ihre Familie. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Kohl: Ihr kämpft um Eure Kosten durch Lohnraub! — Antwort des Abgeordneten Gerlach: Kämpft Ihr einmal um ein bißchen Geist!) Schuldlos und verbittert stehen Millionen arbeitslose Menschen in ihrer verzweifeltsten Lage. Wer wagt, diesen Ärmsten nun auch den Anspruch auf das Mindeste zum Leben zu verwehren? Will man das etwa Materialismus nennen? Was soll daher eine Sprache, wie sie die schwertapitalistische „Bergwerkszeitung“ führt, die in letzter Zeit in einem Artikel folgende interessante Ausführungen machte:

„Die materialistische Einstellung beraubte die Armen und Schwachen ihres inneren seelischen Haltes. Die Welt ist unvollkommen und wird es auf unabsehbare Zeit auch bleiben. Der Schöpfer hat es so gewollt. Da kommt die christliche Lehre und spendet Trost für das, was der Arme an irdischen Gütern entbehren muß. Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Selig sind die Armen im Geiste. (Zuruf des Abgeordneten Pikard.) Aber das Glück des Menschen hängt allein von den inneren Dingen ab. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das jagen die Freunde Ihrer Koalition, die Jesuitenpaters. — Antwort des Abgeordneten Gerlach: Nein, das sind die Leute, die Sie nach Rußland geholt und mit Selt und Kaviar gefüttert haben!) Wäre es nicht an der Zeit, daß diese unvergänglichen Wahrheiten dem deutschen Volk wieder stärker zum Bewußtsein gebracht würden?“

Meine Damen und Herren! Diesen modernen Bibelforschern von der „Bergwerkszeitung“ müßte man dann allerdings auch ein anderes Bibelwort in Erinnerung rufen, das da heißt: „Gehe hin, verkaufe alles, was Du hast, und gib es den Armen. Dann wirst Du Deinen Schatz im Himmelreich haben.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Dunder: Ihr kommt ja nicht ins Himmelreich! — Zuruf des Abgeordneten Renner: Ein gläubiger Sozialist scheinen Sie zu sein! — Antwort des Abgeordneten Gerlach: Renner, da hast du wieder nicht aufgepaßt.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat im Reichstag ihre Vorschläge zur Lösung des Arbeitslosenproblems gemacht, die, wenn auch nicht eine vollkommene Beseitigung der Arbeitslosigkeit, so doch eine wesentlich fühlbare Erleichterung mit sich bringen können. Wir fordern vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit — auch innerhalb der Provinzialbetriebe (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Ohne Lohnausgleich!) und bitten den Herrn Landeshauptmann, mit allem Ernst an die Krüfung dieser Frage heranzugehen. Wir fordern die Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr, eine Forderung, gegen die sich die Wirtschaft mit allen Mitteln wehrt. Wir fordern die Ausschaltung der sogenannten Doppelverdiener. (Hört, hört! links.) Wir fordern

endlich eine durchgreifende Preisentung. Wir fordern aber auch — und das sei den Landwirten gesagt — endlich einmal eine Lösung der Frage der ausländischen Landarbeiter. (Sehr richtig! links.) Wir fordern eine verstärkte landwirtschaftliche Bodenverbesserung, und wir fordern ebenso Förderung des Wohnungsbaues und Schaffung produktiver Arbeit durch Reich, Staat und Gemeinde. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Ihr fordert, aber Ihr baut Panzerkreuzer!)

Meine Damen und Herren! Außerordentlich interessant ist es ja nun, zu dieser sehr gewichtigen Frage einmal die Auffassung der Landwirtschaftskammer zu hören, die in dem uns allen zugesandten Jahresbericht unter der Rubrik „Sozialpolitik und Arbeitsrecht“ folgendes wörtlich schreibt:

„Die heutige einseitige Schematisierung in der Arbeitslosenfürsorge ist in erster Linie auf das Bestreben der Gewerkschaftspolitik zurückzuführen, unter allen Umständen die bisher erreichte Lohnhöhe zu halten. Dem Grundsatz der Steigerung des Verantwortungsbewußtseins, daß der einzelne Arbeitslose oder Wohlfahrtsempfänger um jeden Preis, also auch unter Verzicht und Preisgabe etwaiger gewerkschaftlicher Grundsätze Arbeit bekommt, muß im neuen System Rechnung getragen werden.“

Eine solche Denkweise des Freiherrn von Lüninck ist uns ja nicht unbekannt. (Zuruf des Abgeordneten Wilard: Dafür heißt er Lüninck!)

Inmitten der Notlage des Arbeitsvolkes nimmt die Jugendfrage, die Not der arbeitslosen und berufslosen Jugend, ein besonderes Kapitel ein. Die Provinzialverwaltung will gemeinsam mit Staat und Gemeinde dieser Not zu steuern versuchen. Wir vertreten allerdings die Auffassung, daß die hierfür im Provinzialetat vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, und haben deshalb einen Antrag eingereicht, die Position um 100 000 RM zu erhöhen unter Schaffung des Ausgleichs innerhalb des Etats für Volksbildung.

Meine Damen und Herren! Wenn bei der jetzigen Wirtschaftslage nun der Ruf ertönt, daß nur durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Lösung gefunden werden könne (Ironischer Zuruf des Abgeordneten Mohl: Dann sind wir dazu bereit!), so sei gesagt, daß die organisierte und geschulte Arbeiterschaft nicht zum erstenmal den Beweis zu erbringen braucht, daß sie Notwendigkeiten und Möglichkeiten voneinander zu unterscheiden weiß (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), daß sie immer wieder das Wohl des Ganzen und nicht des einzelnen vor Augen hat, also auch das Wohl des ganzen Volkes. (Zuruf von den Kommunisten: Das erzählt jeder Gewerkschaftssekretär!) Wir sagen zu dieser Frage eindeutig und klar: Die Wirtschaftsweise wird umgestaltet werden müssen, wenn Wirtschaft und Volk nicht vollends zugrunde gehen sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Großkapitalisten sollen aber auch endlich wissen, daß mit schädigen politischen Mitteln — und dazu rechnen wir die Subventionierung einer gewissen Bewegung, die berufen sein soll, die deutschen Arbeiterorganisationen zu zertümmern — der Arbeiterschaft nicht beizukommen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch der Ihnen bekannte Kommerzienrat Röschling vor

einigen Tagen in einem Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ glaubt sagen zu sollen, daß diese Finanzierung der Nationalsozialisten wohl kaum allgemein aus Wirtschaftskreisen komme (Zuruf des Abgeordneten Kriegel: Die ist auch überflüssig! Die Gewerkschaften machen das besser und billiger!), so darf doch einmal gefragt werden: Woher haben denn eigentlich diese Hitler und Konsorten ihre riesigen Gelder? Wovon baut denn eigentlich dieser Herr Hitler in München einen Palast, der in seiner Ausgestaltung nur noch erinnert an den Größtenwahn eines bekannten Bayernkönigs. (Zuruf rechts: Was hat das mit dem Haushaltsplan zu tun?) — Das hat insoweit etwas mit dem Haushaltsplan zu tun, als ich versuche, über die nackten Zahlen des Haushaltsplanes hinweg Ursachen und Folgen aufzuzeigen. Wir sind gewohnt, nicht nur in echt krämerischem Geist in nackten Zahlen herumzuarbeiten, sondern wir gehen den Dingen nach bis auf den Grund. (Zuruf rechts: Bis zu Hitler nach München!) Jawohl, auch bis zu Hitler nach München. (Zuruf von den Kommunisten: Bis zu Silberding!)

Meine Damen und Herren! Ein anderer Volksteil, der über Notlage klagt, ist die Landwirtschaft. Landwirtschaftsfragen sind in diesem Hause alljährlich behandelt worden. Die Sozialdemokratie hat oft genug ihr Verständnis erklärt zu der schwierigen Lage auch der Landwirtschaft, namentlich aber der kleinen Bauern. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Siehe Osthilfe!) Der diesjährige Haushaltsplan beweist, daß man gesonnen ist, der Landwirtschaft im Rahmen des Möglichen weiter zu helfen. Die eingefetzten Ausgaben übersteigen sogar noch die Zahlen der Vorjahre. Man vergleiche demgegenüber die übrigen Einzelstats! Wesentlich erhöht ist die Position zur Unterstützung der Grünlandwirtschaft. Darf man daraus wohl auf die Erkenntnis der rheinischen Landwirtschaft schließen, daß man durch eine Umstellung in der Produktion eine Besserung zu erzielen hofft? Kein Geringerer als gerade der auch Ihnen bekannte landwirtschaftliche Führer Professor Dr. Kestner spricht das in einem kürzlich erschienenen Artikel der „Weserzeitung“ klar und deutlich aus, wenn er schreibt:

„Die wirksame Hilfe für die Landwirte würde darin bestehen, ihnen eine Umstellung von Getreidebau und Kartoffeln auf Viehzucht, auf Geflügel, Eier, Obst und Gemüse zu ermöglichen. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Die SPD. wird fett bei der Geschichte!) Macht man den Getreidebau künstlich rentabel, so schiebt man die Umstellung hinaus und verschlimmert die ganze Lage.“

(Zuruf des Abgeordneten Renner: Das haben Sie wohl von Hirtsfieser!)

Beigt nicht das mustergültige Vorgehen vereinzelter holländischer Gemüsebauern in der Kölner Tiefebene am besten, was auf dem Gebiete noch zu schaffen ist? Die Absatzfrage und ihre Regelung ist immer noch ungelöst. (Sehr richtig! rechts.) Die Preisspanne zwischen Produktionspreis und Konsumentenpreis ist immer noch zu hoch. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Darunter leidet Produzent und Konsument, also der Landwirt und in erster Linie die notleidende Arbeiterschaft. Es fehlt in der Absatzregelung immer noch der großzügige organisatorische Gedanke. Man

entschuldigt sich allerdings damit, daß die Landwirte im allgemeinen gegenüber Neuerungen zu stark konservativ eingestellt seien. Infolge der schlechten Absatzregelungen kommt es zu sehr hohen Preissteigerungen auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher. Wir stellen fest, daß z. B. in mancher Großstadt selbst im Sommer das Frischgemüse noch immer teurer ist als Konserven. Wir erheben immer wieder die Forderung: Selbsthilfe der Landwirtschaft in bezug auf Umstellung in der Produktion und bessere Absatzregelung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man rufe doch nun nicht immer wieder nach Zöllen, die doch nur vorübergehend helfen können (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), durch die aber höchstens noch die Ausfuhr unserer Industrieprodukte behindert werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist aber damit etwa der Volkswirtschaft gedient? Wird damit etwa das Arbeitsproblem hier im Westen gelöst? (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Sie stimmen doch allen Hungerzöllen zu! Wer stützt Schiele?) Man lasse doch ebenso die Hoffnung, daß durch stete Subventionen den Landwirten allein geholfen werden könne. (Zuruf von den Kommunisten: Dabei waren Sie für die Osthilfe!) Vielleicht kann man damit die unrentablen und verschuldeten Riesengüter im Osten auf die Weine bringen. Ich sage ausdrücklich: Vielleicht und stimme dem Herrn Landeshauptmann zu, als er gestern sagte:

Was ist wertvoller, daß man hier im Westen große Kommunen zusammenbrechen läßt oder daß man dieses oder jenes Riesengut im Osten auf die Weine bringt?

Sedenfalls steht fest — und das entnehme ich einer Denkschrift der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, die den Nachweis führt —, daß die Lage der Verschuldung der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe besonders im Westen Deutschlands günstiger ist als diejenige der Großbetriebe. (Zuruf rechts: Warum?) — Darauf kommen wir ja noch. — Und in einer Schrift der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse wird gesagt, daß einige Großbetriebe allerdings durch eine vernünftige Umstellung wieder Reinerträge herauswirtschaften könnten. Ebenso steht fest, daß insgesamt die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft sich in den letzten beiden Jahren tatsächlich gehoben haben. Wenn nun aber durch Reichsnotverordnung der Landwirtschaft neue Steuererleichterungen zu den bisherigen Vergünstigungen gebracht werden, dann sollte man diese Hilfsmaßnahmen von Reich und Staat doch endlich einmal in landwirtschaftlichen Kreisen anerkennen und einsehen. (Abgeordneter Pikard: Sehr gut!) Tatsache ist jedoch, daß seit 1924 nahezu 5 Milliarden RM aus den Mitteln der Allgemeinheit in die Landwirtschaft hineingesteckt worden sind. (Abgeordneter Gerlach: Hört, hört!) — Zuruf rechts: Und woher kommt die Schuld? Und trotzdem Kampf gegen den heutigen Staat (Sehr richtig! rechts), trotzdem gerade im agrarischen Osten unter den Landwirten Nationalsozialismus bis auf die Knochen! Trotzdem rebelliert man gegen die durch Notverordnung geschaffene neue Einheitssteuer der Landwirtschaft und bezeichnet sie als eine noch stärkere Belastung für die Landwirte. Es scheint, daß immer noch das Wort gelten soll: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. (Abgeordneter Dr. Stein: Sehr richtig!) Ja, sehr

richtig! Dem halte ich aber auch das andere Wort entgegen: Hat der Arbeiter kein, hat der Landwirt auch nichts. (Abgeordneter Heuser: Auch richtig!)

Meine Damen und Herren! Das ewige Geschrei: Herunter mit den Löhnen und Gehältern, das Herr Oberbürgermeister Lehr aus Düsseldorf so wunderbar anstimmen konnte, hilft weder die Einnahmen der kleinen Gewerbetreibenden erhöhen noch die der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist nur mit 3 Prozent an dem Gesamtaufkommen der Einkommensteuer beteiligt. (Zuruf rechts: Weil sie nur 16 Pfennig die Stunde verdienen!) Die Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes beweisen, daß z. B. die Steuererleichterungen der Gewerbetreibenden gegenüber der Landwirtschaft um nahezu 50 Prozent höher liegen. (Abgeordneter Gerlach: Hört, hört!) Auch die Belastung mit Reichssteuern betrug in den Agrargemeinden im Reichsdurchschnitt beim reinen Landwirt nur 117,50 RM und beim Gewerbetreibenden z. B. 246,10 RM.

Meine Damen und Herren! Warum hebe ich das alles so hervor? Warum reden wir Sozialdemokraten gerade in diesem Augenblick so eingehend über diese landwirtschaftlichen Belange? Weil wir eben die Meinung vertreten, daß die Landwirtschaft kein Recht hat, solche politischen Wege zu gehen, wie sie das in ihren Kreisen zu tun beliebt. Die Landwirtschaft hat kein Recht, weder das System Brüning anzugreifen noch das System Braun zu verdammen. (Oho-Mufe rechts.) — Gerade Preußen hat unter dem System Braun für die Landwirtschaft mehr getan als je ein System vorher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Da lachen ja die Hühner!)

Nehmen Sie, meine Damen und Herren, ein anderes Kapitel, da wir gerade von der Landwirtschaft sprechen. Wie sie klagt haben in landwirtschaftlichen Kreisen über zu teures Geld und über Wucherzinsen! Wie liegen denn nun die Dinge? Reichskanzler Brüning, der Ihnen, den Landwirten von der Zentrumspartei doch wahrscheinlich sehr nahesteht, hat gelegentlich — und nun bitte ich Sie, meine Herren von der rechten Seite, doch einmal acht zu geben — Reichskanzler Brüning hat gelegentlich seiner Ostmarkenreise auch die Frage der übertriebenen Zinsen geprüft und beantwortet. (Zuruf des Abgeordneten Zimmer: Deshalb habt Ihr mit faulen Eiern geworfen!) — Auf Euren Quatsch kann ich doch schließlich nicht mehr reagieren! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Brüning forderte — und das zitiere ich wörtlich — „eine Herabsetzung der Zinsspanne für das Geld, das aus öffentlichen Mitteln in die landwirtschaftlichen Genossenschafts- und Kreditkassen fließt, die es zu mäßigen Zinssätzen empfangen, dann aber zu direkten Wucherzinsen an die Geldsucher weitergeben.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Präsident der Pommerischen Landwirtschaftskammer, Herr von Flemming-Paasig, stellt das in einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ vom 19. Januar 1931 fest, indem er sagt:

„Die Zinssätze, die von den Landwirten gefordert werden, im Verhältnis zu den Zinssätzen, die von den kreditgebenden Stellen berechnet werden, sind viel zu hoch.“

Er sieht den Grund darin, daß in den letzten Jahren die landwirtschaftlichen Warengenossenschaften sich zu

stark an Geldgeschäften beteiligt haben. Dadurch aber sind diese Klassen in einen Konkurrenzkampf zu unseren öffentlichen Sparkassen getreten. Wie stark dieser Uebelstand der Heranbildung und Vermehrung dieser landwirtschaftlichen Kreditkassen geblieben ist, mögen Sie daraus ersehen, daß allein seit 1920 in Preußen rund 6000 solcher landwirtschaftlicher Darlehnskassen und Sparkassen gegründet worden sind. Aber der Beweis der Planlosigkeit ist darin zu erblicken, daß unterdessen auch rund 1900 dieser Kassen wieder eingehen mußten. (Hört, hört! links.) Reichskanzler Brüning — nun bitte ich Sie noch einmal acht zu geben — sagte auf dieser Ostpreußenreise in einer landwirtschaftlichen Konferenz in Lyck wörtlich (Zuruf rechts: Wir sind hier im Westen!), daß Gelder, die vom Reich an die Zentralinstitute zu einem Zinssatz von 5 Prozent gegeben wurden, von den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften in den Provinzen nur gegen Zinsen zu 14 Prozent an die Landwirte weitergegeben worden sind. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Pommern sind tatsächlich von solchen landwirtschaftlichen Kreditkassen insgesamt bis 18 Prozent von den kleinen Landwirten gefordert worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir gehen diesmal mit Herrn Reichskanzler Brüning einen Weg, wenn (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Tun Sie das doch immer!) wir im wahrsten Sinne des Wortes Brechung der Zins knechtschaft fordern, und zwar bei den nationalsozialistischen Landwirten des Ostens. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Eine Frage, die ja in diesem Hause von fast allen Rednern berührt worden ist, ist die Frage des neuen Osthilfeplanes. Sie wissen, daß allein rund 1 Milliarde RM in einem Sechsjahres-Plan dem landwirtschaftlichen Osten zur Verfügung gestellt wird. Von einem sogenannten Westhilfeplan — das ist von verschiedenen Herren betont worden — hört man allerdings nichts. Diese 1 Milliarde RM soll zu einem großen Teil, und zwar mit 560 Millionen RM vom industriellen Westen aufgebracht werden. Nun darf man etwa nicht glauben, daß das eine brüderliche Hilfe des westdeutschen Schwerkapitals gegenüber den Gesinnungsgenossen des Ostens bedeutet. Nein, diese Leute sind viel zu sehr kaufmännisch eingestellt. Sie verlangen, daß das Reich und der Staat diese 560 Millionen mit 5 Prozent zu verzinsen haben. Was sagt nun zu dieser großen Hilfe die Großlandwirtschaft im Osten? Sie lehnt ab, hält die Hilfe für völlig ungenügend. Sie wollen vom Brüning-System keine Hilfe und laufen im Reichstag davon, wenn es gilt, die landwirtschaftlichen Interessen zu vertreten. (Abgeordneter Heuser: Leider!) Im „Westdeutschen Beobachter“ — und dieser „Westdeutsche Beobachter“ hat ja an dem Kladderadatsch nur ein Interesse — las ich dieser Tage, daß einige Ostpreußenkreise beschlossen hätten, und zwar die Landwirtschaft dieser Kreise, in Anbetracht dieser angeblich mangelhaften Hilfe seitens der Reichsregierung eine Frühjahrbestellung in diesem Jahr nicht vorzunehmen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Man kommt bei Betrachtung all dieser Dinge zu der Auffassung, daß die Großagrarier des Ostens in Wirklichkeit von dem heutigen Regierungssystem keine Hilfe haben wollen. (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Sie können doch

nicht nach den Mitteilungen des „Westdeutschen Beobachters“ urteilen. — Weiterer Zuruf rechts: Wir sind doch hier im Westen!) — Ich zitiere ja nur, und zwar eine Mitteilung aus dem Osten. Ich bin schon der Auffassung, daß diese Großagrarier des Ostens im Augenblick politische Interessen vor ihre wirtschaftlichen stellen. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Trotzdem waren Sie für die 1 Milliarde!) Man ruft eben nach Herrn Hitler! Herr Hitler soll ihre Frage dann 100prozentig lösen. Leider — und das möchte ich meinem hochverehrten Herrn Kollegen Heuser sagen — stimmt in diese Aktion auch ein sehr bekannter rheinischer Bauernführer ein, der in der „Westdeutschen Bauernzeitung“ vom 17. Februar 1931 folgendes zu schreiben wagte:

„Sollen wirklich, wie Dr. Brüning anscheinend annimmt, genau die gleichen Kräfte und genau die gleichen Gruppen, die in den letzten 10 Jahren alle diese Fehler gemacht haben, nämlich die wirtschaftlichen Machtgruppen der Gewerkschaften und der Ausfuhrindustrie und der sonstigen nicht bodenständigen Bevölkerung oder, politisch gesprochen, die Links- und Mittelparteien von der Deutschen Volkspartei über Zentrum bis zu den Sozialdemokraten, sollen wirklich ausgerechnet diese gleichen Gruppen befähigt und berufen sein, jetzt die Fehler, für die sie verantwortlich sind, wieder gut zu machen und für die Zukunft eine ihrer bisherigen Haltung entgegengesetzte vernünftige und gesunde Politik gewährleisten?“

Und der das schreibt, ist der eben schon genannte Freiherr von Lüninck (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), der für diese Annahme schon von der „Rheinischen Zeitung“ die treffende Antwort bekam, als dieses Blatt ihm erwiderte:

„Es muß zunächst als eine Annahme sondergleichen anmuten, wenn Herr von Lüninck, der persönlich keinen Grund und Boden sein eigen nennt (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), sich trotzdem aber als rheinischer Bauernführer der Öffentlichkeit vorstellt, wenn dieser Herr von Lüninck von Dingen redet, für die er nicht die geringste Sachkenntnis mitbringt.“

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und ich möchte hinzufügen: Der Arbeiterklasse Bodenständigkeit, das bedeutet im tieferen Sinne Heimatgefühl, abzusprechen, ist ein Stück jener Grobschnauzigkeit, wie wir sie höchstens noch beim alten Januschauer besser gewohnt sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Die Frage, die heute im Vordergrund steht, auch für die Gemeinden, für die Kreise, auch für den Staat, ist die: Wie gelingt es uns, das Erwerbslosenproblem zu lösen? Die Städte und Gemeinden sind am Ende ihrer Kräfte. Die Lastenverteilung in der Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen muß durch Reichsgesetz neu geregelt werden. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Mit dem Gummi knüppel!) Der diesbezügliche Antrag Breitscheidt und Genossen vom Dezember vorigen Jahres ist von den deutschen Landkreisen, allerdings nicht so sehr vom Deutschen Städtetag unterstützt worden. Und man darf hoffen, daß die Reichsregierung baldigst darangeht, um diese Frage einer Endlösung zuzuführen. (Abgeordneter Hoffmann:

Sehr schnell!) Wir werden diesem Hause eine entsprechende Resolution vorlegen, und es darf erwartet werden, daß die Parteien, die sich so warmherzig für die kommunalen Belange einsetzen, dieser sozialdemokratischen Resolution ihre Zustimmung geben.

Daneben aber erwächst den Gemeindeverbänden und auch den Gemeinden gerade in der jetzigen Zeit die Aufgabe, in das Wirtschaftsleben einzugreifen nicht nur durch Straßen- und Wohnungsbau, sondern auch durch Verkehrsverbund und durch Schaffung von produktiven Betrieben, wodurch den Arbeitslosen Arbeit und Brot gegeben werden kann. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Wir begrüßen es daher, wahrscheinlich im Gegensatz zu den Herren von der Arbeitsgemeinschaft, daß die Provinzialverwaltung trotz der Widerstände, die wahrscheinlich in den nächsten Tagen verstärkt in diesem Hause auftreten werden, in den außerordentlichen Etat Mittel für Hoch- und Tiefbau-Arbeiten eingesetzt hat. Daß diese Mittel nur innerhalb des außerordentlichen Etats, d. h. im Wege der Anleihe ausgebracht werden können, ergibt sich ja allein schon aus der Lage des ordentlichen Haushaltsplanes. Kategorisch erklärt nun die Provinzialverwaltung: Entweder Deckung durch Anleihe oder Unterlassung dieser Arbeit! Die Möglichkeit, die letztere Frage zu beantworten, will man dann dem Provinziallandtag überlassen. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion kann in keiner Weise zweifelhaft sein.

In diesem Zusammenhang aber haben wir der Provinzialverwaltung folgendes vorzutragen: Mit dem Sitz in Köln haben sich die Firmen, die sich mit dem Bau von Teer-Mataban-Straßen beschäftigten, zu der sogenannten Strabag zusammengeschlossen. Die angeschlossenen Firmen sind unter Androhung einer Konventionalstrafe von 20 000 RM verpflichtet (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist eine Spitzbubengesellschaft!), bei Preisangeboten nur Verbandspreise zu berechnen. (Hört, hört! links.) Auf diese Weise werden ganz selbstverständlich künstlich die Preise auch gegenüber der auftraggebenden Provinzialverwaltung in die Höhe getrieben werden müssen. (Sehr richtig! links.) Wir fragen den Herrn Landeshauptmann, ob ihm diese Vorgänge bekannt sind und was er zu tun gedenkt, um die Provinz vor einer Benachteiligung und einer Uebervorteilung auf Kosten der steuerzahlenden Bürger zu schützen? (Zuruf links: Ausplünderung ist das!)

Eine lebhaft umstrittene Frage auch innerhalb der Provinz ist die Herabsetzung der Verwaltungskosten persönlicher und sachlicher Art. Wir entnehmen dem Bericht des Herrn Landeshauptmanns, daß allein durch Einsparung und Kürzung von Gehältern und Löhnen eine Summe von 928 000 RM erzielt werden soll. In einer recht zweifelhaften Presse, die gestern von dem Herrn Landeshauptmann noch nicht zur Genüge gekennzeichnet wurde, erscheinen in der jüngsten Zeit die bekannten Angriffe gegen die Verwaltung und die Beamten der Provinz. Es wird nun in dieser Presse so darzulegen, als ob auch die Sozialdemokratie infolge ihrer starken Vertretung innerhalb dieses Beamtenkörpers an den sogenannten Mißständen schuldig sei. Darauf sei doch einmal ganz klar gesagt, daß die Sozialdemokratie innerhalb der Provinzialverwaltung in einer Stärke vertreten ist, die

absolut nicht ihrer Bedeutung und ihrer Größe entspricht. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Gott sei Dank!) Man kann doch nicht von einer starken Vertretung im Beamtenkörper sprechen, wenn tatsächlich unter 100 Oberbeamten ganz und gar 3 Sozialdemokraten sich befinden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Kommunisten. — Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Deshalb ist auch keine Korruption da! — Unruhe.) Im übrigen aber kennen wir diese typische Beamtenhebe, die nicht nur aus dem Lager der Nationalsozialisten heraus kommt, sondern auch aus dem Lager der Freunde, die sich in enger Tuchfühlung mit den Nationalsozialisten befinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Niemals verschließen wir uns hier in diesem Hause sachlichen und ernsthaften Vorschlägen. Wir sind auch die letzten, die etwa der Meinung sind, daß innerhalb des Verwaltungsetats dieser Provinz nicht noch mancherlei zu sparen sei. Die Sozialdemokratie ist stets ein Gegner der Riesengehälter gewesen. Wir haben immer ihren Abbau gefordert, ebenso den Abbau der hohen Pensionen, und gegenüber den kleineren Beamten eine soziale Staffelung der Gehaltsfestsetzung. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Früher, aber heute nicht mehr!)

Wir fordern aber auch ebenso eine Herabsetzung der Mammutgehälter, die heute noch in der Industrie gezahlt werden. (Sehr gut! links.) Man werfe doch keine Steine auf die Beamten in den Spitzen der Kommunen, da sie ein angeblich zu hohes Gehalt beziehen, wenn allein der Generaldirektor des Siemens-Konzerns ein jährliches Einkommen von 800 000 RM hat. (Hört, hört! links.) Sein Direktor von dem gleichen Konzern geht mit 350 000 RM nach Hause. (Hört, hört! links.) Der Generaldirektor des Ruhr-Montan-Truists bezieht ein Gehalt von jährlich 400 000 RM. (Erneute Hört, hört-Rufe links.) Und das sind gerade die Kreise, die glauben, heute gegen die angeblich zu hohen Gehälter in Reich, Staat und Gemeinde vorgehen zu sollen. Dabei ist es gerade die Industrie gewesen, die Schrittmacher dieser angeblich zu hohen Bezahlung in Reich, Staat und Gemeinde gewesen ist, weil die Industrie die besten Beamten aus der Kommunalverwaltung herausgelotet hat, unter Versprechung solcher Riesengehälter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir lehnen es ab, daß berechnigte Forderungen bezüglich Regulierung der Beamtengehälter mit einer allgemeinen Beamtenhebe verquittet werden. Wir unterlassen es nicht, den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Provinz von dieser Stelle aus unseren Dank zu sagen.

Meine Damen und Herren! Außerordentlich schmerzvoll berühren uns die Sparmaßnahmen beim Landesjugendamt. Nicht weniger als 25 Prozent Abstriche bei der Gesundheits- und Erholungsfürsorge für Kinder Nichtversicherter! 10 Prozent Abstriche bei der Jugend-Gesundheitspflege, fast 17 Prozent Abstriche bei den Zuschüssen für Jugendpflegeorganisationen und 40 000 RM weniger für allgemeine Jugendpflege! Ob gerade die Ersparnisse auf diesen Gebieten den richtigen Weg darstellen, um Haushaltspläne auszugleichen, wagen wir zu bezweifeln. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Leider steht heute unsere Jugend, und vor allem unsere schul-entlassene Jugend, in einer entsetzlichen wirtschaftlichen und beruflichen Lage. Schon an der Wiege empfängt

das Kind des armen Volkes statt Licht und Sonne, Not und Entbehrung. In düsteren Stuben wachsen sie auf. (Zuruf des Abgeordneten Riegel: Ihr lehnt die Kinderfütterung ab!) Die Arbeitslosigkeit des Vaters ist ein früher Wegweiser eines eigenen kommenden Schicksals. (Zuruf von den Kommunisten.) Sollen wir etwa unsere Jugend wieder in überfüllten Klassen, in nervöser Hast und Drängen erziehen? (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das will aber Severing, eine Erhöhung der Klassenfrequenz!) Steht heut nicht das junge Menschenkind am Ende seiner Schulzeit hoffnungslos vor einem Nichts? Berufsausbildung ohne Beruf! Beruf ohne Arbeit! Ein Leben ohne Inhalt und Lebensfreude! (Zurufe von den Kommunisten. — Glocke des Vorsitzenden.) Zu dem materiellen Elend die seelische Zerrüttung! Braucht man sich da zu wundern, daß diese jungen Menschen ohne Halt und Stütze einer Bewegung nachjagen, die ihnen in tranthaften Phantastereien ein besseres Los verspricht?

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten sind entschlossen, den Abbau der sozialen Fürsorge und auch der Jugendpflege nicht bis zum Weißbluten zuzulassen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Wir lehnen uns dagegen auf, wenn man glaubt, heute die amtliche Wohlfahrtspflege wieder auf das Gebiet der freiwilligen Wohlfahrtspflege abdrücken zu können. Wir sprechen aus, daß der Unterstützungsberechtigte ein Recht auf seine Unterstützung hat (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten) und daß er es nicht nötig hat, in einem sozialen Staat, bettelnd von Haus zu Haus zu gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Kommunisten.) Wir lehnen uns deshalb dagegen auf, wenn heute der eine oder andere Oberbürgermeister voreilig dazu übergeht und glaubt, die Zeit sei gekommen, die Rücksätze herabzusehen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das will ja Severing mit seinem letzten Gesetz!) Wir sagen diesen Herren: Hier handelt es sich um ein wohlervornenes Recht (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), um das gleiche wohlervornene Recht, auf das sich diese Herren Beamten so oft stützen, wenn es sich um einen geringen Abzug ihres Gehaltes handelt. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Fragt mal, was sie in Frankfurt machen!) Es ist das gleiche wohlervornene Recht, das bei diesen Beamten bei dem Gehalt beginnt und bei den Zuschüssen aus der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt aufhört. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir sind entschlossen, diese gefährdete Jugend einer Bewegung und Einflüssen zu entreißen, die geradezu verwildernd auf sie einwirken. Wir sagen auch: Sparen auf Kosten der Jugend muß sich einmal bitter rächen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Steht das deutsche Volk erneut an einem Wendepunkt seiner Geschichte? Eine im Krieg untergegangene Macht hält den Zeitpunkt für günstig, das Ruder in Deutschland wieder zu ergreifen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Ihr fördert sie ja!) Man soll sich nicht täuschen! Gewiß ist die junge deutsche Republik in einer Zeit geboren, da unserm Land und Volk Untergang drohte. Gewiß muß diese Republik ihre Jugendjahre in hartem Ringen durchleben (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Verschwinden muß sie und durch eine sozialistische ersetzt

werden!) und ebenso gewiß, daß dieser Volksstaat nicht von heute auf morgen dem Volke neuen Wohlstand und neues Glück geben kann. (Zurufe von den Kommunisten. — Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Renner hat ja gar nichts gesagt!) Die Sache ist erledigt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wie können Sie mich zur Ordnung rufen? — Glocke des Vorsitzenden.) Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen aufmerksam.

Abgeordneter Kurth (fortfahrend): Ebenso ist gewiß, daß dieser Volksstaat nicht von heute auf morgen neuen Wohlstand und neues Glück schaffen kann. Dafür sind die Lasten zu groß, die auf unserer Generation ruhen. Aber des möge man sicher sein, daß die Republikaner entschlossen sind, diesen Staat nicht auszuliefern an eine Horde von Phantasten und Pathologen. Die republikanische Bevölkerung steht in Abwehr gegen alle Feinde dieses Volksstaates, gegen alle Feinde der Demokratie, aber auch im entschlossenen Angriff gegen jeden, der es wagen sollte, das Banner dieses Volksstaates herunterzureißen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ihr habt ja Schupo!)

Wir wollen aus diesem Wirtschaftslelend heraus! Wir wollen aus dieser entsetzlichen Volksnot heraus, koste es, was es wolle! Wir wollen der nachkommenden Generation ein besseres Los bereiten helfen! Wir wollen Recht und Freiheit in Staat und Wirtschaft! Wir wollen das Dichterwort wahr machen: Ein freies Volk auf freiem Grunde! (Bravo! und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Meine Damen und Herren! Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß der Herr Abgeordnete Lessenich während der Rede des Herrn Abgeordneten Kurth, als dieser darauf hinwies, daß bei der Provinz drei Sozialdemokraten sich als Oberbeamte befänden, den Zuruf gemacht habe: „Deshalb gibt's auch keine Korruption!“ (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Richtig, das habe ich gesagt! — Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten: Unerhört! Flegel!) — Ich bitte um Ruhe. — Ich rufe den Abgeordneten Lessenich für diesen Zuruf zur Ordnung.

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Riegel.

Abgeordneter Riegel: Ich halte es für notwendig, eingangs meiner Ausführungen einige Worte zu verlieren über den „Auszug der Juden aus Ägypten“, wie wir ihn heute morgen hier erlebt haben. Wir sind der Ueberzeugung, daß es sich bei diesem Vorgehen der Nazis um ein wohlorganisiertes Manöver gehandelt hat (Sehr richtig! links), wie es die Nazis auch im Reichstag durchgeführt haben, um jeder Auseinandersetzung über die hier auf der Tagesordnung stehenden Fragen aus dem Wege zu gehen (Sehr gut! links), um jede Stellungnahme zu den den Etat berührenden Fragen abzulehnen und so draußen ihren Arbeiterbetrug noch besser durchführen zu können, als es bisher der Fall gewesen ist. Alle von den Nazis gestellten Anträge, sei es im Reich, in den Landesparlamenten oder auch hier, dienen ja keinem anderen Zweck, als die Interessen der Großbourgeoisie,

des großindustriellen Kapitals zu schützen. Es ist sehr bezeichnend, daß der einzige Antrag, den die Nazis im Reichstag im Interesse der Erwerbslosen gestellt haben, nämlich der Antrag, daß ihre Diäten den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden sollten, überhaupt niemals zur Durchführung gelangt ist. (Unruhe. — Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Riegel (fortfahrend): Es ist festgestellt worden, daß die Nazis bei ihrem Auszug aus dem Reichstag vorsorglich die Diäten bereits in Empfang genommen hatten und auch schon für den nächsten kommenden Monat. Auch hier erklärte der Abgeordnete Ley auf einen Zuruf, daß er auf seine Diäten verzichte, während jetzt aber festgestellt werden muß . . . (Unruhe. — Zuruf von den Kommunisten: Herr Präsident, hören Sie denn nichts?) — es spricht ein Kommunist, und dann hört der Herr Präsident anscheinend sehr wenig. (Glocke des Vorsitzenden.) —

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Ich bitte um Ruhe, damit der Herr Redner zu verstehen ist. (Unruhe. — Glocke des Vorsitzenden.)

Abgeordneter Riegel (fortfahrend): . . . während jetzt aber festgestellt werden muß, daß der Abgeordnete Ley pünktlich für zwei Tage Diäten an der Kasse in Empfang genommen hat. (Hört-hört-Rufe und Lachen links.) Es ist ferner sehr bezeichnend, daß bis heute und nur als Gast der Abgeordnete Herr Terboven aus Essen hier anwesend war, dem bereits zweimal öffentlich in der Presse ein Sittlichkeitsverbrechen an einem 15jährigen Mädchen vorgeworfen wurde. Das ist kennzeichnend für die Nazis, die sich sonst bei jeder Gelegenheit als die Retter der deutschen Kultur aufzuspielen wagen. (Hört, hört! links.)

Ich komme nun zu den Ausführungen, die der Herr Landeshauptmann Horion gestern hier gemacht hat. Ich muß bewundern, daß er angesichts der vorliegenden Tatsachen und des Vorschlages zum Etat noch den Mut aufgebracht hat, von in Aussicht stehender Besserung zu reden, während es seine Pflicht gewesen wäre, das, was in seinen Ausführungen lag, auch offen auszusprechen, nämlich die Bankrott-Erklärung des von ihm vertretenen Systems. Diesen Bankrott sehen wir im Reich, in den Ländern, in den Provinzen wie auch in den Gemeinden. Abbau! Sparen! Das ist die einzige Parole, die aufgestellt werden kann. Abstriche immer dort, wo es sich darum handelt, daß die notleidenden werktätigen Kreise Hilfe erhalten sollen! Der Etat, der uns vorliegt, ist aufgestellt im Interesse jener Kreise, die heute noch in der Rheinprovinz das Heft in der Hand haben: der Großindustrie und des Klerus.

Wenn der Vertreter des Zentrums in seinen Ausführungen darauf hinwies, daß im Saargebiet mehr als die Hälfte der Bevölkerung seiner Partei Gefolgschaft leiste, so betonen wir mit aller Schärfe, daß darin gerade die Ursache dafür liegt, daß die Großindustriellen, die Saarherrscher, die Stumm usw., heute noch ihre schwere Geißel über der Saararbeiterschaft schwingen können. (Abgeordneter Dunder: Sehr richtig!)

Der Herr Landeshauptmann hat in seinen Schlus-

ausführungen hingewiesen. Es besteht ja faktisch gar keine Selbstverwaltung mehr. (Abgeordneter Renner: Sehr gut!) Die Selbstverwaltung, die wir in den Kommunen sehen, ist eine Farce. Es ist genau so, als wenn jemand heute noch behaupten wollte, daß die Demokratie in Deutschland regiert. (Abgeordneter Beck: Sehr gut!) Wir sagen es nicht umsonst und sprechen es überall aus, daß wir im Reich bereits eine faschistische Diktatur haben, und diese Vorgänge, diese immer weitere Beschneidung der Selbstverwaltung in den Kommunen, zeigt nur den Stand der fortschreitenden Faschisierung auch in den sogenannten Selbstverwaltungskörpern. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Was bedeutet es z. B., wenn bis zum Dezember in Preußen in den Kommunen 550 Staatskommissare eingesetzt wurden, deren Aufgabe darin besteht, dafür zu sorgen, daß die von der Selbstverwaltung abgelehnten Steuern — Regerversteuer, die unter dem Namen Bürgersteuer segelt, Biersteuer usw. — eingeführt wurden. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist eine Neuerung auf dem Gebiete der Selbstverwaltung!) Diese Kommissarenwirtschaft soll jetzt abgelöst werden durch ein neues System, das jedoch in der gleichen Weise die Selbstverwaltung völlig illusorisch macht. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Bürgermeister-Diktatur!) Severing, der Republikaner, Severing, der engste Freund aller faschistischen Kreise und der Brüning-Regierung (Sehr gut! bei den Kommunisten), dieser Severing hat ein neues Finanzausgleichsgesetz geschaffen. Die Staatskommissare sollen überflüssig gemacht werden, an ihre Stelle tritt die Diktatur der sogenannten Aufsichtsbehörden, der Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten der Provinzen, die diese Rolle und Aufgaben der bisher tätigen Kommissare zu erfüllen haben. Das bedeutet ganz natürlich eine immer weitere Ausschaltung der Gemeindeparlamente, eine weitere Ausschaltung der Selbstverwaltung, darauf gerichtet, mit Hilfe dieser diktatorischen Gewalten die Nöte des Winters und die Nöte, die auch dem Kapitalismus auf den Fingern brennen, überwinden zu helfen. In dem Finanzausgleichsgesetz, das Severing herausgegeben hat, wird zum § 59 des Kommunalabgabengesetzes folgender Zusatz gemacht:

„Wird binnen einer von der Aufsichtsbehörde festgesetzten Frist eine zum Ausgleich des Haushalts erforderliche Nachtragsumlage nicht beschlossen, so kann die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde die Nachtragsumlage festsetzen.“

Das bedeutet also, daß die Aufsichtsbehörde vollkommen aus eigener Machtvollkommenheit die von der Gemeindevertretung evtl. abgelehnten Zuschläge auf dem Verordnungswege einzuführen berechtigt ist. Eine Reihe von Tatsachen, die aufs engste mit den auch hier im Etat aufgeworfenen Fragen verbunden ist, könnten zum weiteren Beweise herangezogen werden.

Der vorliegende Etat zeigt den Rückgang der der Provinz zur Verfügung stehenden Geldmittel. Verursacht ist dieser Ausfall durch den Rückgang der Steuern, vor allem auch der in den Gemeinden erhobenen Steuern. Dieser ständige Rückgang zwingt die Gemeinden, nach immer neuen Einnahmequellen zu suchen. Das führt dazu, daß in einer Reihe von Gemeinden bereits beabsichtigt ist, die Bürgersteuer,

die Regesteuer, eine der verbrecherischsten Steuerarten, die überhaupt zur Ausplünderung der breiten werktätigen Massen ausgehebt werden konnten, nicht nur in zwei- oder dreifacher, sondern sogar, wie in Köln, in zehnfacher Höhe zu erheben. (Zuruf von den Kommunisten: Remscheid!) Auch in Remscheid und noch in anderen Orten. Bei der steigenden Massenverelendung und bei der gleichzeitig steigenden revolutionären Welle, die sich in den breiten werktätigen Massen entwickelt, ist eine auf der Selbstverwaltung beruhende Erhöhung dieser Steuerarten auf das äußerste erschwert, und deshalb ergreift man diese diktatorischen Maßnahmen, um mit Hilfe der Aufsichtsbeförde diese neuen Steuerarten durchzusetzen und damit einen Ausgleich zu schaffen.

Es zeugt von der fortschreitenden Faschisierung des Staatsapparates, wenn jetzt beabsichtigt wird, den Reichstag auf 6 Monate nach Hause zu schicken. Die Brüning-Regierung braucht nicht mehr diesen Apparat, sie ist in der Lage, auch diese letzten Schranken völlig beiseite zu stellen. Ich werde nachher zeigen, daß bei einer der wichtigsten Fragen, die gerade zu dem Elend in den Gemeinden am stärksten beigetragen hat, bereits neue Notverordnungen bevorstehen, die auf dem Verordnungswege durchgeführt werden sollen. Nicht umsonst haben sowohl im Reichstag wie im Preussischen Landtag Wirth und Severing erklärt, daß sie unter Anwendung der schärfsten Mittel gegen die Arbeiterschaft vorzustößen bereit sind. Sowohl Severing wie auch Wirth wollen mit Hilfe ihrer Polizeitruppen dort vorgehen, wo revolutionäre Arbeiter versuchen, im Interesse der breiten werktätigen Massen den Kampfwillen der Arbeiterschaft gegen das heute herrschende System, das Millionen zum Verhungern verurteilt, zu stärken. Wir sehen im ganzen Reich allüberall Demonstrationsverbote, Erschießungen von Arbeitern. Da dürfen natürlich auch die Oberpräsidenten in diesen Reihen nicht fehlen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir erheben bei dieser Gelegenheit den schärfsten Protest gegen die Maßnahmen, die der Regierungspräsident von Düsseldorf jetzt ergriffen hat. Der Regierungspräsident Bergemann hat eine Verfügung herausgegeben, die einer Verhängung des Belagerungszustandes gleichkommt. (Zurufe von den Kommunisten.) Was war die Ursache für diese Verfügung? Die Arbeiterschaft demonstrierte gegen den Hunger, demonstrierte gegen die immer weitere Verelendung, demonstrierte für die Forderungen der Arbeiterschaft, demonstrierte gegen den Hungeretat, den der Oberbürgermeister Lehr hier in Düsseldorf aufzustellen gewagt hat. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Und es waren die Polizeitruppen des Zentrumspolizeipräsidenten von Düsseldorf, die zwei Arbeiter getötet und fünf Arbeiter aufs schwerste verletzt haben. (Erregte Zurufe zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.) Wir sprechen noch zu Hamburg. — Wir Kommunisten solidarisieren uns mit den Opfern dieses Polizeiterrors. (Bravo! bei den Kommunisten.) Wir Kommunisten geloben bei diesen Opfern, die nicht die einzigen sind, alle unsere Kräfte einzusetzen und einzuspannen in den großen Befreiungskampf, den die Arbeiterklasse führt und führen muß, bis der Tag der Vergeltung kommen wird. (Bravo! bei den Kommunisten.) Es wurde hier in der Presse die Behauptung aufgestellt, wie sie

bei jeder dieser Gelegenheiten immer und immer wieder erhoben wird, daß die Kommunisten, die revolutionären Arbeiter, die in den Demonstrationen marschierten, die Angreifenden gewesen wären, daß die Polizeibeamten mit Steinen beworfen worden wären usw. Ich richte die Frage insbesondere an die Düsseldorfer Vertreter: Wo sind die verletzten Polizeibeamten? (Abgeordneter Renner: Sehr richtig!) Wo liegen die verletzten Polizeibeamten? Führen Sie diese Tatsachen an! Sie werden dazu aber nicht in der Lage sein, weil sie eben nicht zutreffen. Heute findet die Beerdigung dieser Opfer des Polizeiterrors statt, und es ist kennzeichnend, daß der Polizeipräsident in folgender Weise neues Blutvergießen vorbereitet. (Pfei-Rufe bei den Kommunisten.) In der heutigen Presse erscheint eine Verfügung folgenden Inhalts:

„Entgegen dem Verbot des Herrn Regierungspräsidenten vom 21. März ruft die „Freiheit“ in der Ausgabe vom 23. März aus Anlaß des am Dienstagnachmittag von der Leichenhalle des Stofjeler Friedhofs auf dem dortigen Friedhof stattfindenden Leichenbegängnisses zu großen Demonstrationen mit Sammelpfählen in allen Stadtteilen auf, obwohl als Ausnahme von dem Verbot nur gewöhnliche Leichenbegängnisse, die keinen demonstrativen Charakter tragen, zulässig sind. Die Polizei wird dem Verbot des Herrn Regierungspräsidenten mit allen polizeilichen Mitteln unter Heranziehung auswärtiger Polizeikräfte Geltung verschaffen.“

(Hört, hört! und Pfei-Rufe bei den Kommunisten.) Das bedeutet die Aufforderung zum offenen Mord an den Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das bedeutet die Organisierung neuer Blutverbrechen, und wir erklären vor dem versammelten Provinziallandtag, daß die Kommunisten schon jetzt nicht verabsäumen, diese organisierten Verbrechen hier vor dem Hause zu brandmarken. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

In Hamburg ist ein Arbeiter, ein Mitglied der kommunistischen Partei, von den Nazis erschossen worden. Als an dem Tage der Beerdigung unseres Parteigenossen Henning die Arbeiter zurückmarschierten, fielen ebenfalls unter dem Terror des sozialdemokratischen Polizeisenators neue Opfer unter den Polizeikugeln. Dort im Reich der Zentrumminister Wirth, in Preußen der sozialdemokratische Minister Severing, in Hamburg der sozialdemokratische Polizeisenator, in Düsseldorf der Zentrumspolizeipräsident (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Das Mörderkomplott!), in Braunschweig, in Thüringen die Nazis! Wo ist ein Unterschied zwischen den Zentrumspolizeikugeln und zwischen den Kugeln der sozialdemokratischen Polizeibeamten? (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Nicht vorhanden!) Ihr einziger Feind, ihr einziger Gegner sind die revolutionären Arbeiter, die im Interesse ihrer Forderungen aufzumarschieren wagen, die sich noch nicht freiwillig diesem Aushungerungssystem beugen.

So liegen die Tatsachen, und was hier in den einzelnen Reden aufgezeigt wurde, das sind Palliativmittel, mit deren Hilfe Sie noch einmal glauben, die Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems überwinden zu können. Die 5 Millionen Erwerbslose, sie nagen an den Wurzeln des Systems. (Sehr richtig!

bei den Kommunisten.) Diese 5 Millionen Erwerbslose, die Sie hier aus den schwerindustriellen Betrieben herausrationalisiert, herausgeworfen haben, sie werden eines Tages Ihre Totengräber sein. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Diese 5 Millionen Erwerbslose und deren unendliche Not, sie sind es, die die Grundlagen der Kommunalwirtschaft erschüttern, sie sind es, die den Reichshaushalt belasten, und deshalb werden sich die Versuche, die noch zur Rettung der Wirtschaft unternommen werden, im Kreis um die Erwerbslosenfrage herum bewegen. Es ist sehr kennzeichnend, daß eine der Notverordnungen, die in aller Kürze bevorstehen, sich mit diesem Problem der Erwerbslosigkeit beschäftigt. Schon vor Wochen wurde im Reichstag ein neuer Ausschuß eingesetzt, dem als Aufgabe übertragen wurde, das Erwerbslosenproblem, die Arbeitslosenunterstützungsfrage zu prüfen und neue Vorschläge auszuarbeiten. An der Spitze dieser Kommission steht der frühere Reichsarbeitsminister Brauns. Es sind jetzt Vorschläge ausgearbeitet, die auch vom deutschen Städtetag unterstützt wurden, Vorschläge, die so brutal und so eingreifend sich auswirken werden, daß es notwendig ist, sie in ihren Auswirkungen zu betrachten. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 22. März sehr eingehend darüber, und zwar unter der Überschrift: Reform der Arbeitslosenfürsorge durch Notverordnung. In diesem Artikel wird festgestellt, daß die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge im Durchschnitt des Rechnungsjahres 1931 nicht viel hinter 4 Millionen zurückbleiben werde. Damit wird also schon gesagt, und von der Regierung bestätigt, daß von der heute vorhandenen Zahl der Erwerbslosen kaum 1 Million in den Produktionsprozeß hineingezogen werden kann. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß, wenn eine Entlastung käme, sie sich hauptsächlich beschränken würde auf die Arbeitslosenversicherungs-Unterstützungsempfänger, daß also die langfristigen Arbeitslosen aus der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsfürsorge überhaupt keine Hoffnung mehr haben dürfen, noch einmal in den Produktionsprozeß hineinzukommen. Und wenn in diesen Vorschlägen gefordert wird, daß eine Zusammenlegung der Mittel aus allen diesen Versicherungszweigen durchgeführt werden soll, so heißt es aber in dem betreffenden Artikel:

„Trotzdem wäre es, wenn man den Versicherungscharakter —

Ihr Herren von der Sozialdemokratie, von dem SPD.-Vertreter wurde ja besonders immer wieder das „Recht auf Unterstützung“ angeführt —

auch nur einigermaßen aufrechterhalten will, nicht zu rechtfertigen, wenn Mittel der Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung der anderen Zweige der Arbeitslosenfürsorge herangezogen würden.“

Außerdem wird dann ausgerechnet, daß in Fachkreisen die Auffassung besteht, daß mit einer wirksamen Arbeitsvermittlung und Schwarzarbeitskontrolle Ersparnisse in der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 100 Millionen Mark im Jahre durchgeführt werden könnten. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Also nicht nur eine weitere Beschneidung der Krisenfürsorge-Unterstützungsempfänger, eine weitere Beschneidung der Unterstützungsempfänger in der Wohlfahrts-

pflege, sondern es ist auch ein weiterer Abbau in der Arbeitslosenversicherung geplant, um auf diese Art und Weise das Reich zu entlasten, weil hier vorgeschlagen wird, daß von den entstehenden Kosten mindestens die Hälfte — das sind ungefähr 600 Millionen Mark — vom Reich übernommen werden müßten. Der Artikel der „Kölnischen Zeitung“ erklärt am Schluß, daß es so gut wie aussichtslos erscheine, daß für eine solche Lösung der Reichsarbeitslosenfürsorge eine Mehrheit im Reichstag zustande kommt. Es heißt da wörtlich:

„Da wird wieder einmal nur der halblegale Weg der Reform durch Reichsnotverordnung offen bleiben.“

Deswegen jetzt die Vertagung des Reichstages auf ein halbes Jahr! (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Die Brüning-Regierung wird es mit den Notverordnungen schon schaffen. (Zuruf von den Kommunisten: Die SPD. hilft mit!) Ja, Severing und die SPD. helfen mit. (Zuruf des Abgeordneten Zimmer: Und die SPD. bestätigt sie nachher!)

Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft hat wirklich aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Er hat klipp und klar ausgesprochen, was die Arbeitsgemeinschaft bewegt. Besonders gut klingt das aus dem Munde eines Oberbürgermeisters der Stadt Düsseldorf, der hier die engsten Verbindungen mit den Herren der Schwerindustrie hat! Lohnabbau und Gehaltsabbau, das ist die große Parole, neben der weiteren Verelendung der Erwerbslosen, um diese Leute evtl. als billigere und willigere Arbeitskräfte noch einmal in den Betrieben als Streikbrecher benutzen zu können. (Zuruf des Abgeordneten Mohl.) Lohnabbau und Gehaltsabbau gegen alle heute noch im Produktionsprozeß oder in den Betrieben stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten. Und es ist durchaus so, wie wir es gestern bereits in unserer Erklärung gesagt haben: Es gehört wirklich eine Stirn dazu, als Oberbürgermeister einer großen Stadt sich dazu herzugeben, den Arbeitern, die heute schon mit Löhnen abgefunden werden, die zum Leben nicht ausreichen, diese Löhne noch weiter zu drücken. Es gehört wirklich eine Stirn dazu, als Schlichter, wie es der Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres in Berlin getan hat, mitzuwirken, um den Berliner Metallarbeitern die Löhne um 7 Prozent zu senken. (Zuruf von den Kommunisten.) Das gleiche ist der Fall bei dem Oberbürgermeister Bracht. (Abgeordneter Renner: Sehr richtig!) Das gleiche ist der Fall bei dem Vorgehen der Stahlwerksdirektion gegen die Vestag-Arbeiter, denen ein Lohnabbau aufgezwungen werden sollte. Das sind die Auswirkungen der Krise. Sinken die Löhne, verlieren die Arbeiter ihre Kaufkraft, dann muß sich das in den Kommunen auswirken, dann gehen die Einnahmen der Gemeinden zurück, dann wirkt es sich allüberall dort aus, wo wirtschaftliche Fragen auf der Tagesordnung stehen und gelöst werden müssen.

Ich muß bei dieser Gelegenheit erinnern an die große Phrase, ja, ich muß sagen, an den großen Betrug, den sich die Brüning-Regierung in einer Frage geleistet hat, die mit dieser Lohnabbau-Offensive in engstem Zusammenhang steht. (Glocke des Vorstehens.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Herr Abgeordneter, Sie haben die Amtstätigkeit der Regierung als Betrug bezeichnet. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist aber doch richtig!)

Es ist dort gerufen worden: „Das ist aber doch richtig!“ Ich rufe den Abgeordneten, der dies gerufen hat, ebenfalls zur Ordnung. (Abgeordneter Dunder: Danke schön! — Zuruf von den Kommunisten: Die Wahrheit darf man nicht mehr sagen!)

Abgeordneter Kiegele (fortfahrend): Vor wenigen Monaten wurde zur Begründung der Lohnabbauoffensive die große Preisabbauaktion durchgeführt. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) In allen Gemeinden und in allen Bevölkerungskreisen wurde erklärt (Zuruf des Abgeordneten Renner: An den Schwindel glaubt doch kein Mensch!): Abbau der Preise, das bedeutet den Ausgleich für die gesunkenen Löhne. Was ist aus diesem Preisabbau geworden? In welcher Weise ist der Ausgleich geschaffen worden? (Zuruf von den Kommunisten.) Selbst die gefälschte Index-Statistik, die herausgegeben wird, muß zugeben, daß ein Rückgang der Preise nur um ganz wenige Punkte zu verzeichnen gewesen ist, daß aber in Wirklichkeit die Lage der Arbeiterschaft sich nicht im geringsten gebessert hat.

Ich glaube, daß jeder Geschäftsmann und jeder, der auf solche Art und Weise andere abhängige Bevölkerungskreise von der Notwendigkeit einer Maßnahme zu überzeugen versucht, die sich nachher als das Gegenteil erweist, den gleichen Vorwurf zu ertragen haben müßte, wie ich ihn vorhin angewandt habe.

Es ist ein Symptom dieser Zustände und Verhältnisse, wenn man feststellen muß, wie die Zahl der Selbstmorde von Jahr zu Jahr steigt, wenn so in einer kurzen Zeitungsmeldung berichtet wird, wie sich in Dortmund ein Arbeiter aus Verzweiflung über seine Entlassung in das glühende Eisen eines Hochofens stürzte, wenn, wie es vor wenigen Tagen in Rheinhausen der Fall war, ein Kind für 10 Pfennig Schmalz holen wollte und vor Hunger zusammenbrach und rohe Kartoffelschalen erbrach. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das ist die Kultur des kapitalistischen Deutschlands! (Zuruf von den Kommunisten: Des Zentrums!) Das sind Kennzeichen der Verhältnisse dort, wo das Zentrum noch die maßgebende und tonangebende Rolle spielt!

Im engsten Zusammenhang damit stehen all die anderen Fragen, die man dabei betrachten muß. Die Lage der Wirtschaft, die Notlage der Unternehmer, wird immer und immer wieder bei jeder Gelegenheit hervorgeholt, die angeblich der zwingende Grund sein soll, daß mit diesen Maßnahmen des Lohn- und Gehaltsraubes der Abbau der sozialen Einrichtungen, der Abbau der sozialen Lasten erreicht werden soll. Ich habe hier eine Zeitung der Sozialdemokratie, „Der Volksdienst“, die in ihrer Ausgabe vom 21. März auf eine „Arbeitslosenversammlung“ hinweist, die hier vor wenigen Tagen, ausgerechnet am 18. März, im Palast-Hotel Breidenbacher Hof in Düsseldorf stattgefunden hat. Ich habe bereits gesagt: eine „Arbeitslosenversammlung“, aber nicht eine Arbeitslosenversammlung im üblichen Sinne, sondern eine derjenigen Parasitenversammlungen, die aus der Not des Volkes ihre Gewinne herauszuschneiden versuchen. Es war die

Versammlung der Vereinigten Stahlwerke. Nach dem Bericht haben an dieser Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke 72 Aktionäre mit rund 750 Millionen Mark Kapital teilgenommen. (Hört, hört! bei den Kommunisten. — Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die waren aber schwer geladen!) Das macht pro Person gut 10 Millionen Mark. Der Artikel sagt wörtlich:

„So sozialistisch waren die Gaben allerdings nicht verteilt. Herr Thyssen erschien, wenn auch nicht persönlich, mit 90 Millionen. Im Vorjahre hatte er nur 50 Millionen,

(Hört, hört! bei den Kommunisten),

so daß wir befürchteten, er würde ins Proletariat absinken und zu den Nationalsozialisten gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Beck.)

Beim Stahlhelm ist er ja schon. Aufmerksamkeit, Arbeitsamkeit, Fleiß und Gottvertrauen haben aber sein weiteres Absinken ins Proletariat verhindert. Phoenix war mit 180 Millionen, Rheinstahl mit 169 Millionen, Gelsenkirchener Bergwerks AG. mit 275 Millionen vertreten. Im wesentlichen waren also Herr Otto Wolff und Herr Friedrich Flick mit ihrem durch reißlose Sparsamkeit in den letzten Jahren erworbenen Aktienkapital von rund 500 Millionen Mark vertreten.

(Abgeordneter Dunder: Hört, hört!)

Im übrigen waren alles nur Vertreter einer idealistischen Geschichtsauffassung, durchaus keine Materialisten.“

(Lachen bei den Kommunisten.)

Wir kennen diese Mäuschen der Sozialdemokratie, die in einer so humoristisch sein wollenden Art über diese Unternehmerfragen hinwegzutäuschen versuchen. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Sie sind wohl begriffsstutzig.) Es soll so aussehen, als ob auch sie noch gewillt wäre, den Kampf gegen diese Kapitalwucherer zu führen. In Wirklichkeit aber zeigt ihr Verhalten gerade auch im Reichstag, wo die kommunistischen Anträge darauf hinausgingen, durch die Besteuerung dieser Millionäre einige Summen für die Interessen der Erwerbslosen herauszuziehen, daß die Sozialdemokratie gegen diese Anträge gestimmt hat. Sie hat also durchaus kein Recht, sich in dieser Art und Form über die in Düsseldorf stattgefundene „Arbeitslosenversammlung“ zu entrüsten. (Zuruf des Abgeordneten Dunder.)

Das kennzeichnet ja schon zur Genüge, wie es um die Not der Wirtschaft in Wirklichkeit bestellt ist. Ich kann auch noch einen weiteren Beweis dafür anführen. In der gleichen Zeitung vom 23. März wird mitgeteilt, daß Herr Flick, einer der heute noch im Hintergrunde stehenden Stahlkönige des Rheinlandes, eine neue Erweiterung seines Reiches durchgeführt hat. Es ist zu einer Fusion der Charlottenhütte, der Maghütte und der Mitteldeutschen Stahlwerke gekommen. Die Aktion wurde durchgeführt von den Vereinigten Stahlwerken. Ausdrücklich wird dabei hervorgehoben, daß diese Zusammenfassung durchgeführt wurde mit den Mitteln aus einer 4 Millionen-Dollar-Anleihe, die durch die Deutsche Bank beschafft wurde. Hier wurden also erneut riesige Mittel aufgewandt, um die Machtsphäre der deutschen Stahlindustriellen zu erweitern.

Auch die Dividenden, die trotz der Notlage erzielt werden konnten, zeigen nichts von der sonst immer hervorgehobenen Notlage, die zum Anlaß genommen wird, gegen die Arbeiter, gegen die werktätigen Schichten vorzustoßen. Eine sehr bezeichnende Tatsache ist es, daß allein im vergangenen Jahre trotz der wirtschaftlichen Not 130 neue Millionäre aus der Taufe gehoben wurden. (Abgeordneter Dunder: Hört, hört!) Sehr bezeichnend sind auch die Abschlüsse bei den einzelnen Unternehmen. Dortmunder Union Brauerei ist in der Lage, noch 18 Prozent Dividende zu verteilen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das notleidende Brauereikapital!) Deswegen sind gerade die Brauereigewaltigen die stärksten Schreier im Lohnabbau, die bei ihren Arbeitern einen 10prozentigen Abbau durchzuführen beabsichtigen. Siemens-Schuckert, einer der größten Maschinenfabriken, konnte noch 7½ Prozent Dividende verteilen bei einem Reingewinn von 10 Millionen RM. Die AEG. zahlte eine Dividende von 7 Prozent bei einem Reingewinn von 13½ Millionen RM, die Mitteldeutschen Stahlwerke 6 Prozent Dividende bei 3,45 Millionen RM Reingewinn usw., usw. Es würde zu weit führen, alle diese Dividenden im einzelnen anzuführen.

Im Zusammenhang damit stehen die Riesengehälter, auf die hier bereits hingewiesen wurde, wobei aber nur ein ganz kleiner Ausschnitt zum Ausdruck gekommen ist. Im Ruhrmontantrust hat der Generaldirektor ein Gehalt von 400 000 RM, im Siemenskonzern hat der Generaldirektor mehr als 250 000 RM. Die Deutsche Bank zahlt ihren Vorstandsmitgliedern 350 000 RM, den Direktoren 100 000 RM und den Prokuristen bis zu 60 000 RM. In der Ost-Elbischen Braunkohle erhält der Generaldirektor 250 000 RM, in der Rheinisch-Westfälischen Industrie der Generaldirektor 650 000 RM. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die verdienen heute das, was wir in der Inflationszeit gehabt haben!) Aber für sie sind es keine Inflationsgelder, sondern diese ungeheuerlichen Summen sind die Bezahlung dafür, daß sie es verstanden haben, aus den Opfern der breiten werktätigen Massen diese Riesensummen im Interesse des Kapitalismus herauszuschinden. Noch etwas ist sehr bezeichnend für die immer wieder hervorgehobene Notlage der Herren an Rhein und Ruhr. Die letzte Nummer der „Metallarbeiterzeitung“ beschäftigt sich mit den Maßnahmen, die der Reichsarbeitsminister Stegerwald zur weiteren Senkung der Löhne durchzuführen beabsichtigt. In diesem Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ wird darauf hingewiesen, welche Maßnahmen von den Unternehmern angewandt werden, um einen wirklichen Gewinn niemals in Erscheinung treten zu lassen. Für die Steuerentziehung gibt es ganz gesetzliche Wege. Es braucht nur das Kapitaleinkommen einer ausländischen Rechtspersonlichkeit übertragen zu werden, um dann die Gewinne ins Ausland tragen zu können. Das „Berliner Tageblatt“ hat nach diesem Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ am 26. Februar ausgerechnet, daß ein gerissener Kapitalist bei 200 000 RM Gewinn auf diese Art und Weise 38 000 RM an Steuern ersparen kann. Das „Berliner Tageblatt“ fügt hinzu: „In eingeweihten Kreisen ist bekannt, daß gerade auch von dieser Form der Steuerflucht in erheblichem Maße Gebrauch gemacht wird, daß es insbesondere Großbesitzer von Wertpapieren, und zwar

meistens von gut rentierenden Wertpapieren sind, die auf diese Weise beträchtliche Teile ihres Einkommens der heimischen Besteuerung entziehen.“

Die Not der Wirtschaft prägt sich also aus in einer Verschiebung großer Summen ins Ausland, um damit die Steuer zu hinterziehen. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Das sind die nationalen Führer!) Das sagen nicht allein wir Kommunisten, das sagt das „Berliner Tageblatt“, das selbst ein Organ gewisser Kapitalistenkreise ist. Vielleicht ist es ein Konkurrenzmanöver.

Ausdrücklich wird in dem Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ darauf hingewiesen, daß der Finanzminister Moldenhauer schon vor einem Jahre die ins Ausland verschobenen Kapitalsummen auf 6 bis 8 Milliarden geschätzt hat. Seitdem sollen nach der Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung weitere 700 Millionen RM den gleichen Weg gegangen sein. Also 7 bis 8 Milliarden vorher ins Ausland verschoben und in dieser Notzeit weitere 700 Millionen nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung. Und dann wagen die Herren der Stahlindustrie, dann wagen die Herren Oberbürgermeister sich auch hier in diesem Parlament hinzustellen und zu jammern, daß die Notlage nur behoben werden kann durch eine noch schlimmere, grenzenlosere Ausplünderung der breiten werktätigen Massen. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Und die Gewerkschaftsführer haben Verständnis dafür!)

Im Zusammenhang hiermit steht natürlich auch das Vorgehen derjenigen Kreise, die sich sonst bei jeder Gelegenheit als diejenigen aufspielen, die sich verantwortlich fühlen für das Wohlergehen der breiten Arbeiterschichten. Dies brachte vorhin auch der Vertreter der Sozialdemokratie hier zum Ausdruck; er jammerte insbesondere über die Not der Jugend; er jammerte darüber, daß die jugendlichen Kreise den Nazis Gefolgschaft leisten. Er erklärte, es sei notwendig, nach den Ursachen zu forschen; er unternahm auch einen Versuch dazu, aber in diesem Versuch ist er stecken geblieben. (Zuruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten: Einen Versuch machen Sie noch nicht einmal!)

Mit den Abstrichen, die vorgenommen werden sollen, mit der Aufnahme einer neuen Anleihe soll ein neuer Etat aufgebaut werden, der noch einmal eine, wenn auch etwas schwankende, Grundlage für die nächste Arbeit bilden soll.

Wenn man nach den Ursachen der Not der breiten Schichten forscht, wie es hier wiederholt geschehen ist, wie es auch in den Reden des Landeshauptmanns, des Oberpräsidenten gestern zum Ausdruck kam, wenn hier der Versuch unternommen wird, evtl. doch noch einmal zu einer Besserung all dieser Verhältnisse zu kommen, so erklären wir: Man kann nicht mit solchen Palliativmitteln versuchen, hier so einen Etat zusammenzustoppeln und auf diese Art und Weise noch einmal einen Ausgleich zu schaffen. Wir halten es vielmehr für unsere Pflicht, klar und scharf die Ursachen aufzuzeigen, warum dies so ist, warum die Steuern zurückgehen müssen, die als Grundlage für die hier notwendigen Ausgaben erhoben werden, und warum es aus dieser Krise keinen Ausweg geben kann.

Was bedeutet es z. B., wenn als die Auswirkung der betriebenen Gehaltspolitik heute festgestellt werden muß, daß selbst die großen Organisationen der Kon-

sumvereine erklären müssen, daß im Januar in ihren Umsätzen ein Rückgang von über 20 Prozent eingetreten ist? (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Dieser Rückgang ist nicht durch die Herabsetzung der Preise eingetreten, sondern darin spiegelt sich wider die Massenverelendung, die heute die breitesten werktätigen Schichten bis weit in die Kreise des Kleinbürgertums und der Kleinbauern hinein ergriffen hat. Dieser Not ist nicht abzuhelpen durch Versprechungen, ihr ist nicht abzuhelpen auf diese oder jene der hier vorgeschlagenen Arten, ihr kann nur abgeholfen, sie kann nur geändert werden durch die Aenderung des Systems, das die Ursache für diese Verelendung der breiten Schichten ist.

Es wurde hier über Zollfragen und über die Frage der Dithilfe gesprochen. Was hat die maßlose Erhöhung der Zölle der Landwirtschaft für einen Nutzen gebracht? Gerade jetzt wird berichtet, daß eine neue Brotteuerung kommt, daß das Brot, das wichtigste Nahrungsmittel, verteuert werden muß, weil durch die Zollsätze eine solche Verteuerung eingetreten ist, daß es dem produzierenden Stande nicht möglich ist, die bisherigen Preise beizubehalten. Wer hat den Nutzen davon? Ausgeplündert werden erneut allein die breiten werktätigen Schichten, denen der Lebensunterhalt damit noch weiter beschnitten wird. (Abgeordneter Deppe: Sehr richtig!)

Die Krise, die heute das ganze Wirtschaftsgebäude Deutschlands erschüttert, ist keine Krise, die sich allein auf Deutschland beschränkt. Ich habe schon in der vergangenen Sitzung auf die Ausführungen eines Vertreters der Wirtschaftspartei hingewiesen, der da glaubte, den Nachweis führen zu können, daß die Wirtschaft Amerikas unerschütterlich sei. Damals hat ihn schon einer unserer jüngeren Genossen auf das hingewiesen, was auch in Amerika bevorstand, und die Tatsachen, die sich im Laufe des letzten Jahres gezeigt haben, haben unsere Feststellungen doppelt und dreifach bestätigt. In Amerika, diesem höchstentwickelten industriellen Staat, ein Rückgang der Stahlproduktion um 27 Prozent, der Autoproduktion um 38,5 Prozent, der Elektroproduktion um 25 Prozent! Die Börsenkurse sanken dort um 44,5 Prozent, und die Zahl der Arbeitslosen stieg auf mehr als 8 Millionen. Selbst ein bürgerlicher Ökonom mußte im Februarheft der „Neuen Rundschau“ feststellen: „Der Sinn und die Bedeutung der neuen amerikanischen Krise besteht darin, daß heute nicht etwa nur mehr die gegenwärtige amerikanische Wirtschaftsführung oder die herrschende amerikanische Wirtschaftspolitik, sondern das kapitalistische System als solches in Frage gestellt wird.“ (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Ein Nazi kommt wieder zurück! — Abgeordneter Sietmeyer erscheint im Saal. —) Das, was in Amerika vor sich geht, ist in gleichem Ausmaße in England, Frankreich usw. der Fall.

Alle die ungeheuerlichen Maßnahmen, die in Deutschland gegen die werktätige Bevölkerung angewandt werden, wirken sich natürlich auch im Weltmaßstab gegen die Arbeiterschaft der übrigen kapitalistischen Länder aus. Der Lohnabbau bei den deutschen Bergarbeitern führt auch zu einem Abbau im englischen und französischen Bergbau. Die Lohnrübereien, die an den Metallarbeitern begangen werden, wirken sich auch in den übrigen kapitalistischen

Staaten aus. Die Weltwirtschaftskrise rüttelt an den Grundfesten des internationalen Kapitalismus, weil gleichzeitig ein neuer ungeheuerlicher Faktor entstanden ist, der aufzeigt, welcher Ausweg begangen werden muß. Ich habe mich eigentlich darüber gewundert, daß in den bisherigen Zwischenrufen nicht, wie es sonst immer der Fall war, auf Rußland verwiesen wurde. „Und in Rußland?“, das war doch so die stereotype Redensart, die bei jeder Gelegenheit unseren Rednern entgegengeschleudert wurde. Es ist sehr still geworden mit dieser Frage: „Und in Rußland?“ (Zuruf des Abgeordneten Renner: Heute freut man sich, daß der Rubel wieder rollt! Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Potemkin ist noch nicht ausgestorben!) Selbst in den Kreisen derjenigen, die am schärfsten gegen die Arbeiterklasse standen, werden heute immer mehr Stimmen laut, die in der Zusammenarbeit mit diesem Arbeiterstaat eine sehr wichtige Aufgabe für die deutsche Republik sehen. Wenn die Delegation der deutschen Industriellen nach der Sowjetunion fuhr und jetzt zurückgekehrt ist und nun natürlich vom Reich die Zusage von Krediten haben will, um die Lieferungen aufzunehmen, und wenn die bürgerliche Presse berichtet, daß damit 100 000 bis 150 000 deutschen Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben werden sollen, so erklären wir dazu mit aller Deutlichkeit: Diese Industriellen sind nicht etwa nach der Sowjetunion gefahren aus Liebe zu den Kommunisten, zu den Bolschewiki in Rußland (Sehr gut! bei den Kommunisten), sondern sie wollten Geschäfte machen. Sie sind auch nicht hinübergefahren aus der immer bekundeten Sorge um das Wohl und Wehe ihrer Betriebsbelegschaften. (Zuruf des Abgeordneten Wibler: Man hat sie eingeladen, weil man sie braucht!) Daß sie sich darüber keine Gedanken machen, ist bei tausend Angelegenheiten bewiesen worden. (Zuruf: Sie sind eingeladen worden!) Selbstverständlich sind sie zu Verhandlungen eingeladen worden (Zuruf: und gut bewirtet worden!). Sie sind aber hinübergefahren, weil sie Geschäfte machen wollten. Mein werter Herr Abgeordneter, Sie sagten eben: „Weil man sie braucht“. In den Vorzimmern der Gesandtschaften dieses Arbeiterstaates drängen sich die Geschäftsmacher der kapitalistischen Staaten (Zuruf des Abg. Renner: Sehr gut! Man freut sich, daß der Rubel wieder rollt!), um ein Geschäft für den eigenen Staat zu ergattern. (Abgeordneter Zimmer ruft den Abgeordneten der Rechten zu: Sie liefern doch nichts, wenn Sie nicht bezahlt werden!) Wenn die deutschen Industriellen sich nicht erboten hätten, diese Lieferungen zu übernehmen, wäre es von England geschehen. Man braucht jetzt nur die Presse zu verfolgen, um festzustellen, mit welcher Heftigkeit die Kapitalisten der anderen Staaten darüber wettern, daß ihnen jetzt durch das schnellere Arbeiten der deutschen Kapitalisten ein fettes Geschäft weggenommen wurde. (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Freuen Sie sich doch darüber!) Aber selbstverständlich. Ich werde sofort einiges zu sagen haben, um dann festzustellen, auf welcher Seite die Freude eigentlich sein kann. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Aber ihr zahlt nur Schundpreise!) Diese Reisen der deutschen Industriellen, die Herinholung neuer Aufträge gibt allein schon ein Bild dessen, wohin der Ausweg führen muß. Die Sowjetunion ist der einzige Staat, der von

dieser großen Weltwirtschaftskrise nicht berührt wird. (Abgeordneter Dr. Stein: Na, na!) Der russische Staat hat als einziger die Erwerbslosigkeit liquidiert, die Sowjetunion hat als einziger Staat ausgeräumt mit den Vorrechten der besitzenden Klasse (Zuruf des Abgeordneten Zimmer: Die Arbeiter arbeiten dort nicht mehr für die Schmaroger!) und ist deshalb in der Lage, in dieser Weise an den Aufbau des Sozialismus heranzugehen.

Werte Anwesende! Wir haben gerade in der letzten Zeit viele Zugeständnisse aus dem bürgerlichen, dem feindlichen Lager erhalten, die das, was in der Sowjetunion vor sich geht, nicht mehr abzustreiten vermögen, die alle jene Unkenrufe außer Kraft setzen, all jenes Geträtsche, das insbesondere in der sozialfaschistischen Presse aus den Reihen der Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion laut wurde. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Es ist jetzt am wütendsten!)

Ich habe schon angeführt diese Tatsache auf eine sehr wichtige Frage hingewiesen, die hiermit im engsten Zusammenhang steht und die auch unsere Stellungnahme hier unterstreichen soll: Den Kommunisten wurde und wird bei den verschiedensten Gelegenheiten immer wieder zum Vorwurf gemacht, daß sie ihren Bestand nur durch die Verelendung erhielten, daß sie Anhänger der Verelendungstheorie wären (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei), daß die Kommunisten ihre ganze Tätigkeit nur auf der Verelendung der breiten werktätigen Massen aufbaue. Wenn das unsere Ansicht und unser Ziel wäre, dann brauchte die Sowjetunion ja nicht 100 000 oder 150 000 deutschen Arbeitern Brot und Beschäftigung zu geben; dann könnte sie ja die Aufträge aus Deutschland herausziehen, um die Verelendung der breiten Massen noch weiter zu treiben. Wären wir Anhänger der Verelendungstheorie, dann würden wir doch nicht an die Arbeiterschaft den Appell richten, zu kämpfen gegen die Lohn- und Gehaltsräuber, zu kämpfen gegen immer weitere Verelendung, zu kämpfen gegen den Abbau der Sozialunterstützung. Aber gerade die Uebertragung der Aufträge an Deutschland ist ein Beweis dafür, daß wir durchaus versuchen wollen, in dem Rahmen, der hier gezogen ist, all das durchzuführen, was wir im Interesse der werktätigen Bevölkerung für notwendig halten. (Zuruf aus der Arbeitsgemeinschaft: Aber nicht, daß sie beschäftigt werden, ist die Hauptsache, sondern daß sie bezahlt werden! Antwort des Abgeordneten Renner: Daß der deutsche Arbeiter bezahlt wird, macht Euch die wenigste Sorge! Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Die Unternehmer bauen ja die Löhne ab, weil sie so wenig zahlen! Glocke des Vorsitzenden.) Warum denn diese Aufregung über die Frage? Ich habe hier einige Tatsachen angeführt, die beweisen, daß heute ein einziger Staat vorhanden ist, der als ein Staat der Arbeiter und Bauern in der Lage ist, den kapitalistischen Ländern, die unter den Erschütterungen der Wirtschaft zusammenbrechen, noch Brot und Arbeit zu geben. (Zuruf rechts: Aber er muß auch bezahlen!) Auch diese Frage wird gelöst durch die Bezahlung, wie sie bisher durchgeführt worden ist und wozu auch der proletarische Staat, die Sowjetunion, durchaus in der Lage ist. Selbst führende Industrielle haben erklärt,

daß sie in die Kreditwürdigkeit des Arbeiterstaates, der Sowjetunion, nicht mehr den geringsten Zweifel setzten, daß natürlich der gewaltige Aufbau der Industrie und der Landwirtschaft, der sich in der Sowjetunion vollzieht, auch die Bezahlung der erteilten Aufträge durchaus gewährleistet. Natürlich ist auch damit eine Gefahr für den Kapitalismus selbst verknüpft: Die immer weitere und schnellere Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion wird zu einer Gefahr für den Kapitalismus selbst. Es ist eine der führenden Größen gewesen, die erklärt hat, Lenin habe es schon einmal ausgesprochen, daß der Kapitalismus selbst seinen Todfeind unterstützen muß und daß das, was jetzt in der Sowjetunion sich abspielt, die Verwirklichung des Fünfjahresplans, natürlich auch zu einer Todesgefahr für den internationalen Kapitalismus wird. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das ist es, was heute noch die Kreise in Deutschland ein wenig auseinanderreißt. Geschäfte möchten sie alle machen mit der Sowjetunion, sei es in der Form des Bezugs von Industrie- oder Agrarprodukten, sei es die Lieferung von Maschinen oder ganzer Fabrikeinrichtungen, sei es die Lieferung von Rohprodukten usw. Sie möchten alle Geschäfte machen; nur sehen sie, daß eine bestimmte Gefahr vorhanden ist, und diese Gefahr läßt diesen oder jenen noch zurückschrecken. (Zuruf aus dem Zentrum: Sprechen Sie mal zum Haushaltsplan! Abgeordnete Frau Becker: Sehr richtig!)

Alles, was ich gesagt habe, steht in engstem Zusammenhang mit den hier aufgeworfenen Fragen, steht in engstem Zusammenhang mit der Frage, wie die mit den Aufgaben der Provinzialverwaltung zusammenhängenden Fragen gelöst werden sollen.

Es nützt nichts oder sehr wenig, zu sprechen über die Nöte der rheinischen Bevölkerung, über die Not der Not der Werktätigen, der kleinen Landwirte, der die Not der Erwerbslosen usw., sondern man muß versuchen, die Ursachen zu erforschen, um dann auch die Mittel zu finden, die zu deren Ueberwindung möglich und notwendig sind.

Wir sagen — um zum Abschluß zu kommen —, daß innerhalb des kapitalistischen Systems eine Lösung dieser Frage nicht mehr möglich sein wird (Abgeordneter Kohl: Sehr richtig!), daß es innerhalb dieses Systems nicht mehr möglich sein wird, durch diese oder jene Palliativmittelchen, durch diese oder jene Anleihen, durch kurz-, lang- oder mittelfristige Anleihen der Not der Werktätigen, der kleinen Landwirte, der Winzer usw. abzuwehren. Wir sagen Ihnen mit aller Deutlichkeit, insbesondere den Herren vom Zentrum (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Die SPD. nicht vergessen!) . . . Euch haben wir schon soviel erwähnt, daß es nicht mehr notwendig ist, Ihr seid bereits ein so zusammenhängender Begriff vom National- bis zum Sozialfaschismus geworden (Abgeordneter Dunder: Sehr richtig!), daß man Euch in einem Atemzuge nennen kann, ohne sich der Sünde des Vergessens schuldig zu machen. — Wir sagen der gesamten bürgerlichen Gesellschaft: Sie möge Scheiterhaufen errichten, sie möge versuchen, alles noch einmal ins finstere Mittelalter zurückzudrehen, sie möge Kerker, Zuchthäuser und Gefängnisse bauen, sie möge ihre Polizei-

truppen mit Panzerwagen, Gasbomben und den schärfsten Waffen ausrüsten. Siegreich behaupten wird sich dennoch die Kraft des revolutionären Proletariats, denn das Proletariat sieht das große Ziel, den Aufbau des Sozialismus, der in der Sowjetunion verwirklicht wird. Unter diesem Banner wird auch die deutsche Arbeiterklasse kämpfen gegen die immer weitere Verelendung, gegen die Lohn- und Gehaltsräuber, gegen die finsternen Mächte des Zentrums. Sie wird in geschlossener, einheitlicher Front den Kampf aufnehmen für ein Sowjetdeutschland. (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Oberpräsident hat mit warmen Worten der Tatsache der Rheinlanddrängung gedacht. Leider bedeutet die Rheinlanddrängung für uns keine absolute Befreiung von der Gefahr jeglicher Fremdherrschaft, denn solange, wie jenseits der Grenze schwer bewaffnete Armeen stehen, die jeden Augenblick in unsere wehrlose Provinz hineinbrechen können, ist kein Friede da. Gerade wir in der Rheinprovinz haben den heißen Wunsch, daß es gelingen möge, in den weiteren Verhandlungen über die Abrüstung einen Erfolg zu erzielen.

Wir freuen uns auch über die warmen Worte, die unseren Brüdern im Saargebiet gesendet worden sind. Wir hoffen, daß auch für sie recht bald die Erlösung kommt, und sie dann wieder zurückkehren können in die alte Heimat, um wieder zu uns zu gehören wie in der Vergangenheit.

Ich möchte aber an dieser Stelle auch noch unserer Brüder in den abgetretenen Gebieten von Eupen und Malmedy gedenken. Sie sind in einer erheblich schwereren Lage, als unsere Freunde im Saargebiet. Aber wir hoffen, daß auch hinsichtlich ihrer schließlich sich das Recht Geltung verschaffen wird. Wenn man versucht, sich auch die Sache von dem Standpunkt der anderen Seite aus anzusehen, so kann doch kein vernünftiger Mensch glauben, daß es wirklich die Absicht der Belgier sein kann, durch Festhaltung an diesem uns und der Bevölkerung von Eupen und Malmedy zugefügten Unrecht die Wiederherstellung der alten guten Beziehungen zwischen Belgien und dem großen deutschen Volke unmöglich zu machen. Glücklicherweise haben sich in der letzten Zeit auch in Belgien die Stimmen gemehrt, die auf eine sinngemäße, den Anforderungen der Billigkeit und des Rechtes entsprechende Lösung drängen.

Meine Fraktion hat sich erlaubt, einen Antrag einzureichen, in dem die Verwaltung ersucht wird, in dem Sinne bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, daß alle Schritte unternommen werden, um die Rückkehr unserer Brüder von Eupen und Malmedy in die Wege zu leiten.

Meine Damen und Herren! Die Prüfung des Haushaltsplanes der Provinz zeigt in diesem Jahre in einer — viele von Ihnen sehr überraschenden — Weise, wie stark die Haushaltspläne der öffentlichen Verwaltung von der Wirtschaftslage beeinflusst werden. Das ist zunächst einmal auf der Einnahmenseite der Fall. Sie hat auf der Einnahmenseite einen Rück-

gang in den Steuern zur Folge. Sie bringt auch die große Gefahr mit sich, daß dieser Rückgang der Steuereingänge sich noch weiter fortsetzen wird, selbst dann, wenn schon ein Aufstiege der Konjunktur wieder eingeleitet hat. Damit muß natürlich jede öffentliche Verwaltung rechnen. Auf der anderen Seite sind naturgemäß die Ansprüche, die von einer sich in einer Notlage befindlichen Bevölkerung an die öffentlichen Verwaltungen gestellt werden, viel größer, als sie dann sind, wenn glücklichere Zeiten herrschen. Tatsächlich müssen wir alle gestehen, daß heute die Lage viel schlimmer geworden ist, als die schlimmsten Pessimisten bei den früheren Verhandlungen, auch in diesem Hause, es vorausgesagt haben. Wir müssen anerkennen, daß der Herr Oberpräsident ein offenes Wort gefunden hat, wenn er erklärte: Wir haben den Kopf zulange in der Sand gesteckt. Ich nehme an, daß er damit die Verwaltungen gemeint hat. Denn für einen Teil dieses Hauses, insbesondere für meine Fraktion, kann ich in Anspruch nehmen, daß wir bereits seit Jahren darauf hingewiesen haben, daß dieser Zustand, wie er durch das Hereinströmen des amerikanischen Geldes geschaffen worden war, kein Dauerzustand bleiben konnte und das bittere Erwachen sehr bald folgen würde.

Dem Herrn Landeshauptmann kann ich nicht ganz folgen, wenn er auch für sich in Anspruch nimmt, daß er immer davor gewarnt habe, allzu große Ansprüche an die Landesverwaltung zu stellen. Ich weiß allerdings, daß er im vergangenen Jahre so etwas gesagt hat. Aber aus den früheren Jahren muß ich feststellen, daß er hier zum Bedauern unserer Fraktion immer wieder dem Drängen gewisser Kreise in diesem Hause nachgegeben und immer wieder Geld für Ausgaben gefunden hat, von denen er heute wahrscheinlich selbst der Auffassung ist, daß es gut wäre, wenn sie vermieden worden wären.

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Abhängigkeit der öffentlichen Haushalte von dem Zustande der Wirtschaft so in den Vordergrund gestellt habe, so verfolge ich dabei ein weiteres Ziel: ich möchte nämlich, und zwar ohne jegliche Polemik, sowohl bei der Verwaltung der Provinz wie auch bei sämtlichen Parteien in diesem Hause den Gedanken hervorrufen, daß es richtig ist, sich zu überlegen, ob sie den Problemen der Wirtschaft gegenüber heute noch die richtige Stellung einnehmen. Ich kann mir dabei gut denken, daß man grundsätzlicher Gegner der heutigen Wirtschaftsorganisation sein kann. Aber ich muß auch von dieser Seite verlangen, daß sie den Fragen, die uns heute und in der nächsten Zeit beschäftigen, gegenüber auf dem Boden der Wirklichkeit bleibt und nicht versucht, das, was sie im Herzen trägt und für die Zukunft hofft, zu einem Zeitpunkte zu verwirklichen, der am allerungeeignetsten dafür ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Franken tatsächlich an einer falschen Einstellung gegenüber der Wirtschaftspolitik. Ueber eins dürfen wir uns nicht täuschen — das wird mein Herr Vorredner nicht bestreiten können —, daß heute noch in der gesamten Weltwirtschaft, wenn wir zunächst einmal von Sowjetrußland absehen, der Kapitalismus stärker ist, als er je gewesen ist. Eine ganze Anzahl Hemmnisse, die früher dem Kapitalismus entgegen standen, sind

heute gefallen, nicht nur in Deutschland, sondern auch anderwärts.

Nun eine weitere Frage: Ist dieses System in der Vergangenheit so schlecht gewesen, wie es seine Kritiker heute darstellen? Wenn Sie uns glauben machen wollen, dieses System sei im Zusammenbruch, so verneine ich dies mit allem Nachdruck. Ich stelle das eine fest, was mir auch von sozialistischer Seite nicht bestritten werden kann, daß der Kapitalismus Existenzmöglichkeiten geschaffen und die Existenz von Millionen von Menschen in einer Weise verbessert hat, wie man es sich vor hundert Jahren nie hätte träumen lassen. Meine Damen und Herren! Ich richte mich hier wieder an die Anhänger des Sozialismus. Wenn Sie ganz objektiv sind, wollen Sie dann dem Kapitalismus die Fähigkeit abstreiten, auch in der nächsten Zukunft in dieser Hinsicht segensreich zu wirken und weiter Arbeit für Millionen zu schaffen, wie er es bisher getan hat? Ich glaube, Sie können diese meine Frage nicht verneinen und müssen mir zum mindesten zugeben, daß doch eine sehr große Wahrscheinlichkeit besteht, daß der Kapitalismus noch eine Zukunft hat. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Nein, er muß abdanken!) Sie möchten gern, daß er abdankte, aber dazu ist er viel zu stark; das schafft auch Sowjetrußland nicht, daß er abdankt. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Er dankt von selbst ab!) Meine Damen und Herren! Das Ende dieser kapitalistischen Entwicklung abzusehen, ist heute vollständig unmöglich. Ich will nicht behaupten, daß nicht eine ferne Zukunft einmal Änderungen des Systems bringen wird. Aber was uns heute beschäftigt, die Not unserer Volksgenossen, können wir nicht damit kurieren, daß wir sie darauf vertrösten, daß vielleicht einmal in 100 Jahren eine Gesellschaftsordnung kommen könnte, die besser wäre.

Meine Damen und Herren! Was haben wir denn diesem Zustande gegenüber hier in Deutschland getan? Wir müssen zunächst einmal feststellen, daß wir in Deutschland eine Vorwegbelastung haben, die andere Völker nicht haben: das sind die Reparationen. Die Reparationen sind vollständig privatkapitalistisch aufgezogen; sie sind in ihrer Wirkung auch durchaus kapitalistisch, indem sie uns nötigen, Kapital auszuführen. Das Nächstliegende wäre doch eigentlich, daß man die kapitalistischen Methoden zur Hilfe nähme, um diesem für unsere nationale Wirtschaft schädlichen Abfluß von Kapital entgegenzuarbeiten, mit anderen Worten, daß wir in unserer eigenen Wirtschaft den Kapitalismus nach jeder Richtung hin stärkten. Was haben wir aber getan? Wir haben lauter Inseln geschaffen, auf denen das Jdyll einer glücklicheren Zukunft, wenn auch nicht überall in Wirklichkeit geschaffen, so doch vorgetäuscht worden ist. Diese sozialistischen Inseln, die wir bei uns haben, sind heute das Schlimmste. Kommt der Sozialismus wirklich einmal, wie ein Teil von Ihnen glaubt — ich glaube es nicht —, dann ist es doch unzweckmäßig, daß man heute schon so ein paar Inseln einrichtet, die nur das gesamte Wirtschaftssystem stören. Diese Gedankengänge sozialistischer, bodenreformerischer und ähnlicher Art haben tatsächlich in unserem Volke den Glauben großgezogen, daß der Staat dafür da sei, für alle zu sorgen. Das allerdings ist eine fürchterliche Schädigung unserer Nation, denn

dazu ist kein Staat in der Lage. Nicht einmal ein sozialistischer Staat würde imstande sein, für alle zu sorgen, ohne daß sie sich selbst Mühe zu geben brauchen.

Meine Damen und Herren! Was ist das Resultat dieser Einrichtung eines Fürsorgestaats gewesen? Der Strom des Kapitalismus ist durch diese Hindernisse, diese Inseln und Inselchen einer ungesunden Ideologie, in seinem natürlichen, die Wirtschaft befruchtenden Laufe gehemmt worden. Der Strom ist vielfach abgedrängt worden und hat dann Schaden angerichtet. Sie sehen das an nichts deutlicher, als an der vielfach übertriebenen Rationalisierung. Meine Damen und Herren! Es liegt heute im ureigensten Interesse aller Beteiligten, vor allem der Arbeitnehmer, daß sie sich klar darüber werden, daß in der heutigen Lage ihnen nur der Kapitalismus, wenn er sich nach seinen Naturgesetzen zu entwickeln vermag, helfen kann, und daß alles Weitere Hirngespinnste sind. Lediglich der Kapitalismus wird in der Lage sein, Arbeitsgelegenheit für die vielen Millionen fleißiger Hände, die heute feiern müssen, zu schaffen. Freilich wird er das nicht von heute auf morgen können. Ich glaube, daß die Berechnung sehr viel für sich hat, daß wir auch unter günstigen Umständen mit einer erheblichen Zahl — vielleicht 4 Millionen — Arbeitsloser im nächsten Jahre zu rechnen haben. Aber wenn die Hemmungen, die dem Kapitalismus entgegenstehen, beseitigt werden, wird es sich jedenfalls ermöglichen lassen, doch immerhin einen größeren Teil dieser Arbeitslosen allmählich wieder in den Produktionsprozeß einzuschalten. Dann müssen aber diese sozialistischen Inselchen wieder entfernt werden, damit der Strom ruhig fließen kann. Es ist eine übertriebene Auffassung, wenn man heute davon redet, es sei eine solche Krise des Kapitalismus da, daß er zusammenbrechen müsse. Diese Krise des Kapitalismus haben wir, soweit sie da ist, selbst geschaffen, und, wenn wir sie nicht beseitigen, werden wir nie zu gesünderen Verhältnissen kommen und vielleicht sogar noch schlimmeren Zuständen entgegengehen als heute.

Meine Damen und Herren! Eine dieser sozialistischen Inseln, und vielleicht die schlimmste, ist der politische Lohn. Zu welchen grotesken Erscheinungen der politische Lohn geführt hat, zeigen uns die Vorgänge in Duisburg-Weiderich: Von einer Belegschaft von 7000 wollen 5000 die Arbeit wieder aufnehmen. Es wird ihnen verweigert. Ich frage namentlich Sie (zur Linken) als Vertreter der Arbeitnehmer: Heißt das nicht, dem Menschen das Recht auf Arbeit verweigern? Ist nicht das Recht auf Arbeit in unserer Verfassung garantiert? Und was ist geschehen? Man hat Gesetze geschaffen, wodurch es unmöglich wird, daß die Leute ihr Recht auf Arbeit ausüben können. Und dann ein Zweites: Wir haben doch eine Demokratie, und in der Demokratie gilt der Wille der Mehrheit. Wenn von einer Belegschaft von 7000 Köpfen 5000 arbeiten wollen, so ist das die Mehrheit, und warum kommt die Mehrheit nicht zu ihrem Recht? Es ist n. E. die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Vertreter der Arbeitnehmerschaft, sich einmal darüber klar zu werden, in welch unhaltbare Zustände unsere Arbeiterschaft hineinmanövriert worden ist, und was sich daraus noch alles in Zukunft entwickeln kann. Letzten Endes bezahlt doch immer der Arbeitnehmer

den Schaden. Das wissen wir auch von den Reparationen.

Meine Damen und Herren! Der politische Lohn steht auch in engster Beziehung mit dem Problem der Selbstkostensenkung. Wir befinden uns in Deutschland in einer Selbstkostenkrisis. Tatsache ist, daß die Selbstkosten unserer Produktion zu hoch getrieben sind, als daß wir uns in Exportgeschäften so auswirken könnten, wie es bei der heutigen Lage möglich sein sollte. Außer dem politischen Lohn sind es auch die hohen Steuerlasten und die sozialen Lasten, die in dieser Hinsicht verderblich wirken. Nun bitte ich Sie, mir einmal in folgendem Gedankengang zu folgen. Nehmen Sie einmal an, wir bekämen, irgendwo von Uebersee ausgehend, in einigen Monaten einen Aufstieg der Konjunktur. Mit den hohen Selbstkosten werden wir dann von dem Aufsteigen der Konjunktur nichts erleben. Wir werden erst dann etwas davon haben, wenn die Konjunktur den Höhepunkt erreicht und die Selbstkosten in den anderen Ländern sich ungefähr den unserigen angepaßt haben; dann bekommen wir vielleicht noch etwas mit. Es wird mir aber jeder Kenner der Wirtschaftskonjunktur darin beipflichten, daß das Geschäft im Beginn der Konjunktur gemacht wird, nicht auf dem Höhepunkt, wo man jeden Augenblick Angst haben muß, daß sich die Konjunktur überschlägt. Meine Damen und Herren! Wenn Sie das nicht einsehen, wenn Sie nicht daraufhin alle zusammen mit daran arbeiten, daß wir eine Erniedrigung der Selbstkosten bekommen, schädigen Sie das deutsche Volk um viele Hunderte von Millionen, die in der aufsteigenden Konjunktur verdient werden können, und Sie schädigen am meisten den Arbeitnehmer.

Meine Damen und Herren! Eine von diesen herrlichen Inseln, die der Sozialismus bei uns künstlich errichtet hat, ist auch die Betätigung der öffentlichen Hand auf wirtschaftlichem Gebiet. Ich möchte darauf hinweisen, daß auch die Provinz in dieser Hinsicht einige Schmerzen hat. Ich erinnere zunächst an die Westerwaldbrüche. Nach den uns zugegangenen Unterlagen ist das Kapital der Aktiengesellschaft im Verhältnis von 4 zu 1 zusammengelegt worden, so daß sich daraus ein Schade von 750 000 RM berechnet. Ob dieser Schade nicht vielleicht noch größer ist, weiß ich nicht; vielleicht mag er auch geringer sein. Scheinbar ist doch ein sehr erheblicher Schade entstanden.

Noch schlimmer liegt die Sache bei dem Nürnbergring. Meine Damen und Herren! Die Sache Nürnbergring ist ja durch die Oberrechnungskammer klar gelegt worden, und es haben darüber im Preussischen Landtage Verhandlungen stattgefunden. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Das sind alle Karamellen!) Es hat sich dabei herausgestellt, daß die öffentliche Hand dabei einen Betrag von 12½ Millionen RM ausgegeben hat, einen Betrag, für den, wenn man sich die ganze Sache einmal ansieht, doch recht minderwertige Gegenwerte geschaffen worden sind. Auch die Provinz gehört zu den Leidtragenden. Die Provinz ist heute noch mit einem Betrage von, glaube ich, 9000 RM an der Nürnbergringgesellschaft beteiligt. In der Aufstellung der Beteiligungen, die wir in der Anlage des Vorberichts haben, habe ich vermißt, daß die Beteiligung am Nürnbergring aufgeführt worden ist. Ich will der Verwaltung nicht unterstellen, daß

es ihr peinlich gewesen wäre, die Aufmerksamkeit dieses hohen Hauses auf das Wort „Nürnbergring“ zu lenken. Aber es entspricht doch einer kaufmännischen Gepflogenheit, daß man einen Posten, den man als verloren betrachtet, wenigstens pro memoria in den Büchern weiterführt. Ich möchte daher die Verwaltung bitten, doch auch künftig demgemäß zu verfahren, daß wir auch daran erinnert werden und gelegentlich immer wieder nachfragen können, was aus dem herrlichen Nürnbergring geworden ist.

Meine Damen und Herren! Bevor ich mich den Einzelheiten des Stats zuwende, gestatten Sie mir noch ein Wort über dasjenige, was aus den Nebenverschiedener Vorredner herausklang: die Frage der Finanznot der Gemeinden. Wir sind in der Provinz nicht in der Lage, da viel zu tun. Es ist ja bereits darauf hingewiesen worden, was zur Ermäßigung der Pflegeteile geschehen kann. Worauf es ankommt — und darin müssen wir den Fürsorgeverbänden unsere Zustimmung und, soweit es geht, auch unsere Unterstützung zusagen — ist, daß Mittel und Wege gefunden werden, die Last der Wohlfahrtserwerbslosen auf breitere Schultern abzuwälzen. Es liegt doch, soviel ich weiß, ein Antrag Breitscheid von der Sozialdemokratischen Partei im Reichstage vor, ferner ein Antrag des Deutschen Städtetages. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Der Antrag Breitscheid und Genossen ist gegen die Wirtschaftspartei angenommen worden!) Ich lasse es dahingestellt, aus welchem Grunde die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei das ablehnt; sie wird es schon wissen. Aber grundsätzlich wird die Wirtschaftspartei dem Bestreben zugestimmt haben. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Es freut uns, das von Ihnen zu hören!) Es bleibt uns ja nichts anderes übrig, wenn wir eine Entlastung des Steuerzahlers herbeiführen wollen, als den Gemeinden darin zu helfen, daß sie von den Lasten, die ihnen m. E. heute zu Unrecht aufgebürdet worden sind, befreit werden.

Ich habe aber noch einen Wunsch, dem ich bei dieser Gelegenheit noch Ausdruck geben möchte. Es ist nämlich der, daß, wenn im Sinne dieser Bestrebungen Gelder freigemacht werden und zu einer Entlastung der Gemeinden führen können, man von dieser ungeliebten Fondswirtschaft, wie sie in Preußen besteht, Abstand nimmt. Ich bin sehr froh darüber, Herr Gerlach, daß Sie mir zustimmen. Bitte, wirken Sie bei Ihren Freunden in der preussischen Regierung darauf hin, denn da sitzen diejenigen, die daran schuld sind, daß wir diese ungeliebte Fondsbildung haben. Diese Fondswirtschaft ist tatsächlich unerträglich. Wir haben wahrscheinlich in Preußen außer dem zuständigen Ministerialdirektor sehr wenig Leute, die sich ganz in diesen Fonds zurechtfinden.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat den Haushaltsplan, dem ich mich jetzt zuwenden möchte, als eine Wüste in der Wüste der kommunalen Stats bezeichnet. Das ist eigentlich kein Kunststück, wenn man keine Wohlfahrtserwerbslosen zu versorgen hat. Wenn man die Gesamtheit der kommunalen Stats als eine Wüste bezeichnen will, ist der Etat der Provinz vielleicht auch in dem Sinne eine Wüste, als er heute noch der am wenigsten zusammengestrichene ist. (Abgeordneter Wigler: Sehr richtig!) Es muß da noch andere Arbeit geleistet werden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die bevorstehenden

Beratungen der Sachausschüsse noch Positionen herausfinden werden, die noch eine Kürzung oder Streichung vertragen können. Für uns ist es u. E. außerordentlich wichtig, daß die Provinzialumlage ermäßigt wird. In allererster Linie liegt das im Interesse der Gemeinden, die heute ihre Etats kaum ins Gleichgewicht bringen können. Wenn der Redner der Zentrumsfraktion sich dieses Ziel erst für das nächste Jahr vorgenommen hat, so kann ich ihm darin nicht beipflichten; denn das ist mir viel zu lange. Im Gegenteil, ich möchte an ihn die dringende Bitte richten, daß er sich schon in diesem Jahr dafür einsetzt, und ich hoffe, daß bei der Anzahl von guten Kennern des Etats, über die die Zentrumspartei verfügt, es dann möglich sein wird, solche Positionen herauszufinden.

Meine Damen und Herren! Eine Frage bei dem Etat, über die ich mich wie mit der Verwaltung einigen kann, ist die Frage der Vermögensaufstellung. Die Verwaltung ist über dasjenige, was sie bisher getan hat — abgesehen von der Aufführung der Beteiligung — nicht erheblich hinausgegangen. Ich vermisse auch in dem Passivvermögen eine Zusammenstellung der Schulden. Wir haben von der Gesamtheit der Schulden nur etwas aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns gehört. Es wäre besser, wenn man das schwarz auf weiß hätte.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat ausgeführt, daß eine Senkung der Personalkosten um 9½ Prozent durchgeführt worden sei. Wir bezeichnen das als einen erfreulichen Anfang, sind jedoch der Auffassung, daß, wenn man wirklich darauf hinarbeiten will, der Wirtschaft eine Entlastung zu verschaffen, dann noch erheblich mehr erreicht werden muß. Ich glaube auch, daß die Auffassung des Herrn Landeshauptmanns, daß die Provinzialverwaltung die Nachprüfung, ob die Provinz mit höheren Beamten überfetzt sei, ruhig abwarten könne, nicht allgemein geteilt wird, und daß auch außerhalb des Kreises unserer Fraktion viele Leute der Auffassung sind, daß hier noch weiter gespart werden könnte. Wir verkennen allerdings nicht die Schwierigkeiten, die dabei vorliegen. Es ist ja bekanntlich viel leichter, die sächlichen Ausgaben zu beschneiden als die persönlichen. Aber angesichts der Lage, in der wir uns befinden, wird auch die Provinzialverwaltung nicht daran vorbeikommen, daß sie auf diesem Gebiete noch weiter vorgeht.

Auch die Einstufungen der Provinzialbeamten, vor allen Dingen der höheren Beamten, werden nicht nur aus unseren Kreisen vielfach beanstandet. Wir sind der Auffassung, daß die Novelle zum Finanzausgleichsgesetz, die ja einen Zusatz zu dem Beamtenbesoldungsgesetz bringt, sehr wohl in der Lage ist, Remedur zu schaffen. Es kommt allerdings auf eins dabei an: daß bei den Verwaltungen — also hier bei dem Herrn Landeshauptmann und dem Provinzialausschuß — auch der ernste Wille besteht, diesen Paragraphen anzuwenden und jede einzelne Einstufung daraufhin genau zu prüfen, ob sie noch mit den Richtlinien, die ja das Ministerium noch herausgeben wird, oder mit den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen in Einklang steht oder nicht. Ich glaube, wenn man da mit allem Ernst herangeht, läßt sich doch vieles erreichen. Ich habe insolgedessen dieses Gesetz begrüßt. Aber ich fürchte, daß das Gesetz ein Messer ohne Klinge bleiben

wird, falls sich nicht dieser Wille bei den leitenden Stellen durchsetzt.

Meine Damen und Herren! Diese Einstellung unsererseits hat durchaus nichts zu tun mit unserer grundsätzlichen Einstellung gegenüber dem Berufsbeamtentum. Wir werden leider vielfach aus Berufsbeamtenkreisen — ich glaube, heute morgen hat auch der Redner der Sozialdemokratischen Partei uns wieder in dieser Weise charakterisiert — als Feinde des Berufsbeamtentums dargestellt. Meine Damen und Herren! Nichts ist unwahrer als das. Ich brauche nur auf unser Programm zu verweisen, auf alle Erklärungen, die unsere maßgebenden Leute abgegeben haben. Wir stehen ein für ein pflichttreues Berufsbeamtentum, aber wir wollen dieses Berufsbeamtentum auch sichern (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich möchte um etwas mehr Ruhe für den Herrn Redner bitten.

Abgeordneter Dr. Stein (fortfahrend): gegenüber dem sogenannten Parteibuchbeamtentum. Wir haben nur den einen Wunsch, daß auch seitens des Berufsbeamtentums der Strich gegenüber dem Parteibuchbeamtentum energischer gemacht wird, als es bisher der Fall gewesen ist. Ohne ein pflichttreues, pflichttreues Berufsbeamtentum ist die Führung der Geschäfte eines großen Volkes nicht möglich. In diesem Sinne werden wir immer für das Berufsbeamtentum eintreten.

Meine Damen und Herren! Wir bedauern, daß beim Straßenbau eine Kürzung hat eintreten müssen. Wir müssen aber diese Kürzung angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Lage in Kauf nehmen.

Es hat uns sehr gefreut, daß für den Wohnungsbau dadurch Mittel geschaffen werden sollen, daß der preussische Staat die Bürgschaft für zweite Hypotheken übernimmt. Mit dieser Bürgschaft allein wäre noch nichts gemacht, wenn nicht die Landesbank hoffte, 20 Millionen dafür bereitstellen zu können. Wir haben aber den dringenden Wunsch, daß diese zweite Hypothek nicht nur für Neubauten gegeben werden, sondern vor allen Dingen auch für die Altbauten. Der Altbau ist heute wichtiger geworden als der Neubau. Tatsächlich ist die Wohnungsnot, soweit wir von einer solchen reden konnten, im großen und ganzen beseitigt. Sie findet sich nur noch lokal und für einzelne Schichten. Dagegen ist die Erhaltung des Altwohnraumes heute das Allerwichtigste. Bei dem Altwohnraum ist auch zu berücksichtigen, daß durch zeitgemäße Teilung von Wohnungen, durch Umbauten und Neubauten, Wohnraum geschaffen werden kann, den der Neubau heute angesichts der noch immer hohen Kosten des Neubaus nicht schaffen kann.

Zu dem Haushaltsplan der Hochbauverwaltung ist uns aus Kreisen unserer Anhänger die Anregung geworden, die ich Ihnen hiermit weitergeben möchte, die Provinzialverwaltung möge doch einmal in Erwägung ziehen, ob man die Reparaturen und Umbauten nicht durch lokale Architekten beaufsichtigen und betreiben lassen könnte, statt daß in Düsseldorf ein großer Stab gehalten wird, für den heute doch nur eine geringe Verwendungsmöglichkeit besteht. Die Bauleitungskosten stellen sich auf diese Weise verhältnismäßig außerordentlich teuer. Es kommt noch dazu, daß die hohen Reisekosten berücksichtigt werden müssen.

Sinsichtlich der Kürzung der Reisekosten sind wir erfreut darüber, daß die Provinzialverwaltung, nachdem sie es jahrelang abgelehnt hat, unseren Anregungen zu folgen, sich endlich dazu entschlossen hat, eine Kürzung vorzunehmen. Ich erinnere daran, daß wir im Vorjahre mit unserem Antrag 46 eine 25prozentige Kürzung verlangt haben. Heute hat die Verwaltung selbst 15 Prozent bei der Aufstellung des Haushaltsplanes eingeseht.

Ich möchte auch nochmals die Verwaltung darauf aufmerksam machen, daß sie, wo sie auch nur dazu in der Lage ist — vielleicht bei der Landesbank läßt sich einiges machen — für die Erhaltung des Altbesitzes sich möglichst bemüht, der ja, wie ich bereits ausgeführt habe, von ganz außerordentlicher Wichtigkeit ist und vielleicht noch das größte Kapital darstellt, das das deutsche Volk hat. Leider ist die Kreditfähigkeit des Altbesitzes durch Wohnungszwangswirtschaft und Steuererhebung ziemlich eingeschränkt; aber immerhin ist der Hausbesitz doch heute noch eins der wertvollsten Vermögensstücke.

Sinsichtlich der Anstalt Braunweiler lassen die Klagen aus unseren Kreisen darüber nicht nach, daß von dort aus den dortigen Gewerbetreibenden unnötige Konkurrenz gemacht wird. Wir verschließen uns ja nicht der Tatsache, daß Arbeiten in diesen Anstalten geschaffen werden müssen, und daß, wo Arbeit geschaffen wird, auch Produkte entstehen, die verkauft werden müssen. Wir sind aber andererseits der Auffassung, daß die Provinz sehr wohl in der Lage wäre, die Verwertung ihrer Produkte, wenn sie sie selbst nicht brauchen kann, doch jedenfalls auf einen größeren Kreis zu verteilen, so daß die unmittelbare Nachbarschaft dadurch nicht benachteiligt wird.

Meine Damen und Herren! Ueber die Lage der Landwirtschaft sind in dem letzten Provinziallandtag sehr eingehende Ausführungen gemacht worden. Ich kann mich heute darauf beschränken, für meine Partei zu erklären, daß wir mit den Maßnahmen, die seitens der Reichsregierung getroffen worden sind, zufrieden sind, wenn sie sich auswirken werden, und daß wir bedauern, daß darüber eine lange Zeit vergeht, bis diese Maßnahmen sich durchgesetzt haben. Es ist unmöglich, nachdem der Bauer derartig ausgepowert worden ist, wie es in den letzten Jahren der Fall gewesen ist, daß er von heute auf morgen durch einige Zollmaßnahmen und dergleichen wieder zu Blut kommt. Was noch außerordentlich drückend ist für die Landwirtschaft, ist die Belastung mit hohen Zinsen und mit hohen Steuern.

Meine Damen und Herren! Wenn ich zum Schluß nun noch auf die Wünsche des gewerblichen Mittelstandes zurückkomme, so kann ich eigentlich dasjenige, was ich für die Landwirtschaft ausgeführt habe, auch für den gewerblichen Mittelstand sagen. (Unruhe. — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte um etwas mehr Ruhe für den Redner.

Abgeordneter Dr. Stein (fortfahrend): Die Verhältnisse in dem gewerblichen Mittelstande sind, wie Sie wohl alle aus den Konkursstatistiken und den Einladungen zum Offenbarungseid wissen, aus den Mitteilungen, die die Handelskammern und die Verbände allen Organisationsvertretern zugehen lassen, heute

fast gerade so schlimm wie bei der Landwirtschaft. Wir hoffen, daß sich auch hier Mittel und Wege finden lassen, um allmählich eine Entlastung herbeizuführen, und sind der Auffassung, daß gerade der gewerbliche Mittelstand derjenige Stand ist, der in allererster Linie an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten wird. In der Vergangenheit ist der deutsche Mittelstand immer derjenige gewesen, der durch Opfer, durch persönliche und an Geld und Gut, dem Vaterlande gedient hat. Wir wissen, daß unsere Leute, wenn die Not an sie herantritt, heute noch von dem gleichen Geiste beseelt sind. (Bravo! und Händeklatschen bei der Wirtschaftspartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schüler.

Abgeordneter Dr. Schüler: Vor Jahresfrist erklärte ich in meinen Schlussworten, daß bald, wenn die Verhältnisse in der rheinischen Landwirtschaft keine wesentlichen Besserungen erfahren, auch in der Rheinprovinz die schwarzen deutschen Bauernfahnen wehen werden. Was ich damals gesagt, ist unterdessen, wenn auch erst in geringem Ausmaße, eingetroffen. Wie ein Teil von Ihnen wohl in der Presse der südlichen Provinz gelesen hat, zeigten sich bei einer vor einigen Wochen abgehaltenen Bauernversammlung in der Grenzmark zum ersten Male diese äußeren Zeichen der großen Bauernnot und des Willens, dieser Not in absehbarer Zeit ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig! bei der Landvolkpartei.) Was in der vorliegenden Denkschrift in eindrucksvoller Art vom Regierungsbezirk Trier gesagt wird, gilt in gleicher Weise von allen Höhengebieten der Rheinprovinz, der Eifel, dem Hochwald, Hunsrück und Westerwald und auch zum größten Teile, wenn vielleicht auch nicht ganz in demselben Ausmaße, von der gesamten rheinischen Bauernbevölkerung und dem größten Teile der mit ihnen auf Gedeih und Verderb verbundenen Zweige des Wirtschaftslebens, also der Handwerker, Gewerbetreibenden und vieler anderer Berufe dieser Gebiete, sowie vor allem auch von dem immer noch schwer um seine Existenz ringenden rheinischen Winzerstande.

Wir begrüßen es, daß man durch die Osthilfe unseren Bauern im Osten helfen will, aber nicht nur unser rheinisches Reichsratsmitglied, sondern u. a. auch viele Parteien im Reichstag, darunter unsere Landvolkpartei und vor allem auch unsere Freunde vom Christlichen Volksdienst, haben sich der bereits, wenn allerdings auch nur schwach, in Erscheinung getretenen Westhilfe wärmstens und mit Erfolg angenommen. Wir sind uns wohl in der Mehrheit darüber einig, daß gleich wie im Osten auch im Westen die Bauernhilfe mit allen Mitteln weiter ausgebaut und auf längere Zeit in Aussicht genommen werden und in gerechter Weise Verwendung finden muß. Gewiß ist auch die Not in den Städten eine große, und die ungeheure Arbeitslosigkeit hat viel Elend, vor allem bei den Arbeitern, aber auch bei vielen anderen Kreisen des Mittelstandes gebracht. Jedoch im ganzen genommen ist die Not des deutschen Kleinbauern größer, und die Durchschnittslebenshaltung derselben hat einen Tiefstand erreicht, der nicht mehr zu überbieten ist. (Sehr richtig! bei der Landvolkpartei.) Gar viele von den Großstadtbewohnern machen sich gar keinen Begriff davon, wie ärmlich unsere Bewohner der südlichen Höhengebiete leben müssen, weil so gut

wie jedes Bargeld fehlt. Nur wer wie ich tagtäglich in viele dieser Familien schaut, der kennt das ganze Elend. Ich könnte Ihnen stundenlang davon erzählen, will aber nur ein Beispiel anführen: Vor einiger Zeit kommt eine Bauersfrau zum zweiten Male in meine Sprechstunde, und ich muß ihr die Mitteilung machen, daß sie zur spezialärztlichen Untersuchung einige Tage in das nahegelegene Krankenhaus fahren müsse. Darauf kam sofort prompt die Antwort: „Dofor hon eich kä Geld.“ Ich redete ihr zu und sagte, sie müsse aber hin; es koste allerdings 15 bis 20 RM. „Hon eich nit, eich hon dofor kä Geld“ war die Antwort, und dabei blieb es, trotz allen Zuredens, weil diese Frau, die einen Besitz von etwa 7 Hektar Land ihr Eigen nannte, also für unsere Verhältnisse zu den reichen Bauernfamilien auf dem Sunsrüd zählte, tatsächlich dieses Geld nicht aufbringen konnte. Wenn der Knecht des Bauern krank gewesen wäre, so wäre die Krankenkasse ohne weiteres eingespungen. Der Bauer selbst kann es nicht.

Wenn der Redner der SPD. versucht hat, den Gegensatz zwischen Osten und Westen hier zu vertiefen, so möchte ich ihm sagen, daß ihm das nicht gelingen wird. (Sehr richtig! bei der Landvolkpartei.) Ich kenne diese Gegensätze und bedauere sie sehr stark; aber auf wirtschaftlichem Gebiete liegen sie nicht. Hier sind wir Kleinbauern und Großbauern auf Gedeih und Verderb vollkommen miteinander verbunden. (Sehr gut! bei der Landvolkpartei.) Wenn der Redner der SPD. ferner die Schrift von Klepper noch einmal angeführt hat, so bedauere ich das ungeheuer, denn gerade diese Schrift, die Sie (zum Abgeordneten Kurth) angeführt haben (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Ich habe keine Schrift von Herrn Klepper zitiert), bedeutet nichts anderes als die Festlegung der Not des Kleinbauern. Er sagt u. a.:

„Die Großbetriebe sind so schlecht daran, weil sie verkehrt gewirtschaftet haben. Die Kleinbauern sind lange nicht so schlecht daran und haben nicht so viel Schulden. Warum nicht? Weil sie sich krumm gelegt haben, weil sie ihre Lebenshaltung bis aufs äußerste eingeschränkt haben.“

(Sehr gut! rechts.) Während man vor einigen Jahren noch vielfach anderer Ansicht war, so erkennen die meisten das Elend unserer Bauernkreise zwar an. Allerdings muß man sich doch wundern, was man noch öfters in den Berichten aus gewissen Verwaltungskreisen zu lesen bekommt, namentlich wenn es sich um Bewilligung von Kriegselternrenten und Beihilfen handelt. Da kann man lesen, daß alte Leute von 60 bis 70 Jahren sich von 1½ Morgen, die einen Pachtpreis von 15 RM im Jahre erbringen, ernähren könnten, oder zwei gleichaltrige Leute von 13 Morgen — Pachtpreis 130 RM im Jahr — sieben Personen durchhalten könnten, also nicht bedürftig seien. Gewiß sind zahlreiche Maßnahmen, so jetzt auch Osthilfe und Westhilfe getroffen worden, um der Landwirtschaft zu helfen. Bis jetzt ist unsere Not aber immer größer geworden und ich weiß schon heute, daß alle diese Maßnahmen, gleich wie alle bisherigen, nicht in der Lage sein werden, für sich allein wirkliche Hilfe zu bringen. Gewiß ist manches geschehen, und die Sozialdemokratie hat durchaus recht, wenn sie sagt: Wir haben mehr getan für die Landwirtschaft als die frühere Regierung; aber, und das muß doch jeder zugeben, dieser Staat

hat es nicht verhindert, daß die Bauern in immer größeres Elend gekommen sind und 12 Milliarden und mehr Schulden gemacht haben. (Hört, hört! rechts.) Man sagt, Ihr Bauern zahlt doch fast keine Steuern und bringt nur etwa 1 Milliarde auf. Demgegenüber frage ich: Wo bringt der Bauer denn seine Steuer auf? Bei jedem Schwein, das er jetzt verkauft, gibt ihm der Staat statt 150 RM etwa 100 RM, er nimmt ihm bei jedem Schwein 50 RM, also die Hälfte als Einkommensteuer. (Hört, hört! bei der Landvolkpartei.) Auf den anderen Gebieten der Landwirtschaftlichen Erzeugung liegen die Verhältnisse ähnlich. Wäre dem nicht so, dann hätte die Landwirtschaft eben die 12 Milliarden Schulden nicht machen können, denn verlegt haben unsere Bauern das Geld sicher nicht und auch nicht in Maschinen, in ihre Häuser und Ställe, die immer mehr zusammenfallen, hineingesteckt.

Es gibt gar viele Leute in Deutschland, und meistens sind es solche, die von der Landwirtschaft wenig oder gar nichts verstehen, welche uns Bauern viele gute Lehren geben — auch der Redner der SPD. hat es verschiedentlich getan —, wie wir uns helfen können. Typisierung, Standardisierung und andere Frisierungen, Selbsthilfe durch Verkaufsgenossenschaften und viele andere Schlagworte spielen hier eine große Rolle. Sind denn wirklich unsere deutschen Bauern dummer als die Bauern anderer Länder? Wer das behauptet, kennt sie nicht, und ich behaupte, daß die deutsche Landwirtschaft nach dem Kriege in der Bewirtschaftung ihres Besitzes nicht weniger Fortschritte gemacht hat, als der größte Teil unsere Industrie. Oder glaubt jemand, daß wir vielleicht aus Dickköpfigkeit — wir Bauern haben ja Gott sei Dank einen recht biden Kopf — die wohlgemeinten Ratschläge nicht annehmen wollen? Auch das ist falsch. Wir tun Euch alles zu Gefallen, soweit wir es können, und das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, das, wie Sie aus dem betreffenden Haushaltsplan ersehen, eine große Ausdehnung in der Provinz genommen hat, sorgt für weitgehendste Fachausbildung unserer Landbevölkerung. Aber was nicht geht, geht nicht. Was ist das?, daß wir die Wünsche der Großstadt in allen Fällen erfüllen können. Schon vor Jahren forderte man von uns einheitliche Ware der Kartoffeln, und zwar gelbe. Daraufhin bauten wir die Industriekartoffel; sie war gelb, und was war die Folge? 80 Rpf der Zentner. Man sagte uns, baut einheitlichen Roggen, wir bauten den Bettkuser Roggen; was war die Folge? Unverkäuflichkeit. Man sagte uns, gebt uns einheitliche gute Butter, wir bauten Molkereien und lieferten beste Butter, die kein Land besser und einheitlicher liefern konnte. Was war die Folge? 10 Rpf und weniger für das Biter Milch in vielen Molkereien. Und was gebes Sie uns jetzt für einen Rat? Für diese 10 Rpf für die Milch Umstellung auf Grünlandwirtschaft. Glauben Sie denn wirklich, daß das uns Bauern retten wird? Man fordert jetzt von uns auch ein einheitliches Obst. Wir stellen uns um, aber so schnell geht das nicht bei Obst, und wenn wir uns dann umgestellt haben, was wird dann die Folge sein? Dann wird die Großstadt wahrscheinlich erklären: Ja, Ihr liefert uns frisches Obst erst im Juli-August, wir wollen es aber schon Weihnachten. Die Verwöhnung eines großen Teiles der Großstadtbevölkerung ist mit schuld an dem Bauernelend. Warum muß denn soviel

Weizen verbachten werden, warum muß denn soviel ausländisches Gemüse, Obst und müßigen Süßfrüchte für viele hunderte Millionen eingeführt werden? Warum muß denn das deutsche Volk schon jetzt ausländische Trauben für 1,50 RM und mehr essen, während gleichzeitig unsere deutschen Winzer ihren Wein für 40 Rpf nicht loswerden können? Warum müssen denn jetzt schon ausländische Kartoffeln der Zentner zu 70 RM in Deutschland gegessen werden, während tausende Zentner für 70 Rpf verfaulen? (Zuruf des Abgeordneten Renner: Wo denn?) Im Osten kosteten im Herbst die Kartoffeln 70 Rpf. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Wir können doch nicht nach dem Osten fahren!) Wir werden gleich auf diesen Punkt zurückkommen; dann werden Sie zufriedengestellt. (Zuruf von den Kommunisten: Das sind die Schnapskartoffeln!) Nein, das sind richtige Kartoffeln gewesen. In Schlesien und im Osten konnten Sie für 70 Rpf genug kaufen. (Zuruf von den Kommunisten: In der Stadt kosten sie aber 4 Mark! — Glocke des Vorsitzenden.) Hunderte von Millionen würden gespart, wenn alle Deutsche so dächten wie ein einfacher Winzer aus Ennsdorf. Der Mann sagt das folgende: Ich esse jedes Jahr Anfang August meine ersten Kartoffeln und muß dann ein Jahr warten, bis ich wieder neue Kartoffeln bekomme. So geht es ganz genau demjenigen, der schon im März Frühkartoffeln isst, auch er muß dann wieder ein Jahr warten. Die Denkungsart ist sehr einfach, würde aber viel Geld sparen. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Wir essen die doch nicht im Februar!) — Ich habe das auch nicht behauptet. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Reden Sie doch nicht immer hierhin, reden Sie doch zur Wirtschaftspartei!) — Sie reden nur immer dazwischen; infolgedessen muß ich mich mehr an Sie halten. (Weiterkeit.)

Wir haben Notzeit — Kriegszeit — und für mich ist der letzte Krieg erst dann zu Ende, wenn das Diktat von Versailles eine wesentliche Umänderung erfahren hat (Zuruf von den Kommunisten), und da muß das deutsche Volk sich einschränken und die in den letzten Jahren viel zu hoch gestellte Anforderung an die Lebenshaltung senken, nicht nur bei den landwirtschaftlichen Lebensmitteln, sondern auch auf allen anderen Gebieten. Das ist in der Jetztzeit Pflicht aller. Aber das deutsche Volk kennt ja nur noch Forderungen — soll ich jetzt nach links oder rechts gucken? — (Zuruf des Abgeordneten Renner: Gucken Sie hierher!), keine Pflichten mehr, und wenn wir früher gehorsame Kinder und Untertanen hatten, so haben wir jetzt viel mehr gehorsame Eltern und eine gehorsame Regierung, die der Masse des Volkes jeden Willen tut, anstatt es zu führen und zu erziehen, und zwar streng zu erziehen, zu seinem eigenen Besten. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Jetzt guckt er nach der Mitte!)

Der Deutsche kann auf die Dauer nicht ungestraft fremde ausländische Ware in diesem Ausmaß verbrauchen, ohne noch mehr als dieses leider schon der Fall ist, vom deutschen Grund und Boden und seinen deutschen Bauernbrüdern sich zu entfernen. Man hat ausgerechnet, daß das deutsche Volk seine Lebensmittel, falls es sie vom Ausland bezöge, für etwa 2 Milliarden billiger bekäme. Eine törichte Arbeit ist das gewesen. Vielleicht kommt einmal die Zeit, vielleicht bald, vielleicht erst in Jahrzehnten, ich bin aber fest davon überzeugt, daß sie einmal kommt, in welcher alle deutschen

Bauern trotz der jetzt noch im hohen Maße bestehenden Gegensätze sich gleich wie die meisten anderen Stände und Berufe zusammenschließen werden und sagen: Wir wollen nicht mehr Heloten sein und für Schandlohn schwerste Arbeit verrichten, wir wollen und dürfen nicht mehr zusehen, wie unsere Väter und Mütter bis ins 70. und 80. Lebensjahr mit gebeugtem Rücken und wankenden Schritten sich täglich todmüde arbeiten (Sehr gut! links), wie unsere Frauen von morgens 5 bis abends 10 Uhr und noch länger ohne jede Pause sich krumm arbeiten müssen, während im Deutschen Reich 4 Millionen und mehr kräftiger Männer und Frauen keine Arbeit haben (Zuruf des Abgeordneten Feinzig: Sehr gut! Was ist die Konsequenz?), die kommt jetzt! Wir wollen mit unseren 25 Millionen keine dummen, verachteten Bauern mehr sein, wir verlangen und fordern entsprechend der Entlohnung des übrigen deutschen Volkes als Mindestlohn so und so viel für jeden Zentner Weizen, Korn, Fleisch usw., dann würden dem deutschen Volke die Augen aufgehen und es würde erst einsehen, was es denn wirklich bedeutet, daß der Wert der Milch- und Buttererzeugung in Deutschland größer ist, als die ganze Eisenerzeugung und Kohlenförderung zusammen. (Hört, hört! rechts.) Im Kriege konnte die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk nicht ernähren, heute liegen tausende Zentner Roggen und Kartoffeln unverkäuflich. Von Regierungsseite — siehe die berühmte Schweinejübel — wird den Bauern geraten, die Schweinehaltung einzuschränken, weil wir zu viel Fleisch erzeugten, und gleichzeitig beschließt man im Deutschen Reichstag 50 000 Tonnen Gefrierfleisch einzuführen — ich gucke jetzt ganz nach rechts — (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Die sind ja nicht mehr da!) zu einer Zeit, in der die deutsche Landwirtschaft zu einem Preise von 56 Rpf Schlachtgewicht frisches Fleisch liefern muß. (Zuruf von den Kommunisten.) — Sie können es jederzeit bei uns haben. Wir Bauern bekommen jetzt 45 Rpf pro Pfund Lebendgewicht. — (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Bei Schneidewind zu 20 Rpf das Pfund Wurst! Unruhe.) — Wenn Sie alle durcheinander reden, kann ich hier beim besten Willen nichts verstehen. Mehr als sechs können nicht auf einmal reden. — Nur was unbedingt zur Ernährung des deutschen Volkes nötig ist, darf herein. Ich habe allerdings durchaus nichts dagegen, daß die zollpolitischen Maßnahmen in einen gewissen Einklang mit dem Absatz unserer Industrieprodukte gebracht werden müssen, aber nicht in dem Maße, wie es immer noch geschieht und einseitig gefordert wird. Daß uns die bisherigen Maßnahmen nicht helfen konnten, liegt — jetzt gucke ich wieder nach links — eben an einem falschen und teilweise verkehrt gesteigerten Lebensbedürfnis des deutschen Volkes, vor allem an der unerhörten Steigerung der Lebensmittel auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher. (Zustimmung.) Wenn hier keine Milderung eintritt, ist alles übrige Machwerk, und dann tritt vielleicht das ein, was der R.P.D.-Redner gesagt hat. Nicht Subventionen, nicht Beihilfen — wir sind es leid, immer als Bettler dazustehen — wir würden gerne auf alles das verzichten, wenn wir nur eine dem Einkommen der übrigen Bevölkerungskreise entsprechende Bezahlung unserer Arbeit hätten — retten den deutschen Bauernstand, sondern: allein eine gerechte Preisbildung seiner Erzeugnisse.

(Zuruf des Abgeordneten Kurth: Sehr gut! Die muß er haben.) Es ist ein gewaltiges Unrecht, daß das deutsche Volk seinen Bauern, denen es auch schon vor dem Kriege nicht besonders gut ging, die Preise der Vorkriegszeit und noch weniger zahlt, während fast alle übrigen Stände eine wesentlich gesteigerte Höhe der Einnahmen haben. Man wendet ein, noch höhere Preise für die Lebensmittel kann der größte Teil des deutschen Volkes nicht tragen, im Gegenteil, die Lebensmittel müssen billiger werden, damit durch Lohnsenkung wir in der Industrie mit dem Auslande konkurrenzfähig bleiben. (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Noch mehr Lohnabbau?) — Warten Sie einmal. Wenn ich weiter bin, können Sie vielleicht darüber sprechen. Ich werde wahrscheinlich jetzt das sagen, was Sie sagen wollten. Wir stehen hier durchaus auf dem Arbeiterstandpunkt, daß eine wesentliche Lohnsenkung, die ja doch wohl einmal kommen muß, nur dann in Frage kommen darf, wenn eine wirkliche wesentliche Senkung der Lebenshaltung vorhanden ist. (Sehr gut! links.) Ich stimme mit dem Redner der SPD. vollkommen überein, daß bisher diese Senkung sehr klein gewesen ist. Ja, eine kleine Senkung ist eingetreten: wir bekommen für die Schweine noch weniger!

Die Sparmaßnahmen der Regierung und der Provinz erkennen wir bis zu einem gewissen Grade an, aber sie müssen unserer Ansicht nach im nächsten Jahr in einer ganz anderen Weise fortgesetzt werden. Wir können uns unter anderem nicht mit dem Neubau der Taubstummenanstalt in Aachen einverstanden erklären, der pro Kopf der Insassen etwa 6500 RM erfordert.

Der Minister Stegerwald, dem man ja wohl kaum eine allzu große Bauernfreundlichkeit nachsagen kann, hat kürzlich erklärt, daß der Handel in Deutschland durchschnittlich 100 Prozent drauffschlüge, daß also die Bauern für ihre Lebensmittel etwa 10 Milliarden erhielten, die Verbraucher aber 20 Milliarden zahlen müssen. Nun vergleiche man einmal die Arbeit, die dazu gehört, ein Mutterschwein großzuziehen, die Ferkel werfen zu lassen, diese großzuziehen und fett zu machen, mit der Arbeit, die dazu gehört, um dieses Schwein vom Bahnhof per Eisenbahn zur Stadt zu bringen, zu schlachten und zu verkaufen, und man wird ohne weiteres einsehen, wie gewaltig der Unterschied in der Bezahlung der Bauernarbeit zu der anderen Arbeit ist. Beide Löhne sind gleich groß, aber die Bauernarbeit beträgt etwa das zehnfache der anderen. Der Minister hat dann ferner ausgeführt, daß in manchen Ländern dieser Satz nicht 100 Prozent, sondern 25 Prozent betrage. Ich behaupte: In der Lösung dieses Problems liegt Augenblicklich für das deutsche Volk seine weitest wichtige wirtschaftliche Aufgabe. Geben Sie dem Handel 50 Prozent, also das Doppelte von dem, was in anderen Ländern möglich ist, und geben wir 25 Prozent von dem Reste den Bauern mehr und liefern dem Arbeiter seine Nahrungsmittel um 25 Prozent billiger. Dann, und meiner Ansicht nach nur dann, erleben wir baldigst einen größeren wirtschaftlichen Aufstieg.

Ich weiß, daß dieser Weg nicht leicht ist, er erfordert vor allem Männer — mir persönlich wäre noch lieber ein Mann, der allerdings alles andere, nur kein Diktator in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes sein dürfte, dessen erster Grundsatz vielmehr sein müßte, nicht zu herrschen, sondern dem deutschen Volke zu

dienen —, welche ohne nach rechts und links zu schauen, den als recht erkannten Weg gehen. (Sehr richtig! bei der Landvolkpartei.) Der einfachste Weg wäre ein Gesetz, welches ganz bestimmte Preisunterschiede zwischen Erzeugerpreis und dem Preise für den Verbraucher festsetzte. Der zweite Weg wäre, daß die Landwirtschaft ihre Produkte direkt beim Verbraucher absetze und der dritte, wohl der beste, ein Mittelweg zwischen den beiden erstgenannten. Der Bauer kann bei den augenblicklichen Preisen das Pfund Schweinefleisch zu etwa 65 Rpf Schlachtgewicht — bei einer guten Berechnung für den Bauern — in den Laden der Großstadt oder sogar in das Haus liefern. Wir haben auch auf dem Lande eine Reihe, allerdings meist kleinere aber doch recht gut eingerichtete Schlachthäuser, welche sicher den größten Bedarf der Städte bei voller Ausnützung ihrer Einrichtungen und Arbeitskräfte befriedigen können. Muß denn das ganze Tier mit allen seinen vollkommen unbrauchbaren Teilen zur Stadt geschickt werden, um dort von teuren Arbeitskräften und in teuersten Einrichtungen diese gewaltige Preissteigerung zu erfahren? Der Transport des Fleisches vom Lande zur Stadt würde bei den jetzigen Einrichtungen kaum irgendwelche Schwierigkeiten bereiten. Man wird mir nun sofort sagen, ja, dann werden aber unsere teuren Schlachthäuser in den Großstädten leerstehen. Ich erwidere darauf, dann baut sie um in Fabriken oder dergleichen. (Lachen links.) Ferner werden die Großstädte sagen, daß sie auf diese Weise in verschiedener Hinsicht eine Reihe von Einnahmen verlieren würden. Ich sage dagegen: So schlimm wird das nicht sein, und die Großstädte lernten dann noch besser und schneller sparen, als sie das jetzt schon tun müssen. Der wichtigste und schwerwiegendste Einwurf gegen meinen Vorschlag ist derjenige: Was geschieht mit den Personen, die dann ihren Beruf verlieren? Ich frage sofort dagegen, was ist gerechter und richtiger? Soll der deutsche Arbeiterstand, soll der deutsche Bauernstand zugrunde gehen und damit das ganze deutsche Volk, oder einige wenige, im Verhältnis zur Gesamtzahl wirklich nur wenige, sich umstellen müssen, auch wenn das dem einzelnen noch so schwer fällt und er für die Allgemeinheit leiden muß? Man hat mir allerdings einmal gesagt, daß ein recht großer Teil der 8 Milliarden Spareinlagen in Deutschland zu einem großen Teile von einzelnen Gewerbetreibenden der Großstädte stamme, und zwar zu einem großen Teile der Nahrungsmittelgeschäfte. Ich bin der letzte, der Handel- und Gewerbetreibende vernichten will. Ich stamme von Vaterseite aus diesem Stande, ich weiß auch, wie vielen gerade dieses Standes es in der jetzigen Zeit schlecht geht, aber wo es sich um den Bestand des deutschen Volkes handelt, müssen einzelne — Kriegszeit ist's —, auch wenn es noch so schwer ist, leiden und Schweres ertragen. Aber ich glaube nicht einmal, daß es wirklich so schlimm wäre. Ein Teil wird bleiben können und gefunden, ein Teil wird sich allerdings anders einstellen müssen. Daß die Allgemeinheit in einzelnen Fällen hier eingreifen müßte, ist wohl selbstverständlich, aber diese Ausgaben ständen in gar keinem Verhältnis zur Größe des Wertes.

Und wie es auf diesem Gebiete ist, wird es denn über kurz oder lang mit vielen anderen Berufen und Ständen nicht ganz genau so gehen müssen? Ich habe mich heute früh über die Ausführungen des Herrn

Oberbürgermeisters Lehr über diesen Punkt recht gefreut, nur durfte er nicht bei den Beamten und Angestellten der Provinz stehen bleiben, sondern seine Ausführungen auf alle — wir Hunsrück-Bauern nennen diese alle „die Särelait“ — ausdehnen. Haben wir denn nicht nach dem Kriege eine viel zu große Ueberschwemmung all dieser Berufe bekommen? Das Volk der Dichter und Denker ist zu einem großen Teile ein Volk der materialistischen Weltanschauung geworden und dadurch zerrissen in viele Klassen und Stände, die sich gegenseitig bekämpfen. An Stelle der einfachen Pflichterfüllung, des kategorischen Imperativs des Philosophen Kant, ist die Sucht nach einem arbeitsleichten, guten Einnahmeposten für den größten Teil die wichtigste Aufgabe ihres Lebens geworden. Wohin führt dieser Weg das deutsche Volk? Wenn es nun immer mehr Akademiker, immer mehr Beamte und Angestellte, immer mehr Ärzte, immer mehr Handwerker und Kaufleute gibt, wenn die Schicht der nichtschwer handarbeitenden Kreise nun immer noch größer wird? Müssen da nicht alle zugrunde gehen? Es liegt also gerade im Interesse all dieser Berufe, das allzu große Ausmaß auf ein richtiges Maß zurückzuführen. Mancher sieht den Abgrund und läßt das Schiff darauf zusteuern; ein anderer Teil des deutschen Volkes — so sagt man — wünscht vielleicht diesen Weg. Ich weiß aber auch bestimmt, daß ein Schiff und ein Volk ohne Führer verloren ist. Natürlich müssen die Führer wirkliche Führer sein, und es ist das schlimmste Unglück des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit, daß wir wohl Führer auf einzelnen Gebieten haben, aber keine Führer, die über allem stehen, nichts als die Wahrheit und das Recht erkennen, um danach in schärfster, strengster Weise zu handeln. Das deutsche Volk ist zerrissen nach links und rechts. — Ob die Mitte mehr zu links oder rechts gehört, darüber kann man ja verschiedener Meinung sein. — Auf diese Weise muß es zugrunde gehen. Wer ist daran schuld? Sie zur Linken rufen: Die zur Rechten! und die zur Rechten sagen: Die zur Linken! Beide sind in gleichem Maße schuld. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Nur gut, daß wir Ihren Segen haben!) — Den brauchen Sie nicht zu haben. Sie scheinen ja in keine Kirche mehr zu gehen. Es wäre vielleicht auch schade dafür. —

Wir Bauern stehen auf dem Standpunkt, daß gleich wie die Vorführung Tag und Nacht, Sommer und Winter, Werden und Vergehen geschaffen hat, so hat sie auch die Menschen verschieden geschaffen, hat ihnen Glück und Leid geschenkt, Recht und Unrecht, Freiheit und Unfreiheit, Reichtum und Armut, Gesundheit und Krankheit, ein Erden- und ein ewiges Leben. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Ist das verschenkt worden?) Solange diese Naturgesetze sich nicht ändern, bedarf ein Volk und der einzelne des Antriebs zum Fortwärtstreben, und so lehnen wir Bauern jede Gleichmacherei, auch Ihren Kollektivismus ab. Es scheint doch nicht alles so rosig in Rußland zu sein, wie der Redner der KPD. es uns hier vorgemalt hat. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Noch viel rosiger!) Man hört dort auch, daß die Bauern auswandern wollten und daß es vielen nicht gefalle. (Zuruf von den Kommunisten: Die sind aber zurückgefahren!)

Von wirklichem sozialem Denken, d. h. von wirklicher christlicher Nächstenliebe, die nicht nur in Worten, sondern in Taten nichtverschuldete Not eines jeden

deutschen Bruders lindern will, lassen wir uns von keinem übertreffen. Den Eigentumsbegriff halten wir Bauern hoch und heilig, weil wir das Bestreben nach Besitz und Gut, vor allem nach einem eigenen schönen Heim als eines der besten Mittel zum Aufwärtstreben des einzelnen und des Volkes halten. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Ein Volkentuckucksheim kriegen wir alle!) — Das haben Sie doch sicherlich auch. — Wirkliche Not zu lindern, sind wir allezeit bereit. Den Menschen durch den Sozialismus . . . (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie lesen doch das Buch nicht ganz vor?) — Na, ich kann auch 4 Stunden sprechen, dann setze ich noch einige Seiten an. — (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Woher haben Sie die Rede importiert?) — Soviel Verstand habe ich immer noch, um Ihnen die Wahrheit sagen zu können. (Zustimmung und Heiterkeit rechts. — Zuruf von den Kommunisten: Was ist Wahrheit?) — Was Sie darunter verstehen, ganz bestimmt nicht! (Heiterkeit.) — Wirkliche Not zu lindern, sind wir allezeit bereit. Den Menschen durch den Sozialismus, wie der übertriebene Sozialismus es sicher tun muß, zum Verlaß auf Staat und andere, zur Sucht nach Rente, nach geruhigem, arbeitsfreiem Leben auf Kosten der anderen zu verleiten, lehnen wir aufs allerentschiedenste ab. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Solch einen Sozialismus lehnen wir natürlich auch ab!) — Ich habe Sie nicht gebeten, Ihre Meinung in der Beziehung jetzt zu äußern. — Wenn unsere Kleinbauern auch arm sind, so ist der Reichtum auf die Reichen an und für sich nicht allzu groß. Wissen wir doch genau, daß ebenso wenig wie der übertriebene Sozialismus, so auch der Kapitalismus nicht glücklich macht. In deutscher Notzeit geboren, verlassen von allen anderen Parteien, halten viele unsere Landvolkpartei auch heute noch für eine Partei des reinen Materialismus. Aber diese irren sich schwer. Gewiß kämpfen wir jetzt in erster Linie, weil die Not uns dazu zwingt, um unsere Existenz, aber reich wollen wir gar nicht werden. Das bringt Schlassheit und Uebermut, aber leben wollen wir können, unseren Hof wollen wir behalten für uns und unsere Kinder. (Zuruf von den Kommunisten.) Wenn wir auch keinen feinen Reichtums wegen neidisch betrachten und nicht diese „Särelait“, wie es leider nur zu oft von links geschieht, ohne weiteres als unsere Feinde und für Lumpen ansehen, so bekämpfen wir doch aufs allererschärfste den übertriebenen Kapitalismus und halten Gehälter und Einkommen in öffentlichen und privaten Stellen in den bekannten Größen für eine große Schande des gesamten deutschen Volkes. Wir sind der Ansicht, daß die Klust, die im deutschen Volke vorhanden ist, viel weniger tief wäre, wenn die Besitzenden das Wort mehr beherzigt hätten, daß Reichtum verpflichtet, verpflichtet dem armen deutschen Bruder soweit als möglich zu helfen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Da kommt ein Sehnsuchtszeichen hin!) — Es ist nur ein Punkt. Sie müssen es aber besser wissen als ich. — (Zuruf von den Kommunisten.) — Das paßt Ihnen nicht, das weiß ich; denn Sie wollen keine Versöhnung des deutschen Volkes, und darauf kommt doch allein alles an. — (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Nicht mit den Ausbeutern!) — Genau so steht es auch hier. —

Auch hier hat ein falscher Weg vieles von gutem, altem Volkstum zerschlagen. Gleich wie man nicht die

Menschen durch zu weitgehende Wohlfahrtseinrichtungen — daß diese notwendig sind, wer könnte das leugnen — seiner Kindes-, Eltern-, Nachbarn- und sonstigen Menschenpflichten ganz oder doch zum größten Teil entbinden durfte, so durfte man auch nicht dem Staat allein die Fürsorge übertragen. Die größte Schuld an der Errichtung der großen Kluft in unserer Volke, die beseitigt werden muß, trägt jedoch die vor dem Kriege vollkommen vernachlässigte Frage der Beschaffung eines wirklichen Heimes für unseren Arbeiter. Man verschaffte ihm billige Nahrungsmittel, billige Kleidung, aber kein Heim. Statt ihre Betriebe immer mehr zu vergrößern, mußten die Unternehmer ihren Arbeitern Heime schaffen, etwas zu eigen geben, wo sie mit der deutschen Muttererde, und wären es auch nur einige Quadratmeter gewesen, verbunden geblieben wären. (Zustimmung.)

Und diese Aufgabe, die vor Jahrzehnten hätte in Angriff genommen werden müssen, ist auch heute noch neben der Verbilligung des Weges der Lebensmittel vom Erzeuger zum Verbraucher, die wichtigste Aufgabe. Für jedes neue Haus in der Stadt, zehn neue Häuser draußen in deutschen Fluren und Wäldern, die erst den Deutschen zum wahren, frohen, lebensbejahenden Deutschen machen. (Zuruf von den Kommunisten: Ja, Sie bejahen das Leben nur für Ihre eigenen Zwecke.) (Zuruf des Abgeordneten Renner: Jedem deutschen Arbeiter sein Wochenendhaus!) — Ob Sie das Wochenendhaus nennen oder sein Heim, ich möchte es lieber „Heim“ nennen. — (Zurufe von den Kommunisten.) Und für das Geld, das diese Häuser weniger kosten, einen halben bis zwei Morgen Garten und Land, sowie eine schnelle Verbindung zur Großstadt. Dann bin auch ich für eine Herabsetzung der Arbeitszeit, meinerwegen auf sechs, ja fünf Stunden, damit der Arbeiter in seinem Heim, auf seinem Grund und Boden noch einige Zeit sich beschäftigen kann und seinem Herrgott durch seine Arbeit auf dem deutschen Boden wieder näher kommt. Diese Großstadt-Landsiedlung ist meiner Ansicht nach wichtiger als die Bauernsiedlung im Osten. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wenn Sie im Osten wohnen würden, würden Sie umgekehrt reden!) — Ich glaube, daß Sie mich soweit kennen, daß ich objektiv genug bin. Ich schätze Sie persönlich recht hoch, weil Sie wirklich ein anständiger Kerl sind. Aber daß Sie nun jedem Mißtrauen entgegenbringen und jeden für einen Dummen halten, das ist ein Unrecht an deutschen Volke. — (Zuruf von den Kommunisten: Reden Sie nicht so lange aus dem Stegreif!) — Ich kann das ganz, wenn ich will. Ich habe schon mehr gesprochen als Sie und wahrscheinlich auch mehr gelernt. — (Zuruf des Abgeordneten Renner: Sie sind ja auch Doktor!) — Auf den Doktor bilde ich mir nichts ein; aber darauf, daß die Bauern in mir ihren Vertreter sehen, der ihre Verhältnisse kennt, darauf bilde ich mir etwas ein. — (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ihr Doktor steht in umgekehrtem Verhältnis zu Ihrer Arbeitszeit!) — Meine Arbeitszeit — das will ich auch sagen — beginnt morgens 8 Uhr und endigt meistens nachts um 1 oder 2 Uhr. Bitte fragen Sie meine Bauern. — (Zuruf von den Kommunisten: Sie bekommen auch keinen Tariflohn!) — Tariflohn? Ich bin überzeugt, daß Ihr Gehalt wahrscheinlich höher ist als meines, und namentlich bin ich davon überzeugt,

daß ich von meinem schweren Arbeitslohn mehr für die Allgemeinheit tue als Sie. — (Beifall rechts.)

Wir Besitzenden haben kein Recht, uns darüber zu beklagen, daß alles so gekommen ist, wie es gekommen ist. Weniger Dünkel, weniger Eigennutz und mehr Liebe und Verständnis für die einfache Bevölkerung, dann wäre manches anders geworden und vor allem selber auch mehr Pflichterfüllung. Wenn jetzt das einfache Volk nach Vergnügungen schreit, die meistens keinen sittlichen Wert haben, haben wir Besitzenden es denn in den meisten Fällen ihnen nicht früher vorgemacht? Wenn das Volk immer größere Ansprüche ans Leben stellt, haben wir es ihnen denn nicht vorgemacht? Wo ist denn unsere alte, viel gepriesene preussische Einfachheit? Wo ist denn bei so vielen ein wahres echtes Pflichtgefühl? Die Forderungen sind auch bei den führenden Kreisen weitaus größer als der Wille zur Uebernahme von Pflichten. Wer von den Besitzenden kennt denn noch das einfache Volk? Nur wenige! Damit ist nichts getan, wenn man mal hier und da gnädigst mit ihm spricht; — auch nicht, wenn man von hier aus mit ihm spricht — aber es achten und lieben lernen, das ist viel schwerer und vor allem, den einfachen Mann und die einfache Frau genau so, ja oft viel mehr achten lernen, als den feinen Herrn, die feine Dame. Seht Euch doch einmal einen großen Teil Eurer Herren und weiblichen Wesen der Großstädte auf den Straßen, in den Kaffees oder auf den Wildern in den illustrierten Zeitungen an! Sind das noch arbeitsfrohe, echte deutsche Männer, deutsche Frauen alter Art und Einfachheit? Können diese Frauen mit ihrer jetzigen Kleidung, ihren Stöckelschuhen, ihrem Zigarettenrauchen und ihrer Vergnügungssucht wirklich noch gute Hausfrauen und Mütter, deutsche Mütter einer frohen Kinderfahar sein? (Lachen bei den Kommunisten.) — Es ist traurig, daß Sie hierüber lachen. — (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sagen Sie das nach der anderen Seite, zu Herrn Silberberg! — Zuruf des Abgeordneten Zimmer: Nehmen Sie Rücksicht auf die Stenographen!) Können sie denn wirklich noch als das schönste und himmlischste des Frauenberufes diese ihre Aufgabe betrachten? Nur wenige! Wir Bauern geben auf alle Neußerlichkeiten der großstädtischen (Zuruf von den Kommunisten.) — Ich möchte Sie bitten, unsere Redezeit, die genau wie Ihre 1½ Stunde beträgt, nicht in dieser Weise über Gebühr zu verlängern. — Kultur nichts und unsere Bauern, auch wenn sie schmutzige Arbeit mit groben Bauernfäusten verrichten, und unsere Bauernfrauen mit verarbeiteten schwierigen Händen in ihren einfachsten Kleidern, sind uns wertvoller als die große Masse Eurer modischen Herrchen und Dämchen. Wir wissen allerdings Gott sei Dank ganz genau, daß in den Großstädten in den schönsten Palästen, aber auch in der einfachsten Wohnung, doch noch viele sind, die auch so denken wie wir. Wir lieben die alten Städte, unseren Dom zu Köln, das alte schöne Düsseldorf, aber wir lachen über Eure jetzige sogenannte Kultur, d. h. wir möchten lieber darüber weinen, wenn wir sehen, wie systematisch in Presse, Büchern, Theatern, Kinos, übertriebenen Sportveranstaltungen noch der letzte gute Kern des deutschen Volkes vernichtet wird. (Zuruf von den Kommunisten.) — Sie meinen, diese Dinge wären nicht so wichtig als das, was Sie wollen. Ich halte

es immer noch und mit mir ein großer Teil des deutschen Volkes für das Wichtigste. — (Zurufe von den Kommunisten.) — Daß Sie allein so besonders klug sind, habe ich bis jetzt noch nicht gemerkt. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich bald diese Beobachtungen machen könnte. — Gelingt es den führenden Kreisen des deutschen Volkes nicht, recht bald die Verhältnisse zu ändern, dann armes, deutsches Volk! Heraus aus den Steinmauern, wo kein frisches, frohes Leben entstehen kann. — Dann allerdings blüht Euer Weizen (zu den Kommunisten) nicht mehr. Gebt das arme deutsche Großstadtvolk wieder seinen Klaren, seinen Wäldern, seinem deutschen Herrgott, laßt es, und wenn für jeden nur einige Quadratmeter herauskommen, laßt es wieder deutsche Bauern werden, und jeder Führende müßte dann, wenn es mir nachginge, bei einem kleinen Eifel- oder Hunsrückbauern oder sonstwo zwei Jahre lang den Boden gepflügt, die Ernte eingebracht haben, zwei Jahre lang deutsches Schwarzbrot gegessen und mit den Bauern gewohnt und Freud und Leid geteilt haben. (Zuruf des Abgeordneten Zimmer: Ich möchte gerne dabei sein!) — Das würde gerade auch für Sie von der Linken von der allerbesten Wirkung sein! — (Seiterkeit. — Abgeordneter Dunder: Dann kriegen die Ärzte ja viel zu viel zu tun!) Dann würden wir wieder Führer des Volkes bekommen, die auch den einfachsten Mann und alle Deutschen als ihren Bruder ansehen würden und die Förderung des deutschen Volkstums als erste Pflicht betrachten würden. Laßt den deutschen Arbeiter einen Teil seiner Lebensmittel selbst ziehen (Zurufe von links) — ich bin jetzt fertig (Zuruf links: Das ist ein Glück!), dann lernt er des deutschen Bauern Arbeit kennen, er verkürzt den Weg der Lebensmittel, verbilligt sie damit und läßt das Gespenst der Arbeitslosigkeit und den Einfluß der links- und auch anderer radikalen Elemente verschwinden. (Zurufe.) — Das steht hier nicht. — Viele tausende Hektar Landes, auch in der Rheinprovinz, gibt es noch für landwirtschaftliche Zwecke. Die Industrie wird meiner Ansicht nach wohl immer schwerer mit ihrem Absatz ins Ausland zu kämpfen haben, also nicht alle beschäftigen können. Darum zurück zum deutschen Boden, damit wir von den 4 Milliarden, für welche wir immer noch ausländische Bodenerzeugnisse einführen, wenigstens 2 bis 3 Milliarden selbst erzeugen. (Sehr richtig! rechts.) Arbeit ist in Deutschland meiner Ansicht nach viel mehr, als man glaubt (Sehr richtig! rechts), nur muß man sie richtig angreifen. Man wirft unserer Landvolkpartei immer noch vor, wir Bauern seien zu wenig, um etwas zu erreichen. So sagen unsere Gegner. Noch sind wir etwa 25 Millionen Bauern, also die geschlossenste mit dem Boden verwachsene stärkste Macht, die Deutschland hat. Keine Partei wird wohl je für sich allein herrschen können. Jede wird mit anderen zusammengehen müssen, um eine Mehrheit zu bilden. Aber wenn nur etwa die Hälfte aller Bauern und Landbewohner uns wählen würde, dann würden wir auch parlamentarisch eine Macht von allergrößter Bedeutung darstellen. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Das haben die Nazis auch gesagt!) Allerdings ist diese parlamentarische Aufgabe (Zurufe) — darin stimme ich einmal wieder mit Ihnen überein — nicht die Hauptaufgabe des deutschen Landvolkes. Der deutsche Bauer beginnt sich zu regen, und mancher andere Deutsche lernt das Aufhorchen. Der Bauer wird sich langsam

aber sicher seiner Macht bewußt werden. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wenn Sie mit dem Ausspruch Florian Seyers losziehen, dann sind wir dabei!) Wir Bauern machen alles mit dem größten Bedacht. Wir säen im Herbst und ernten erst im nächsten Jahr. Wir prüfen alles und lieben unser ganzes deutsches Volk. (Zuruf von den Kommunisten.) Die Not der Zeit wird den Bauer dazu zwingen und ihn einen, ob er will oder nicht. Er wird unter vielen Kämpfen seinen eigenen Weg gehen. Einfachheit und Klarheit, Kraft und Ausdauer — schollenwurzeln und felsgebaut, sagt unser junger Hunsrück-Dichter-Bauer, selbst ein einfacher Bauer — Pflichterfüllung, Strenge und Liebe, Gehorsam und Freiheit — freiwillige Manneszucht nennt es der alemannische Dichter Hebbel, dessen Vaters Wiege auf dem Hunsrück gestanden hat —, Liebe zur Wahrheit und zum Recht und über allem die Liebe zur Heimat, zu allen deutschen Brüdern ohne Ausnahme und zu unserem Herrgott sind des deutschen Bauern Hiltzzeug in diesem Kampfe. Laßt ihn nicht untergehen, helft ihm in dieser großen Not, damit er vielleicht nicht einmal an einer Stelle landet, über die sich alle in diesem Hause wundern würden. Helft ihm, daß er die in ihm schlummernde Macht und Volkskraft richtig verwenden wird. Keine Klassenherrschaft, keine Bauernherrschaft will er errichten, nicht einmal herrschen will er. Das will er einzelnen gottbegnadeten, von der Vorsehung dem deutschen Volke zugedachten Führern überlassen. Er will vielmehr dienen dem ganzen, durch den deutschen Bauer geeinten deutschen Volke und es aufwärts führen. (Beifall bei der Landvolkpartei. — Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Wie heißt Ihr Messias?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Damit ist die erste Rednerreihe erschöpft. Ich bitte, soweit die einzelnen Fraktionen und Gruppen noch in der zweiten Rednerreihe zu Worte kommen sollen, sich daran zu erinnern, daß wir den Haushalt der Rheinprovinz hier beraten (Zustimmung) und zweitens sich an unsere Geschäftsordnung zu halten, wonach es nicht gestattet ist, Reden vorzulesen.

Das Wort hat nunmehr Herr Abgeordneter Ernst.

Abgeordneter Ernst (Herzogenrath): Meine Damen und Herren! Mein Fraktionskollege Herr Landrat Boden hat heute morgen zu dem Etat kritisch Stellung genommen. Ich brauche mich deshalb nur auf einige Bemerkungen hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung und hinsichtlich der Grenzlandfragen zu beschränken.

Der Herr Landeshauptmann hat in seinen Ausführungen gestern nachmittag mit Recht darauf hingewiesen, daß die rheinische Provinzialverwaltung auf das engste mit der rheinischen Bevölkerung verknüpft ist und daß sie auch aufs engste mit den Stadt- und Landkreisen und mit den Verhältnissen dort zusammenhängt. Dem ist beizupflichten. Der Etat, wie er vorgelegt worden ist, trägt dieser Auffassung durchaus Rechnung. Es sind eine Anzahl Abstriche auf der Ausgabenseite gemacht worden, die vielleicht zum Teil recht schmerzlich empfunden werden. Trotzdem kann man die Meinung vertreten, daß der Etat der Provinzialverwaltung, gemessen an den Etats der Städte und Kreise, zu besonderer Besorgnis Anlaß nicht gibt. Weil dem so ist, kann man auch die Meinung vertreten, daß die Provinz im Rahmen

ihrer Aufgabengebiete die Aufgaben erfüllen kann, die notwendig sind, um die Wirtschaftsnot zu beheben, um der Wirtschaftsnot beizukommen. Das ist zum Teil schon bei der Aufstellung des Etats berücksichtigt worden. Ich möchte ausdrücklich darauf verweisen, daß die Provinz in der Senkung der Spezialkosten für die Kranken in den Heil- und Pflegeanstalten vorbildlich vorgegangen ist. Die Senkung dieser Kosten wird sich in den Etats der Gemeinden, Kreise und Städte auswirken. Darüber hinaus aber hat die Provinz die Aufgabe, die ihr noch verbliebene finanzielle Kraft in den Dienst der Arbeitsbeschaffung zu stellen.

Es ist heute morgen schon von Herrn Oberbürgermeister Lehr darauf hingewiesen worden, daß über die Gemeinden für den Etat der Provinz eine Gefahr entstehen könne und zwar insofern, als die Gemeinden bzw. die Städte und Kreise die Umlage nicht aufbringen können. Dem muß entgegengewirkt werden und dem kann entgegengewirkt werden, wenn im stärksten Maße der Arbeitsbeschaffung Rechnung getragen wird. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei.)

Man soll mir nicht sagen, daß die Provinz nicht so viel Arbeit vergeben könne, um verhältnismäßig viele Arbeiter zu beschäftigen. Das mag an sich richtig sein. Wir haben gehört, daß wir in der Provinz über 500 000 Arbeitslose haben. Alle diese Arbeitslosen werden durch die Aufträge der Provinz nicht in Beschäftigung gebracht werden können. Aber darauf kommt es nicht an. Jede neugeschaffene Arbeitsstelle mit einem für die Gesellschaft nützlichen Erfolg ist ein Erfolg. Der Herr Abgeordnete Hagen hat als Präsident der Kölner Handelskammer vor einiger Zeit den Satz ausgesprochen, daß wir Steine auf Steinen legen müssen, um wieder vorwärts zu kommen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder.) Dieser Satz ist unbedingt richtig. Das wirtschaftliche Handeln setzt sich auch aus Einzelhandlungen, aus Einzelleistungen zusammen, und wenn wir dafür sorgen, daß ein Arbeiter nach dem anderen wieder in Arbeit gebracht werden kann, dann tragen wir zum wirtschaftlichen Aufbau bei. Die Provinz hat hier Aufgaben zu erfüllen und muß sie erfüllen.

An Vorschlägen hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt. Ich brauche aus der Fülle der Vorschläge nur einige herauszugreifen, insbesondere die Vorschläge, die aus den Grenzgebieten gekommen sind. Ich glaube sagen zu müssen, daß dort gerade die Aufgaben am allerdringendsten sind. Es ist heute morgen schon von meinem Fraktionskollegen, Herrn Boden, darauf hingewiesen worden, daß gerade die Saargrenzbevölkerung außerordentlich stark leidet. Wir sind die Verhältnisse dort seit Jahren bekannt. Wir haben uns vor einigen Jahren bemüht, eine Anzahl der Saarbergleute nach dem Wurmbergbau zu bringen. Wir haben versucht, sie umzusiedeln. Das ist in dem Ausmaße, wie es vielleicht notwendig gewesen wäre, nicht geglückt. Aber auf der anderen Seite darf dabei nicht verkannt werden, daß eine Entvölkerung des Gebietes die Notlage dort noch weiter verschärfen würde. Es kommt in der Hauptsache das Hochwaldgebiet in Frage, wo stark eingegriffen werden muß. Die Arbeiter dieses Gebietes waren in der Hauptsache oder fast ausschließlich im Saargebiet in der Industrie und im Saarbergbau beschäftigt. Bei der Verringerung der Be-

legschaften ist man natürlich zunächst auf die Arbeiter zurückgekommen, die außerhalb des Saargebietes wohnen. Diese Maßnahme der Saarregierung bzw. der französischen Bergwerksverwaltung hat ihre Ursache. Zunächst sollten die in 5 Jahren abstimmungsberechtigten Einwohner des Saargebietes geschont werden. Bei dem Beschäftigungsmangel im Saargebiet muß die Verarmung dort in viel stärkerem Maße eintreten, und damit ist der französischen Propaganda Vorschub geleistet; sie hat ein besseres Propaganda-Argument für den Abstimmungskampf. Zweitens ist das Verhalten der Saarregierung und der französischen Bergwerksdirektion auch wirtschaftlich begründet, denn die Arbeiter, die außerhalb des Saargebietes wohnen, brauchen vom Saargebiet in fürsorglicher Hinsicht nicht betreut zu werden. Ich bin mir bewußt — und alle deutschen Männer und Frauen vertreten diese Meinung —, daß nichts die treudeutsche und treue nationale Gesinnung der Saarländer zu erschüttern vermag. Trotzdem haben wir die Verpflichtung zu helfen. Trotzdem haben wir die Pflicht, dem gefährdeten Saargebiet, insbesondere dem wirtschaftlich gefährdeten Saar-Grenzgebiet zu Hilfe zu kommen. Zwar ist das in erster Linie Aufgabe der Reichs- und Staatsregierung, denn die Not hat ihre Ursache in dem unglücklichen Ausgang des Krieges. Die große Not dort erfordert aber auch eine Beteiligung der Provinz an den zu treffenden Maßnahmen. Arbeitsplätze müssen geschaffen werden. Die Bevölkerung wünscht zu arbeiten, sie will nicht Unterstützung, sie will Arbeit haben.

Meine Damen und Herren! Es ist geradezu erschütternd, wenn man sich einmal die Dinge vortragen läßt. Umlageprozente auf die Grundvermögenssteuer von 600 bis 700 Prozent! Die arbeitslosen Gemeindevertreter lehnen sich selbst die Arbeitslosenunterstützung bzw. die Fürsorgeunterstützung ab, weil die Gemeinden nicht in der Lage sind, sie aufzubringen. Das sind Zustände, denen Rechnung getragen werden muß, auch von der Provinz aus. Die dort vorgeschlagenen Arbeitsprojekte verdienen die größte Beachtung.

Ich möchte aber darüber hinaus nicht verfehlen, auch auf die Zustände in der Eifel hinzuweisen, wo ja auch durch den unglücklichen Kriegsausgang Grenzveränderungen, insbesondere Zollgrenzveränderungen eingetreten sind. Ich verweise an die Grenzziehung durch Abtrennung von Cuxen-Malmedy usw. Im Nacherer Bezirk ist die Beschäftigung ebenfalls weiter zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug am 31. Dezember 1930 bei den vier Arbeitsämtern des Regierungsbezirks 35 950 gegen 24 300 im vergangenen Jahr. Dieser Rückgang betrifft Industrie und Gewerbe mit Ausnahme des Bergbaues. Im Bergbau war es möglich, die Arbeiterzahl zu halten. Das Gebiet krankt an der von führenden Wirtschaftskreisen öfters stark betonten schlechten Verkehrslage. Die Zulauffrachten zum Rhein sind zu hoch. Von der Reichsbahn wird nichts getan, um diese Schwierigkeiten zu beheben. Reich und Staat sind jedenfalls gegenwärtig nicht geneigt, einzuspringen und den Verhältnissen dort in stärkerem Maße Rechnung zu tragen. Das ist für die Grenzbevölkerung etwas Niederdrückendes. Die wirtschaftlichen Grundlagen sind vorhanden. Es besteht nur nicht die Mög-

lichkeit, entsprechend diesen wirtschaftlichen Grundlagen die Wirtschaft auszubauen. Reich und Staat sollen im Auge behalten, daß es sich um ein Grenzgebiet handelt, um eine Bevölkerung, die sich selbst helfen will, die aber die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Wirtschaft verbessert erhalten bekommen muß. Es ist unerträglich, dem starken Aufblühen der Wirtschaft im benachbarten holländischen Gebiet zusehen zu müssen und auf der anderen Seite ein allmählich verarmendes Gebiet dauernd vor Augen zu haben. Es handelt sich auch hier nicht um ein rein wirtschaftliches Problem. Nach meiner Auffassung ist es ein hochpolitisches Problem und zwar ein hochpolitisches Grenzproblem.

Meine Damen und Herren! Es sind dann eine Reihe weiterer Forderungen auch aus dem Nachener Gebiet. Ich möchte die Provinzialverwaltung bitten, auch auf die Verbesserung der Wegeverhältnisse ihr Augenmerk zu richten. Es ist schon seit Jahren eine Umgehungsstraße in Cornelimünster geplant, ebenso eine Umgehungsstraße von Nachen bis Linden-Meusen projektiert. Ich bitte, diesen Projekten in Zukunft ein größeres Augenmerk zuzuwenden und zu prüfen, ob nicht durch Inangriffnahme dieser Arbeiten die Möglichkeit besserer Beschäftigung gegeben werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, Ihr Augenmerk darüber hinaus auf ein sicherlich dringendes Problem zu richten, und zwar auf das Zinsproblem. Ob die heutigen Zinsspannen berechtigt sind, kann angezweifelt werden. (Abgeordneter Kurth: Sehr gut!) Ich bin nicht der Auffassung, daß sich hier ein Ausgleich von selbst bilden wird. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß durch öffentlichen Druck auf die Zinsspanne eingewirkt werden muß. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ich bin ferner der Auffassung, daß bei den Zinsnehmern ein Zustand der Gewöhnung an die Dinge allmählich eingetreten ist und daß dieser Zustand von der Deffektivität aus geändert werden muß. Es kann sicherlich bei größter Sparsamkeit in der Verwaltung noch etwas hinsichtlich der Verringerung der Zinsspanne getan werden. Vielleicht sagt man mir, daß sich in der gegenwärtigen Wirtschaft gerade auf diesem Gebiete die Verhältnisse von selbst ändern müssen. Aber, meine Damen und Herren! Wir können nicht so lange warten, bis sich die Dinge von selbst ändern. Ich befürchte, daß wir schon in diesem Jahre die erforderlichen Beträge für den Wohnungsbau nicht mehr zur Verfügung haben werden. Die Zinsspannen sind auf der anderen Seite aber zu hoch, um überhaupt den Wohnungsmarkt beleben zu können und ohne Belebung des Wohnungsmarktes befürchte ich, werden wir aus der Krise nicht herauskommen können. Es muß deshalb dem Wohnungsbau die größte Aufmerksamkeit geschenkt und im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau dem Zinsproblem ein größeres Augenmerk zugewandt werden. (Abgeordneter Kurth: Sehr gut!) Bei aller Anerkennung, die die Landesbank und die Sparkassen in der Vergangenheit gehabt haben, bin ich doch der Auffassung, daß sie versuchen müßten, die große Zinsspanne herunterzudrücken. Wenn Sparkassen und die Landesbank dazu beitragen würden, müßten die weiteren Institute privatwirtschaftlicher Art auf die Dauer auch folgen.

Meine Damen und Herren! Dann habe ich noch einiges zu den bisherigen Ausführungen der Fraktionsredner zu sagen.

Es ist von Herrn Dr. Lehr hervorgehoben worden, daß der Bau der Taubstummenanstalt in Nachen nicht aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts errichtet werden dürfe, sondern aus Mitteln des ordentlichen Haushalts. Ich verstehe diese Stellungnahme nicht. Es handelt sich doch um den Bau einer Schule, um eine Einrichtung, die nicht nur gegenwärtigen Wert besitzt, sondern die auch noch für Generationen Wert haben soll. Zu einer solchen Einrichtung kann ich in der heutigen Zeit die Mittel nicht aus dem ordentlichen Haushalt nehmen, sondern ich muß auch die zukünftigen Generationen damit belasten. (Abgeordneter Marx: Sehr richtig!) Das ist eine Selbstverständlichkeit, darüber sollte man eigentlich nicht reden. Ich kann aber auch den Antrag auf Vertagung des Baues der Taubstummenanstalt nicht verstehen. Meine Damen und Herren! Es handelt sich doch darum, daß wir Arbeitern wieder Beschäftigung geben. (Abgeordneter Görlinger: Sehr gut!) Die Gemeinden, Städte und Kreise werden in diesem Jahre kaum in der Lage sein, irgend etwas zu tun, wohl aber die Provinz, die noch verhältnismäßig günstige Finanzen hat, von denen Herr Dr. Lehr sogar sagte, daß die Anleihen zwar hoch sind, aber unbedenklich von der Provinz noch getragen werden können, und daß zu Bedenken noch kein Anlaß vorliege. In diesem Falle glaube ich, daß die Provinz Verpflichtungen hat, und sie soll dort bauen, wo die Notwendigkeit seit Jahren bereits anerkannt wurde. Es ist überhaupt die Frage zu überlegen, ob wir in Zukunft nicht in Zeiten guter Konjunktur mit Bauten zurückhalten sollen, um sie in Zeiten schlechter Konjunktur in stärkerem Maße in den Vordergrund zu rücken, um auf diese Weise regulierend in die Wirtschaft eingreifen zu können. Ich würde Sie dringend bitten, meine Damen und Herren, dem Vorschlage der Verwaltung, den Bau zu errichten, zuzustimmen. Es handelt sich letzten Endes auch darum, den Handwerkern und den Arbeitern in den bedrängten Grenzgebieten Arbeit und damit Brot zu verschaffen.

Einiges noch zu den Ausführungen von Herrn Dr. Schüler. Herr Dr. Schüler, eins muß heute gesagt werden: In der Landwirtschaft hat Not bestanden und sie besteht zweifellos auch heute noch. Aber ich bitte dabei nicht zu verkennen, daß es auch andere Bevölkerungsschichten gibt, in denen heute große Not besteht, und das ist die Arbeiterschaft. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Das erkennen wir an!) Die Maßnahmen, die für die Landwirtschaft in den letzten Jahren getroffen worden sind, sind so ungeheurer Art, daß weiter nicht gegangen werden kann. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Ich bitte, das auch von der Landwirtschaft aus anzuerkennen. Selbstverständlich, Herr Schüler, bin ich mit Ihnen der Meinung, daß das Erträgnis aus dieser Hilfe nicht heute oder morgen in Erscheinung treten wird. Die ganze Landwirtschaftshilfe war ja auch gedacht als eine Hilfe auf die Dauer. Das muß dabei berücksichtigt werden. Wenn wir uns den Niedergang der Landwirtschaft in anderen Staaten vor Augen halten, dann werden wir sagen müssen, daß wir in Deutschland Außerordentliches für die Landwirtschaft geleistet haben, und das muß von der Land-

wirtschaft auch anerkannt werden (Abgeordneter Kurth: Sehr gut!) und wird zum Teil auch anerkannt. Meine Damen und Herren! Es gibt weite Kreise der Bevölkerung, die in größerer Not leben, als gegenwärtig die Landwirtschaft, und diesen Kreisen muß geholfen werden. (Zuruf von der Landvolkpartei: Ausgeschlossen! Unser Verdienst ist ja 15 Pfennig die Stunde!) Bitte, mein sehr verehrter Herr Kollege, Sie müssen berücksichtigen, daß wir 5 Millionen Arbeitslose haben und daß die in der Arbeit stehenden arbeitslosen Arbeiter mit einem Monatseinkommen von 50 bis 60 Mark auskommen müssen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Und der Bauer?) Herr Schüler, ich will Ihnen eins dazu sagen. Vor einigen Tagen bekam ich einen Brief von einem Arbeiter, der schrieb: „Ich erkenne die Not des Landwirtes an; aber der Landwirt hat jeden Tag soviel, daß er sich satt essen kann. Das habe ich nicht mehr.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Damen und Herren! Das wollen wir bei all diesen Dingen auch berücksichtigen. (Zuruf des Abgeordneten Latten: Sorgen Sie, daß es der Landwirtschaft besser geht, dann helfen wir dem Arbeiter auch!) Hoffentlich tritt das ein, Herr Kollege Latten. Ich will wünschen, daß wir dahin kommen.

Dann noch eins, an dem ich nicht vorbeigehen kann. Es ist von Herrn Kollegen Boden darauf hingewiesen worden, daß die Reichsknappschafft in außerordentlicher Gefahr sei. Ich kann als Vertreter der Bergarbeiter an dieser Tatsache nicht vorbeigehen, ohne ein Wort hierzu gesprochen zu haben. Es ist nicht so, wie es manchmal hier und da in der Öffentlichkeit dargestellt wird, daß wegen zu hoher Leistungen die Knappschafft in Gefahr gekommen ist. Meine Damen und Herren! Nur ein paar Zahlen. Jeder dritte Bergmann ist seit 1924 abgebaut worden. Die abgebaut worden sind, waren nicht die Jüngeren, sondern die Älteren, die bereits im pensionsfähigen Alter waren. Wir hatten also auf der einen Seite Rückgang der Mitglieder verbunden mit verringertem Beitragsaufkommen und auf der anderen Seite Erhöhung der Pensionslasten. Das ist die tiefere Ursache, und die zweite Ursache ist die, daß das ganze Vermögen der früheren Knappschafftvereine durch die Inflation verloren gegangen ist. Ich bitte zu beachten, daß es sich um eine Versicherung handelt, zu der seit Jahren, seit mehreren Menschenaltern Beiträge geleistet wurden. Hier stehen auch wohlverworbene Rechte auf dem Spiel, wohlverworbene Rechte, an denen auch die Öffentlichkeit und die Parlamente nicht vorbeigehen können. Ich bin gezwungen, heute von hier aus zu sagen, daß ich an das Reich die dringende Bitte richte, dafür zu sorgen, daß Wandel auf diesem Gebiete geschaffen wird. Die Bergleute haben zweifellos ein Recht darauf, ein heiliges Recht, daß ihnen von der Gesamtheit geholfen wird. (Zustimmung. — Zuruf von den Kommunisten: Sagt das doch Brüning!)

Ich richte zum Schluß an die Versammlung die dringende Bitte, alles aufzuwenden, um Arbeit im Laufe der nächsten Wochen und Monate zu schaffen. Es ist notwendig, daß wir Arbeitsplätze beschaffen. Es ist notwendig, daß wir einzelne Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß einführen. (Zuruf von den Kommunisten: Einzelne?) Einzelne, jawohl. Es wird sich immer nur um Einzelvorgänge handeln. (Zuruf von

den Kommunisten: 5 Millionen!) 5 Millionen, und es wird einer nach dem anderen eingestellt werden müssen. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich glaube nicht, daß Sie die Auffassung vertreten, daß es möglich ist, 5 Millionen Arbeitern in der Rheinprovinz Arbeit zu beschaffen. Genau so wie in der Wirtschaft sich das ganze Wirtschaften aus Einzelvorgängen zusammensetzt, genau so wird auch hier verfahren werden müssen. Aber die Provinz hat die Aufgabe, im Rahmen ihrer Verpflichtungen und ihrer öffentlichen Aufgaben dafür zu sorgen, daß wir einem größtmöglichen Teil von Arbeitern auch wieder Arbeit geben können. Sie hat die Verpflichtung, mit aller Kraft hier mitzuarbeiten. (Bravo! und Händeklatschen im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen, welche über landwirtschaftliche Angelegenheiten heute von den Etatsrednern gemacht worden sind, habe ich einige Bemerkungen zu machen. Dem Etatsredner der Zentrumsfraktion schließen wir uns durchaus in der Anerkennung der Tätigkeit des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen besonders bezüglich seiner Bestrebungen für die Hebung der Gründlandwirtschaft an. Bei der engen Verbindung, dem Zusammenarbeiten und dem guten Einvernehmen zwischen Provinzialverwaltung, Provinzialausschuß und Provinziallandtag mit der berufsmäßigen Vertretung der Landwirtschaft, nämlich der Landwirtschaftskammer, möchte ich dieser Anerkennung auch hinzufügen die gleichzeitige Anerkennung und den Dank für die Kammer für die auf diesem Gebiete geleistete Arbeit. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!)

Nun, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zu dem, was der sozialdemokratische Redner hier bezüglich der Landwirtschaft vorgetragen hat. Die Polemik, die bezüglich der landwirtschaftlichen Fragen dabei geführt worden ist, ist mir nicht ganz verständlich geblieben. Vor allen Dingen muß ich doch darauf hinweisen, daß einige Gedankengänge von den Herren vorgebracht worden sind, gewissermaßen als das geistige Eigentum der sozialdemokratischen Fraktion und als Anregungen der sozialdemokratischen Fraktion auf Gebieten, wo unsere Kammer und unsere landwirtschaftlichen Organisationen seit Jahren führend tätig sind. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Es ist da die Rede gewesen von der Gründlandwirtschaft, von der Veredelungswirtschaft, von dem Problem der Absatzförderung. Ja, meine Damen und Herren, wie stellt sich denn der landwirtschaftliche Berufsstand zu den Fragen? Das möchte ich hier kurz ausführen. Der landwirtschaftliche Berufsstand stellt sich so, daß er sagt: Durch die Veredelungswirtschaft schaffen wir vielen Leuten Arbeit, und darauf kommt es heute an. Wir können durch die Veredelungswirtschaft mehr Arbeiter und mehr Leute in dem landwirtschaftlichen Prozeß beschäftigen als in Großbetrieben, und darum werden von den landwirtschaftlichen Führern, von den landwirtschaftlichen Organisationen und von der Kammer in den letzten Jahren mit Macht die Fragen betrieben, die hier angeschnitten worden sind: Gründlandwirtschaft, Veredelungswirtschaft und Absatzorganisation. Ich sehe also nicht ein, warum man das in die Welt

hinausgehen lassen soll, als ob das eine neue Erfindung der Sozialdemokratischen Partei wäre, wenn in der Beziehung Vorschläge gemacht werden, die wir lange aufgegriffen haben. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Kommunisten: Aber nicht durchgeführt!)

Meine Damen und Herren! Es ist weiter die Rede gewesen von der Subventionspolitik und von den landwirtschaftlichen Krediten. Ich habe an dieser Stelle — ich glaube, es war im vorigen Jahr oder im Jahre davor — schon einmal über diese Frage gesprochen und kann Ihnen die Versicherung abgeben, daß die Meinung der Landwirtschaft über Kredite sich in dieser Beziehung nicht nur nicht geändert, sondern sogar noch verschärft hat. Wir haben die Beobachtung zu machen, daß die Kredite, welche zu einer Zeit gegeben worden sind, als es noch möglich schien, aus dem Ertrag der landwirtschaftlichen Arbeit diese Kredite auch wieder zurückzahlen, daß diese Verhältnisse sich grundlegend geändert haben und daß bei der Verschlechterung der Wirtschaftslage sich herausgestellt hat, daß unsere Landwirte, die Kredite genommen haben, daß unsere Landwirte, die Kredite genommen haben, sich mit diesen Krediten einen Strick um den Hals gelegt haben. Darum gibt es in der ganzen Landwirtschaft nur noch eine Stimme: Um Gotteswillen keine Kredite mehr nehmen! (Sehr richtig! rechts.)

Etwas anders liegen die Dinge, meine Damen und Herren, bei den Subventionen. Diese Subventionen kann man heute nur noch in einem Atemzuge mit der sogenannten Selbsthilfe der Landwirtschaft nennen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt und ich glaube, alle meine landwirtschaftlichen Freunde, daß die Selbsthilfe der Landwirtschaft das Primäre ist. Bei der Blutarmut der Landwirtschaft, bei dem Fehlen jeglichen Betriebskapitals aber kann diese Selbsthilfe sich nicht auswirken, wenn ihr nicht da und dort, wo es notwendig ist, zur Ankurbelung der Selbsthilfe auch einmal eine Subvention gegeben wird. Darum möchte ich als Motto sagen: Selbsthilfe der Landwirtschaft mit einer geringen Subvention!

Nun, meine Damen und Herren, komme ich allerdings zu Fragen, in denen ich mit dem Redner der Sozialdemokratie nicht einig gehen kann: das ist sein Appell an die Landwirtschaft, wir sollten ausgerechnet das System Braun anerkennen. Wir könnten uns über das System Braun nicht beklagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Damen und Herren, dem kann ich mich allerdings nicht anschließen. Seit über 10 Jahren lebt die Landwirtschaft unter dem System Braun, und ich sollte eigentlich meinen, daß eine Zeitspanne von 10 Jahren wohl vollkommen ausreichend ist, um zu beurteilen, ob dieses System für die Landwirtschaft Vorteile oder Nachteile gebracht hat. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Nur Vorteile!) Es kann sich nicht darum handeln, ob wir 5½ Milliarden, wie der Redner gesagt hat . . . — ich kann die Zahl im Augenblick nicht kontrollieren —, die Herr Schüler vorhin genannt hat: für uns kann es sich nur darum handeln, was wir unter dem System Braun in den zehn Jahren in der Landwirtschaft verloren haben. (Zurufe.) Meine Damen und Herren! Wenn man in dieser Beziehung von dem System sprechen will, so möchte ich doch dem Herrn von der Sozialdemokratischen Partei einmal den Vorschlag machen, nachzuprüfen, wie sich nun eigentlich unter dem System Braun im deutschen

Reichsrat die preußischen Regierungsvertreter bei den Anträgen zugunsten der Landwirtschaft verhalten haben. Da muß ich feststellen, daß doch bei allen Anträgen — ich brauche aus der jüngsten Zeit nur zu erinnern an das Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch —, die zugunsten der Landwirtschaft gestellt worden sind, sich die preußischen Vertreter im Reichsrat zuungunsten der Landwirtschaft ausgesprochen haben (Sehr wahr! rechts), sehr im Gegensatz zu dem Vertreter der Rheinprovinz, einem Herrn der Zentrumspartei, im Reichsrat, von dem ich mit einer gewissenmaßen großen Befriedigung sagen kann, daß er die Interessen der rheinischen Landwirtschaft gegen das System Braun verteidigt und gewahrt hat. (Bravo! rechts.)

Meine Damen und Herren! Dann ist die Rede gewesen von den Zinssätzen. Dazu möchte ich folgendes sagen. Aus den Ausführungen des Herrn von der Sozialdemokratischen Partei mußte ich den Eindruck gewinnen, daß er glaubt, die Landwirtschaft trüge die Schuld daran, daß in den Genossenschaften so hohe Zinssätze erhoben werden. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Wer trägt die Schuld denn?) Das ging wie ein roter Faden durch seine Ausführungen. Meine Damen und Herren! Dazu kann ich Ihnen einfach folgendes sagen: In allen landwirtschaftlichen Versammlungen — und ich will mich davon nicht ausschließen; — ich kann Ihnen Beispiele nennen, in welchen landwirtschaftlichen Versammlungen ich über diese Dinge gesprochen habe — habe ich es verurteilt, daß diese hohen Zinsspannen vorhanden sind. Wir von der Landwirtschaft wehren uns gegen die hohen Zinssätze und hohen Zinsspannen, die in dem Genossenschaftswesen erhoben werden. Aber darüber ist doch wohl gar kein Zweifel, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaftskassen und das ganze Genossenschaftswesen nicht allein von der Landwirtschaft abhängig sind, sondern daß auch andere Berufsweige darin vertreten sind. Wir von der Landwirtschaft haben jedenfalls die größten Versuche gemacht, um von den hohen Zinssätzen herunterzukommen. Das ist uns nicht gelungen. Aber nun zu sagen: Ihr Landwirte seid schuld daran!, das stimmt nicht. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Das habe ich nicht gesagt!) Ich kann mich durchaus auf den Boden des Reichskanzlers Brüning stellen, der auf seiner Dürreife, als ihm von der Landwirtschaft warnend vorgehalten wurde, daß diese Zinsspanne und diese Zinssätze nicht haltbar seien, unter anderen gesagt hat: „Da kann etwas nicht in Ordnung sein.“ Das waren seine Worte, die ich mir sehr genau gemerkt habe. Diesen Standpunkt teile ich durchaus. Da muß etwas nicht in Ordnung sein. Sie können überzeugt sein, daß wir von der Landwirtschaft seit Monaten dahinter her sind, einmal festzustellen, wo eigentlich der Hase im Pfeffer liegt und wo die Quelle zu suchen ist, weshalb die Zinsspanne so groß ist. Aber Schuld der Landwirtschaft ist es ganz sicher nicht, daß die Spanne so groß ist. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Das haben wir auch nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren! In dem Zusammenhang glaube ich auf die Preußentasse hinweisen zu sollen, von der ich die Ueberzeugung habe, daß sie heute der sozialdemokratischen Fraktion nähersteht als der Landwirtschaft. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften haben den dringenden Wunsch, möglichst schnell zu Eigenkapital zu kommen, um sich von der Herrschaft der Preußentasse freizumachen.

Nun, meine Damen und Herren, wurde behauptet, die Landwirtschaft erhebe ihre wirtschaftlichen Forderungen aus politischen Gründen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diesem Gedanken muß ich entgegentreten. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: von Lünick!) Ich weiß ganz genau, daß sich Wirtschaft und Politik in der heutigen Zeit überhaupt nicht mehr trennen lassen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Früher habt Ihr uns immer vorgehalten, Wirtschaft habe mit Politik nichts zu tun!) So, wie Sie das parlamentarische System aufgezogen haben, ist die Wirtschaft von der Politik, die Sie führen, abhängig; man kann sie nicht mehr trennen. Aber, meine Damen und Herren, daß ausgerechnet die Landwirtschaft wirtschaftliche Forderungen erheben soll, um politische Ziele auszudrücken, das lehne ich ohne weiteres ab. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist ja nur eine Floskel!)

Nun gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu dem, was mein Herr Vorredner über die Arbeitslosigkeit gesagt hat. Meine Damen und Herren! Das, glaube ich, kann man nun doch nicht, die Arbeitslosigkeit der großen Masse der werttätigen Bevölkerung in eine Parallele setzen zu dem Zustande, in dem sich heute unser Bauertum befindet. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Man kann nicht sagen: der Bauer hat wenigstens noch etwas zu essen. Meine Damen und Herren! Gehen Sie einmal in die Bauernhöfe und sehen Sie nach, was der Ärmste der Bauern heute noch zu essen hat. Die bekommen keine Arbeitslosenunterstützung. Da möchte ich doch die Frage stellen: Wer kann heute noch besser leben: wer Arbeitslosenunterstützung bekommt, oder der Ärmste der Bauern?

Aber ich möchte in einem Atemzuge dazu noch folgendes sagen: Der Bauer, der heute vielleicht noch etwas besser lebt, lebt von der Substanz (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft), er wird von Tag zu Tag ärmer, und eines schönen Tages wird es ihm auch nicht mehr möglich sein.

Meine Damen und Herren! Damit möchte ich die Betrachtungen über das, was hier über die landwirtschaftlichen Dinge gesagt worden ist, schließen! (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Und die ausländischen Arbeiter?)

Ich möchte noch ein Wort anfügen über das, was uns der Herr Redner über die Beamtenverteilung in der Provinz gesagt hat. Meine Damen und Herren! Wenn bezüglich der Beamtenverteilung Ihrerseits Forderungen erhoben werden, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie zwei oder drei Herren in irgendeiner Weise wieder einmal unterzubringen haben. (Bravo! rechts.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Kolaß.

Abgeordneter K o l a ß : Meine Damen und Herren! Der Herr Major von Stebman hat, wie die Freunde sagen, die ihn früher schon des öfteren gehört haben, auch heute hier wieder eine seiner alten Agrarreden gehalten. Sie war etwas anders gefärbt als die früheren, aber sie klang doch auf das hohe Lied hinaus,

daß es der Landwirtschaft im Gegensatz zu allen anderen Volksschichten und Volkskreisen am aller-schlechtesten gehe. (Zuruf des Abgeordneten Vielhaber: Es ist auch so!) Der vorletzte Redner hat hier bereits auf die Notlage der Bergarbeiter und der übrigen Arbeiterschaft hingewiesen. Ich habe überall dort, wo ich von Landwirtschaft und Arbeiterschaft rede, auch gesagt, was der zweite Fraktionsredner der Zentrumspartei hier sagte, daß nämlich der Landwirt und auch die Kleingewerbetreibenden, die Bäckermeister und die Metzgermeister, immer noch ihr Auskommen insofern haben, als sie sich fatteden können, was bei einem großen Teil der Arbeiterschaft nicht der Fall ist. Wir verkennen auch nicht die Not insbesondere der kleinen Landwirte. Dazu zählen wir natürlich nicht den Herrn von Stebman und andere Kreise, die unter der hier von dem Vertreter der Kleinbauern geschilderten Not und Last nicht so leiden.

Es ist auch deplaciert, und es lohnt sich eigentlich gar nicht, darauf einzugehen, daß Herr Major von Stebman hier allen Ernstes behauptet, die preussische Regierung, insbesondere die Regierung Braun, habe eine landwirtschaftsfeindliche Politik getrieben (Zuruf des Abgeordneten von Stebman: Das können wir nachweisen!) Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig! Widerspruch rechts.) Wenn Sie behaupten, die Preußentasse stände der Landwirtschaft (Sehr wahr! rechts), so ist ein solcher Ausdruck von einem Vertreter der Landwirtschaft völlig deplaciert. Die Sozialdemokratische Partei und auch die Arbeiterschaft haben keine Berührungspunkte mit der Preußentasse (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!), sondern diese Berührungspunkte bestehen fast nur mit der Landwirtschaft. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Und die faule Raiffeisentasse mußte von der Preußentasse saniert werden!) Aber worauf die Preußenregierung, insbesondere der Ministerpräsident Braun, einen großen Wert legt, ist, daß die Preußentasse in den Kredit- und Finanzgeschäften, die die Landwirtschaft glaubt mit öffentlichen Mitteln machen zu können, ihre Finger drin haben und die erforderliche Kontrolle ausüben will. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das halten wir unter Berücksichtigung der allgemeinen Interessen (Zuruf des Abgeordneten Marx: und im Interesse der kleinen Landwirte!) für unbedingt notwendig. Wir wissen, wie die Junker es allezeit verstanden haben, mit den öffentlichen Geldern und Interessen Schindluder zu treiben (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Aus dem Grunde sind wir, und nicht nur wir, sondern alle in der preussischen Regierung vertretenen Parteien, froh, daß die Preußenregierung mittels der Preußentasse das nötige Kontrollrecht ausübt, auch wenn die Junker noch so viel schreien.

Nun ist hier von dem Vorredner die dankenswerte Frage der Verringerung der Zinsspanne angeschnitten worden. Mir hat Herr Generaldirektor Bel von der Landesbank gestern gesagt, der Vorstand der Landesbank habe vor einigen Tagen beschlossen — vielleicht nimmt der Herr Landeshauptmann oder sein Vertreter Veranlassung, darauf im Verlaufe der Tagung einmal einzugehen —, den Zinsfuß für ge-

währte laufende und noch zu gewährende Neubauhypotheken des Kleinwohnungsbaues von 8½ Prozent auf 7½ Prozent zu senken. Wir schließen uns nicht nur diesem Wunsche an, sondern wir haben wiederholt die Forderung erhoben, daß auch die Sparkassen diesem Schritte folgen und auch den Zinsfuß für Neubauhypotheken für den Kleinwohnungsbaue auf 7 Prozent senken. (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Wie ist es denn mit dem Altwohnbau?) Besonders der letzte Redner, Herr Major Stedman, hat die Frage der Zinsermäßigung als ein heikles Kriterium bezeichnet und erklärt, auch er sei der Meinung, daß die Zinsen zu hoch lägen und daß da etwas nicht in Ordnung sei, besonders soweit es sich um die Zinsen für landwirtschaftliche Kredite handele. Da kann ich dem geehrten Herrn Major von Stedman nur sagen, daß er doch in seiner Fraktion oder in seinem engeren Parteikreise jeden Tag Gelegenheit hat, sich mit Herrn Silberberg und den anderen Herren Bankvertretern gründlich darüber zu unterhalten (Abgeordneter Hoffmann: Sehr gut!), denn die sind es doch schließlich, die diese hohen Zinsspannen mit ihren unerhörten Provisionsen und ihren übersehten Zinsen veranlassen und verursachen. Nehmen Sie also bitte gefälligst die Tuchfühlung mit Herrn Silberberg und Herrn Louis Sagen in dieser Sache auf und versuchen Sie, ebenso wie die Landesbank es in den letzten Tagen getan hat, sie zu bewegen, diese Zinsen, die zum größten Teil Wucherzinsen genannt werden können und auch in der Öffentlichkeit so bezeichnet werden, wesentlich zu ermäßigen.

Über nicht nur die Ermäßigung des Zinsfußes spielt eine wichtige Rolle. Soweit die Vergabung von Realkrediten in Frage kommt, spielt eine nicht minder bedeutende Rolle die Frage: Zu welchem Kurs werden diese Kredite und Hypotheken hergegeben? Da haben wir ja des öfteren Gelegenheit festzustellen, daß ein Kurs von 91, 92, 93 und 94 je nach der Höhe des Zinsfußes für diese großkapitalistischen Interessenorganisationen und Bankinstitute eine Selbstverständlichkeit ist. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört! Zuruf des Abgeordneten Dr. Losenhäuser: Landesbank!) Also auch in bezug auf den Ausgabekurs der Hypotheken und Realkredite muß eine wesentliche Milderung und ein wesentlicher Umschwung eintreten. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Meine Fraktion hat auch in bezug auf die Westhilfe einen Antrag eingereicht, den Sie unter Drucksache Nr. 87 finden, in dem insbesondere gefordert wird, daß die arbeitslos gewordenen Grenzgänger, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben und damit der öffentlichen Fürsorge anheimfallen, baldigst dadurch unterstützt werden, daß den Gemeinden, die diese Unterstützung leisten müssen, recht bald Hilfe vom Reich und von Preußen gewährt wird. Wir bitten Sie dringend, sich diesen Antrag zu eigen zu machen und ihn zum Beschluß zu erheben. Wir bitten ferner die Provinzialverwaltung, im Sinne des letzten Absatzes unseres Antrages zu veranlassen, daß sie gerade in diesen unstrittenen Grenz- und Notstandsgebieten ein umfassendes Notstandsprogramm und Notstandsarbeiten in Angriff nimmt, damit den arbeitslosen Grenzgängern Arbeit in der Heimat und damit ein reguläres Einkommen verschafft wird.

Nun komme ich mit einigen Bemerkungen auf einen Satz in der Rede des Herrn Landeshauptmanns, der in der heutigen „Kölnischen Zeitung“ in der Morgenausgabe fast wörtlich zum Abdruck gelangt ist. In diesem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ heißt es:

„Die bedauerliche Entwicklung, die sich in der Steigerung der Ausgaben für die Landhilfebedürftigen, vor allem für die Wanderer und Landstreicher geltend macht, ist anscheinend vorläufig nicht aufzuhalten. Die Bemühungen, das immer unhaltbar gewordene Wandererproblem mit seiner Brandschätzung der Bevölkerung und der Wohltätigkeitsanstalten irgendwie zu lösen, werden von der Verwaltung in Verbindung mit Stadt- und Landkreisen fortgesetzt, ohne daß bisher eine wohl befriedigende Möglichkeit sich gezeigt hat.“

Es stehen im Etat für die „Wanderer- und Landstreicherfürsorge“, wie es hier so wunderschön heißt, ganze 150 000 RM. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Wir müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß der Herr Landeshauptmann in einer Rede, die er auch noch im Manuskript niedergelegt hat, Wanderer und Landstreicher in einem Atemzuge nennt und noch hinzufügt, daß diese eine Brandschätzung der Bevölkerung und der sonstigen Organe und Institute betreiben. Meine Damen und Herren! Die Angehörigen meiner Fraktion und auch anderer Fraktionen sind zu ungefähr 90 Prozent in ihren Jugendjahren gewandert und haben auf dem Wege der Wanderschaft draußen in der Welt ihre Kenntnisse wesentlich bereichert. Wir wissen, daß auch heute noch, durch die Not und den Wissensdrang veranlaßt, junge Menschen den Wanderstab in die Hand nehmen und sich auf den Weg machen, um ihre handwerksmäßigen und sonstigen Kenntnisse draußen in der Welt zu bereichern. Wir müssen es ablehnen, daß diese Kreise — das sind 90 Prozent der Wanderer —, die auch heute noch einen ehrlichen Namen haben, in einem Atemzuge mit Landstreichern genannt werden. Vielleicht hat der Herr Landeshauptmann es nicht so gemeint, aber auf diejenigen, die es gehört haben, hat es so gewirkt, und in der Zeitung ist es auch wörtlich so zum Abdruck gekommen.

Nun einige Bemerkungen zu dem SPD-Redner. Er sagte u. a., die „Volksstimme“ in Duisburg, unsere Parteizeitung, habe einen Bericht über eine Aufsichtsratsfrage der Industrie gebracht und habe diesem Bericht einen humorvollen Sinn gegeben. Der SPD-Redner hat sich sehr geirrt, entweder im Lesen des Berichts oder in der Auffassung (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: oder in beidem!) Die SPD betrachtet die Tantiemen- und die Aufsichtsratsfrage nicht als eine humorvolle, sondern als eine sehr ernste Angelegenheit. (Zurufe der Kommunisten.) Aus dem Grunde, meine Herren von der SPD, hat sie kürzlich noch im Reichstage die Tantiemensteuer beantragt, der Sie zugestimmt haben. Aus dem Grunde hat sie auch beantragt, auf alle Einkommen über 50 000 RM (Zuruf: 20 000 RM!) eine Einkommensteuer in Höhe von 20 Prozent zu erheben, und diesem Antrag haben Sie von der SPD aus zugestimmt. Wir müssen uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß wir diese Frage als eine humoristische Frage ansehen; wir sehen sie vielmehr als eine sehr ernste

und für das deutsche Volk sehr bedeutungsvolle Frage an.

Des weiteren sagte der KPD.-Redner, in Rußland habe man mit der Erwerbslosigkeit aufgeräumt. Mein Kollege Kurth hat bereits darauf hingewiesen, daß gerade in dem Bezirk Moskau die Arbeitslosigkeit eine ungeheure ist. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Woher wißt Ihr das? Aus dem Westdeutschen Beobachter?) Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß es trotz erhöhter Arbeitslosigkeit in Rußland eine Erwerbslosenunterstützung oder eine Sozialversicherung im deutschen Sinne nicht gibt. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Dafür bedanken sich die russischen Arbeiter!)

Dann erklärte der KPD.-Redner im Brustton der Ueberzeugung, sie seien keine Anhänger der Verelendungstheorie und wollten es nicht zur Katastrophe treiben. Demgegenüber steht fest, daß KPD.-Stadtverordnete und KPD.-Redakteure in ihren Zeitungen sich ganz eindeutig auf den Standpunkt der Verelendungstheorie stellen und wörtlich erklären: Wir treiben es durch unsere Handlungen und unsere Agitation bewußt zur Katastrophe. (Zuruf des Abgeordneten Riegel: Schwindel! Wer ist das gewesen?) Dafür haben wir Zeugen. Lesen Sie jeden Tag die „Freiheit“ und Ihre sonstigen Organe nach, dann werden Sie das bestätigt finden. (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Behaupten kann man alles! Zeigen Sie einmal die Zeitungen!)

Der KPD.-Redner hat es auch hier so hinzustellen versucht, als ob die Deputation der Großindustriellen, die kürzlich in Moskau war und dort mit Kaviar und sonstigen Delikatessen gefüttert wurde (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Der Kaviar ist dort sehr billig! Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die Proleten in Rußland fressen den Kaviar noch nicht einmal so gern wie die deutschen Proleten den Hering!), aus lauter Liebe zu Rußland gekommen wäre. Nein, jeder von uns weiß, daß sie von der russischen Regierung zur Behebung der wirtschaftlichen Not und zur Behebung der Arbeitslosigkeit dringend und freundlichst nach Rußland eingeladen wurde (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das glaubt Ihnen nicht einmal ein sozialdemokratischer Arbeiter!) und dort mit Kaviar abgefüttert wurde. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ziehen Sie einmal eine andere Walze auf!). Die russische Regierung denkt nicht einmal daran, die Vertreter der freien Gewerkschaften zu solchen oder ähnlichen Verhandlungen einzuladen, sondern sie begnügt sich, mit den Großkapitalisten Deutschlands und anderer Länder zu verhandeln. (Unruhe bei den Kommunisten.) Ich bin mit Ihnen fertig.

Ich wende mich nunmehr zur Wirtschaftspartei, die bereits heute mittag die Freundlichkeit hatte, auf die vorderen Bänke der Nazis vorzurücken und deren Blöße einzunehmen, weil sie sich anscheinend dort wohler fühlt.

Mein Parteifreund Kurth hat heute morgen hier erwähnt, daß von hundert höheren Kommunalbeamten nur drei sozialistische Beamte sind und das nicht entfernt der Stärke unserer Partei entspricht. Während dieser Ausführungen hat der wirtschaftsparteiliche Provinzialgutachter, Herr Lessenich, erklärt: Daher gibt es auch hier keine Korruption! Von dem Vorsitzenden

befragt, ob er diese Aeußerung getan habe, erklärte er: Jawohl! und wurde zur Ordnung gerufen. Sehr geehrter Herr Lessenich! Was würden Sie sagen, wenn hier einer behaupten wollte, daß die Kritik, die Sie bisher an dieser Stelle recht heftig an der Provinzialverwaltung geübt haben, seit der Zeit verstummt sei, seitdem Sie gutbezahlter Gutachter der Provinzialverwaltung für den Bau der Autostraße Bonn—Köln sind? (Hört, hört! links. Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Ich habe nie einen Pfennig dafür bekommen! Wollen Sie mir das vielleicht bezahlen? Sie erzählen die reinsten Märchen! Glocke des Vorsitzenden.) Ich behaupte das auch nicht, sondern ich sage nur: Was würden Sie sagen, wenn das einer behauptete? (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Ach so, das ist etwas anderes! Große Heiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Riegel: Das war eine sehr schwache Abwehr!) Aber, meine Herren von der Wirtschaftspartei, wir befinden uns hier in Düsseldorf ja auf historischem Boden: Der Düsseldorfer Stadtverordnete und Führer der hiesigen wirtschaftsparteilichen Stadtverordnetenfraktion, Herr Schöpwinkel, besitzt hier in Düsseldorf ein Hotel, genannt „Schloß Burg“. Dieses Hotel ist besonders den etwas besser situierten Herren ja mehr oder weniger bekannt. (Zuruf: Ortsbesichtigung vornehmen!) In diesem Hotel „Schloß Burg“ soll es vorgekommen sein, daß für etwa 30—40 000 RM elektrischer Strom ohne Bezahlung entnommen wurde. Die Plombe soll gelöst worden sein. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Abgefallen! Heiterkeit.) Ein gewisser Schraubenschlüssel wurde als Verbindungsstück an Stelle der Plombe benutzt, und so soll die Stadt Düsseldorf um rund 40 000 RM Stromgebühren betrogen worden sein. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!). Dieselbe Wirtschaftspartei schimpft aber darüber, daß die Düsseldorfer Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nicht rentabel seien. (Hört, hört!) Herr Stein, Ihr Fraktionsvorsitzender und Redner kann Ihnen ja vielleicht nähere Auskunft darüber geben. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Der kennt nur etwas von Grundstückspekulation!) Nun hat Herr Dr. Stein uns hier eine kleine Vorlesung über Kapitalismus und Sozialismus gehalten. Er hat u. a. gesagt: Wollen Sie von der Sozialdemokratie dem Kapitalismus die Fähigkeit absprechen, daß er auch wertvolle volkswirtschaftliche Arbeit leistet und Werte schafft? Nein, diese Fähigkeit sprechen wir dem Kapitalismus nicht ab, sondern wir halten es sogar für seine Pflicht, daß er wertvolle gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Arbeit leistet (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Gut, daß Sie das anerkennen!) Aber, meine Herren, wir sind der Meinung, daß die kapitalistische Produktion im Vergleich zu der sozialistischen Wirtschafts- und Produktionsweise keine planmäßige und gemeinnützige, sondern eine auf privatkapitalistischen Egoismus und Gewinn eingestellte Produktionsweise ist. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig! Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Ich erinnere Dich an Hilferding!) Darin unterscheiden wir uns, meine sehr verehrten Herren, von der Wirtschaftspartei. Das ist der große Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Konstruktion des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens und der engherzigen Denkungsart und dem Krämergeist der Wirtschaftspartei. (Zuruf des Abgeordneten

Dr. Müller: Was haben Sie denn bisher geleistet?) Aus dieser Denkungsart heraus bekämpfen Sie ja nicht nur die großen gemeinnützigen Organisationen und Institute, wie Konsum- und Baugenossenschaften, sondern auch Warenhäuser und wer weiß was, weil Sie eben gar nicht in der Lage sind, in großen Linien zu denken. Sie sitzen nur vor Ihrer Krämerkasse und sind nur beherrscht von der einen Frage: Wie fülle ich meinen Geldbeutel und wie ziehe ich den größtmöglichen Gewinn, nicht zum Nutzen der Allgemeinheit, sondern zum persönlichen Nutzen aus jeder Handlung im Produktionsprozeß? (Zuruf links: Interessentenhausen!) Auf der gleichen Linie dieser egoistischen Denkungsweise liegt auch die Ablehnung des Antrages Breitscheidt und Genossen im Reichstage. Dadurch haben Sie einmal so recht bewiesen, daß Sie gar nicht in der Lage sind, in großen Linien zu denken, weder finanz- noch wirtschaftspolitisch. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) In der gleichen Linie liegt auch die Kritik des Herrn Dr. Stein an den produktiven Betrieben in Brauweiler und insbesondere die Kritik, die er nach der Richtung übte, daß die Herren Bauräte der Landesverwaltung durch die Herren Architekten der Wirtschaftspartei in Düsseldorf — das sind ja die besten — abgelöst werden müßten. Meine Herren! Eine großzügige Organisationsarbeit und Planwirtschaft paßt in Ihren engen Krämergeist ja gar nicht hinein. Sonst könnten Sie auf einen solchen Gedanken, wie die Ersetzung der Landesbauräte durch Düsseldorfer Architekten gar nicht kommen.

Auf der gleichen Linie, meine Herren von der Wirtschaftspartei, liegt Ihr Vergleich zwischen Berufs- und Parteibeamtentum. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Das liegt Euch im Magen!) Das ist ein Schlagwort der Nazis. Ich sagte Ihnen schon, Sie haben hier im Saal die engste Tuschführung. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Das macht doch der Meldestenausschuß, der ordnet doch an, wo wir sitzen!) Sie glauben, Bildung und alles, was damit verbunden ist, in Erbpacht genommen zu haben; nicht nur Sie, sondern im großen und ganzen die Vertreter der bürgerlichen Parteien, aber Sie ganz besonders glauben diesen Anspruch erheben zu können. Und wenn ein Proletarier sich erlaubt, vielleicht ebenso geschickter oder noch geschickter als Sie zu sein (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist nicht schwer!), so ist es für Sie ein Parteibuchbeamter. Das ist mit dem von Wilhelm dem Letzten, von Wilhelm dem Holzhafer, ausgesprochenen Wort: Freie Bahn dem Tüchtigen! nicht zu vereinbaren. (Zuruf links: Ihr schmeißt die Kommunisten hinaus!) Nach der Hebe der Wirtschaftspartei gegen alle qualifizierten Menschen aus der Arbeiterklasse, nach der Hebe der Nazis und aller ihnen verbündeten Parteien, auch der Deutschnationalen, ist dieses Wort: Freie Bahn dem Tüchtigen! mittlerweile zur Phrase geworden. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Für Sie sind selbst Männer wie Hermann Müller oder Otto Braun oder Severing nur Parteibuchbeamte; Sie können einem leidtun.

Nun hat Herr Dr. Schüler, der Vertreter der Bauern, hier von einer gerechten Preisbildung und ähnlichen Dingen geredet. Wir sind auch für eine gerechte Preisbildung, und wir wären froh, wenn das Fleisch, von dem Herr Dr. Schüler sagte, daß es im Lebendgewicht mit 46 Rpf gehandelt werde, zu einem

erträglichen Preise, vielleicht zu 70, 80 oder 90 Rpf im Kleinhandel zu haben wäre. (Zuruf des Abgeordneten Senneß: Deswegen sind Sie für das Gefrierfleisch, nicht wahr?) Aber die Handelsagenten der Wirtschaftspartei und auch der Volkspartei und der Kettenhandel sind die Wurzel alles Übels; sie übersetzen und überteuern unsere Preise; sie sind die tiefere Ursache, daß der Produzent nicht genügend am Ertrag seiner Arbeit beteiligt wird, wie es Herr Dr. Schüler hier so drastisch ausdrückte, und daß die Konsumenten überseht, ja zum größten Teil Wucherpreise zahlen müssen. Demgegenüber steht im Reichstag Ihr freundlicher Herr Schneidewind. Wie schrieb eine Zeitung dieser Tage? Schnid-Schnad Schneidewind. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Aufschneidewind!) Dieser Herr Schneidewind stellt sich im Reichstage hin und behauptet nach wirtschaftsparteilicher Manier, seine Wurst könne man in Köln für 20 Rpf pro Pfund haben. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Sie sind ein Märchenerzähler!) Beste Wurst, hat er gesagt. Als unsere Freunde bei ihm solche kaufen wollten, kostete die beste Wurst 1,80 RM und die gewöhnliche Leberwurst 60 Rpf. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) So sieht es praktisch mit der Wirtschaftspartei aus. Jedenfalls haben Sie alle Veranlassung, nicht auf die Sozialdemokratie und auf den sogenannten Staatssozialismus, der gar nicht besteht, zu schimpfen. Sie sollten sich vielmehr mit Ihren Freunden von der Volkspartei und der Deutschnationalen Partei, mit Herrn Silberberg, Herrn Sagen und den sonstigen Herren ins Benehmen setzen und mit ihnen überlegen, wie dem Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Müller: Erzählen Sie uns einmal etwas von Barmat und Sklarek! Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Darüber schweigen sie!)

Dann hat Herr Dr. Lehr, der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, in seinen Ausführungen hier zum Ausdruck gebracht, daß man zu einer Gesundung der öffentlichen Finanzen nicht kommen könne, wenn nicht baldigst die Gehälter und Löhne aller öffentlichen Verwaltungen einer Überprüfung unterzogen würden. Herr Dr. Lehr hätte hier offenbar mehr Eindruck gemacht, wenn er zunächst einmal in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister erklärt hätte, daß er mit seinen Beigeordneten im Sinne der alten sozialdemokratischen Forderung sofort bereit sei, freiwillig die hohen, übersehteten Gehälter der höheren Kommunalbeamten zu ermäßigen; dann wäre er mit gutem Beispiel vorangegangen. Aber hier als Oberbürgermeister — von einem Großindustriellen könnte ich das noch verstehen — zu fordern, daß die Gehälter der Angestellten und Beamten generell alsbald einer Nachprüfung und Herabsetzung unterzogen werden, ist einfach unerhört; das ist ein scharfmacherischer Standpunkt und nicht der Standpunkt eines Kommunalpolitikers. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Mein Freund Kurth hat heute morgen bereits einige der Herren von der Wirtschaftspartei, der Volkspartei und den Deutschnationalen erwähnt, die immer auf die hohen Gehälter aller Beamten und überhaupt auf die Beamtenschaft von oben bis unten tagaus tagein schimpfen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Das ist ja nicht wahr!), die aber selbst Gehälter beziehen, die einfach märchenhaft sind. Ich er-

laube mir deshalb, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besonders bekannten Betriebe und Konzerne noch einmal herauszugreifen. Der Herr Generaldirektor der F. G. Farbenindustrie bezieht 500 000 RM Gehalt (Abgeordneter Gerlach: Hört, hört!), der Herr Generaldirektor der Rheinisch-Westfälischen Industrie bezieht das „spärliche“ Gehalt von 650 000 RM. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Und diese Herren wollen, wie es in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ heute morgen geschehen ist, sich hinstellen und in Lohn- und Gehaltsverhandlungen der Arbeiterschaft das Cuius in Cuius vom Himmel vorfangen. So rechnen wir nicht, meine Herren. Wenn die Herren von der Industrie der Meinung sind, die Gehälter der Beamten und Angestellten bei den Kommunen, der Provinzialverwaltung und sonstwo und die Gehälter ihrer Angestellten seien zu hoch, so sollen sie endlich einmal Ernst machen und diese standalösen Gehälter von 650 000 RM, 500 000 RM und 800 000 RM auf 15, 20 oder 30 000 RM ermäßigen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre eine menschliche Tat, das wäre eine Tat im Interesse des Volkes und im Interesse der Wirtschaft. Meine Herren! Solche Reden müßten eigentlich nicht wir, sondern die Herren von der Wirtschaftspartei, ihre Freunde von der Deutschnationalen und der Volkspartei hier vortragen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wie, und das Zentrum schließen Sie aus? Wie ist es denn mit Klöckner und Thyssen?) Es ist bedauerlich, daß Sie niemals solche Worte Ihren Freunden gegenüber finden.

Meine Damen und Herren! Wir betreiben in der Provinz wie in den Kommunen eine Politik, die dahin geht, die Haushalte der Kommunen in Ordnung zu halten, um damit in erster Linie den Interessen der Minderbemittelten, des schaffenden Volkes zu dienen. Diese Politik werden wir nach wie vor weiter betreiben. Von diesem Gedanken ausgehend, fordern auch wir von der Provinzialverwaltung, daß sie eine Finanz- und Steuerpolitik sowie eine Anleihepolitik betreibt, die es ermöglicht, die Stats der sozialen Fürsorge, die Stats der Arbeitsbeschaffung — Straßenbau usw. — auf der notwendigen Höhe zu halten und insbesondere auf dem Gebiete des Straßenbaues die nötige Arbeitsbeschaffung in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Wir bitten deshalb die Provinzialverwaltung nachdrücklichst, daß sie in diesem Bestreben, Arbeit zu beschaffen, nicht erlahmt und sich nicht von der Rechten durch Streichungsanträge in bezug auf den Neubau in Machen oder in bezug auf den Straßenbau beherrschen läßt, sondern daß sie daran festhält, in dieser Notzeit Straßen zu bauen und soviel wie möglich Arbeit zu Nutz und Frommen der Arbeitslosen zu beschaffen. Wir werden die Provinzialverwaltung in diesem Streben stets unterstützen und ihr darin allezeit zur Seite stehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Ich habe mich zum Wort gemeldet, um von dieser Stelle aus einmal darauf hinzuweisen, mit welchen Argumenten die sozialdemokratischen Redner in den einzelnen Parlamenten heute gegen die kommunistische Partei arbeiten, die heute von sich sagen kann — ob das von den Sozialdemo-

kraten anerkannt wird oder nicht —, daß sie die Erben der großen Lehrmeister des wissenschaftlichen Marxismus sind, daß sie die Erben der Baumeister des Klassenkampfes sind, daß sie die Erben von Karl Marx und Friedrich Engels sind, daß sie diejenigen sind, die heute entsprechend der Lehre der großen Führer der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit ihre Politik betreiben. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Karl Marx würde das bestreiten, wenn er es hörte!)

Herr Kurth hat heute morgen gesagt, die Politik der Sozialdemokratischen Partei brauche sich nicht auf die Agitation zu stützen, die Begründung liege in der Verelendung des Volkes. Ich darf Herrn Kurth zunächst folgendes ins Stammbuch schreiben: Karl Marx und Friedrich Engels und nach ihnen eine Reihe namhafter Sozialdemokraten — ich nenne Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und August Bebel — haben ihre wissenschaftliche Theorie von der Beseitigung des fluchwürdigen kapitalistischen Systems und des Aufbaues einer sozialistischen Gesellschaftsordnung geschöpft aus der Ausbeutung des Proletariats des vergangenen Jahrhunderts in England, Frankreich und Deutschland. Auf Grund der unwürdigen Arbeitsverhältnisse, auf Grund der unwürdigen Entlohnung, auf Grund der unwürdigen sozialen und hygienischen Einrichtungen in den ersten Betrieben des kapitalistischen Systems haben Karl Marx und Friedrich Engels die Lehre von der Beseitigung dieses fluchwürdigen Systems aufgebaut, das nur darauf eingestellt ist, sich durch die Unterdrückung der Ärmsten der Armen seine Profite zu sichern, das nur darauf eingestellt ist, für sich zu sorgen und dabei Millionen und abermals Millionen von Menschen — Männer, Frauen und Kinder — elendiglich zugrunde gehen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Vor dem Kriege sind die Gewerkschaften und auch die Sozialdemokratische Partei, solange man noch davon reden konnte, daß sie die alten sozialistischen Traditionen hoch hielten, erstarbt auf Grund ihrer Agitation unter den Massen. Damals wurden in den einzelnen Städten und Dörfern um die kleinsten Errungenschaften noch schwere Kämpfe geführt, damals wurden Lohnkämpfe noch über ein Jahr durchgehalten, trotzdem keine Unterstützung für die Kämpfenden aus irgendwelchen Klassen gezahlt werden konnten, sondern die Kämpfenden auf die Solidarität derjenigen Arbeiter angewiesen waren, die noch in den Betrieben beschäftigt waren. Heute stellt sich die Sozialdemokratie hier hin und sagt: Wir brauchen keine Agitation mehr zu betreiben auf Grund der Verelendung des Volkes. Sie, meine Herren, von der Sozialdemokratie, brauchen auch nicht mehr die verelendeten Schichten des Volkes. Sie sind bereits salonfähig geworden. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Sie sitzen heute bereits in den Kabinetten, Sie sitzen heute als Beigeordnete auf den Rathhäusern, Sie sitzen als Landesräte in den Provinzialverwaltungen, Sie haben Oberpräsidenten, Sie haben Polizeipräsidenten. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Sie sind also die verkörperten Beamten des heutigen kapitalistischen Staates und haben deshalb nicht mehr notwendig, unter den ärmsten Schichten der Bevölkerung zu agitieren, sondern Ihr ganzer Kampf richtet sich nur noch darum: Wie kann man es ermöglichen, daß man der Bourgeoise Teile ihrer Anhängerenschaft, die noch so blöde sind, die klassenmäßig eigentlich zum

Proletariat gehören, nehmen und sie für sich in Anspruch nehmen, damit in der weiteren Entwicklung des kapitalistischen Systems die Sozialdemokratie die Alleinherrschaft hat und sie nicht im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse der sozialdemokratischen Elitenwirtschaft durchführen will.

Herr Kurth hat heute morgen bedauert, daß gestern keiner der Herren, die hier gesprochen haben, weder der Herr Landeshauptmann, noch der Präsident des Landtages, noch der Oberpräsident, mit einem Worte des toten Reichskanzlers a. D. Hermann Müller gedacht habe, trotzdem Hermann Müller zu seinen Lebzeiten alles getan habe im Interesse der Bourgeoisie. War es vielleicht noch nicht genug für Herrn Jarres und den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, was er getan hat? (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Im Reichstag und im Landtag ist ihm gebührende Ehre von der Bourgeoisie zuteil geworden. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Von den Sitzengebliebenen auch!) Herr Kurth sagte dann, die Sozialdemokratie ehre Ebert, Hermann Müller, Rathenau und Erzberger als die deutschen Staatsmänner, die in der Nachkriegszeit den verfahrenen Karren aus dem Dreck gezogen haben. (Lachen bei den Kommunisten.) Wenn sie das tut, so hat sie auch alle Ursache dazu. Die haben den Karren aus dem Dreck gezogen, in den ihn die Bourgeoisie hineingestürzt hatte, und haben das Proletariat daran gehindert, diesen Karren im Interesse des deutschen Proletariats wieder flott zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Auf Eure Ehrung legen wir keinen Wert!) Das wissen wir. Die Bourgeoisie hat einst zu der Sozialdemokratie gesagt: auf Eure Ehre pfeifen wir. Heute ist die Sozialdemokratie stolz auf die Ehrung durch die Bourgeoisie, und umgekehrt ist die Bourgeoisie stolz auf die Ehre, die ihr von der Sozialdemokratie gezollt wird. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Das ist ja eine Phrase!)

Herr Kurth sagt ferner: Die Verelendung des Proletariats wird sich die Arbeiterklasse nicht bis zur Bewußtlosigkeit gefallen lassen; sie wird dagegen ankämpfen. Darin gehe ich mit ihm einig. Aber mit wem wird die Arbeiterklasse gegen das heutige System kämpfen? Mit der Sozialdemokratie? (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Jawohl!) Die Sozialdemokratie stellt sich jedem Kampf der Arbeiterschaft in den Weg. Sie ist auf dem Gebiete des Lohnraubes, auf dem Gebiete der Verschlechterung der Sozialpolitik und auf dem Gebiete des Panzerkreuzerbbaus der Bourgeoisie führend vorangegangen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ihr kriegt doch Panzerkreuzer, seid doch froh!) So lange Sozialdemokraten nicht die prominenten Minister waren, so lange hat weder ein Reichswehrminister noch sonst ein anderer nach Moske den Mut aufgebracht, in einer Zeit, wo das Proletariat mit seinen Familienangehörigen buchstäblich zugrunde geht, Panzerkreuzer zu bauen. (Zuruf aus der Arbeiterschaft: Um Arbeit zu schaffen!) Die Arbeiterschaft wird das nicht vergessen.

Sie vergißt insbesondere auch nicht den angeblichen Kampf der Sozialdemokratie gegen die Nazis. Die Sozialdemokraten sind die Wegbereiter des Nationalfaschismus (Sehr richtig! bei den Kommunisten), die Sozialdemokraten sind die Steigbügelhalter der Nationalfaschisten. Durch Eure Politik werden die

Nationalsozialisten täglich frecher. In ihren Flugblättern, in ihren Zeitungen und Versammlungen sagen die Sozialdemokraten den Nationalsozialisten den Kampf an; dann reden sie von dem Kampf gegen die braune Mordpest. Wenn aber auf der Straße die Arbeiterklasse sich mit dieser braunen Mordpest auseinandersetzt, dann sind die Sozialdemokraten zu Hause, schauen durch die Fensterscheiben und überlassen der Polizei Severings die Niederprügelung der Arbeiterschaft. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Wo ward Ihr denn vorige Woche, wie die Arbeiter draußen niedergeknallt wurden?) Die kommunistischen Führer waren bei der Arbeiterschaft, und wenn hier die Stadtverordnetenversammlung getagt hat, so haben wir der Sozialdemokratie nicht den Gefallen getan, mit der gesamten Fraktion fortzugehen, sondern wir haben, genau wie wir heute eine Delegation an die Gräber der Ermordeten geschickt haben, auch an dem Tage sechs unserer Genossen unter die kämpfenden Arbeiter auf die Straße geschickt. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Ihr habt zugehört, wie draußen geschossen wurde!)

Herr Abgeordneter Kolaß entriistet sich darüber, daß mein Fraktionsgenosse Kiegel heute morgen einen Artikel einer sozialdemokratischen Zeitung ins Lächerliche gezogen habe. Ich bilde mir ein, auch lesen zu können, und ich bilde mir auch ein, daß eine Reihe derer, die hier sind, den Versuch machen, objektiv zuzuhören. Sie werden dann erkennen, daß die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Duisburg in einer ganz infamen Art versucht, gegen das Unternehmertum loszureiten, dabei aber die Arbeiter einflusst und sie von den wirklichen Tatsachen ablenkt. Es heißt in der Zeitung wörtlich:

„Man war hübsch unter sich. 72 Aktionäre mit rund 750 Millionen Mark Kapital; macht pro Person gut 10 Millionen Mark. So sozialistisch waren die Gaben allerdings nicht verteilt. Herr Thyssen erschien, wenn auch nicht persönlich, mit 90 Millionen Mark. Im Vorjahr hatte er nur 50 Millionen, so daß wir befürchteten, er würde ins Proletariat absinken und zu den Nationalsozialisten gehen. Beim Stahlhelm ist er ja schon. Arbeitsamkeit, Fleiß und Gottvertrauen haben aber sein weiteres Absinken ins Proletariat verhindert. Phönix war mit 180 Millionen, Rheinstahl mit 69 Millionen, Gelsenkirchener Bergwerks-AG. mit 275 Millionen vertreten. Im wesentlichen waren also Herr Otto Wolff und Herr Friedrich Flick mit ihrem durch rasstlose Sparsamkeit in den letzten Jahren erworbenen Aktienkapital von rund 500 Millionen vertreten. Im übrigen alles nur Vertreter einer idealistischen Geschichtsauffassung, keine Materialisten.“

Wenn man in solch negierendem Sinne eine solche Tagung dieser Hyänen am Proletariat in der Zeitung glossiert, dann sagt das Proletariat und jeder eine — das wißt Ihr genau, daß der Arbeiter nicht so gut zwischen den Zeilen zu lesen versteht —, was dieser Glossist versucht darzustellen. Nicht einmal in Anführungszeichen bringt man die Dinge, die man herauskehren will, sondern man sagt den Arbeitern: Eine nette Gesellschaft, die mit so und soviel hundert Millionen vertreten war, sind beinahe Proletarier geworden. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Sie

machen sich damit doch lächerlich! Was ist denn in Moskau gewesen?) Nun zu Moskau. Es hat mich außerordentlich gefreut, daß ein sozialdemokratischer Redner auf Moskau hingewiesen hat. Wir brauchen uns dabei gar nicht auf unsere Leute zu berufen. Ich will mich auch nicht auf die industrielle Delegation berufen, die jetzt aus Moskau gekommen ist (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das wäre das richtige!), sondern ich berufe mich auf Herrn Vandervelde von der zweiten Internationale, auf den früheren englischen Außenminister Chamberlain und auf einen hervorragenden deutschen Wirtschaftstheoretiker, Herrn Wünsch. (Zuruf des Abgeordneten Göringer: Wir wollen hören, wie diese Hyänen in Moskau empfangen worden sind!) Das hat Ihr Redner bereits charakterisiert; man hat ihnen Kaviar zu fressen gegeben. (Weiterkeit.) Ich habe eben bereits gesagt: Der Kaviar, mit dem in Deutschland so viel Schindluder getrieben wird, ist für das russische Proletariat weniger wert als für den deutschen Proleten ein Salzhering. (Sehr gut! bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Auf nach Rußland!) Der Bolschewik weiß, was er den deutschen Industriellen vorzusetzen hat, damit sie, wenn sie nach Deutschland zurückkommen, sich nicht durch irgendwelche Zurückgebliebenheit in ihrer körperlichen und psychologischen Verfassung beeinträchtigt fühlen.

Ich zitiere zunächst Herrn Chamberlain, der — auch zur Arbeitslosigkeit — über Rußland folgendes gesagt hat:

„Gibt es irgendeinen Akt der Sowjetunion, von den ersten Tagen ihrer Existenz an, der eine so entscheidende Bedeutung hat wie die Erklärung über die Durchführung des Fünfjahresplans? Das gesamte tägliche Leben der Sowjetunion, alle ökonomischen Tendenzen sind dieser Entscheidung untergeordnet. Dieses Experiment hat das Ziel, in den nächsten Jahren eine ganze Reihe von Fabriken und Schächten, Schulen, Häusern, Kraftstationen und Theatern zu bauen für die Bedürfnisse von 160 Millionen Menschen und besitzt eine internationale erzieherische Bedeutung.“

Und über die Erfolge sagt er weiter:

„Diese Erfolge sind erstens Verbreiterung der Anbaufläche, der Getreidekultur, Baumwolle, Zucker, und dies entspricht der breiten Entwicklung der Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern in Verbindung mit der Mechanisierung der gesamten landwirtschaftlichen Arbeit; zweitens Verbreiterung der Produktion in den entscheidenden Industriezweigen; drittens Beseitigung der Arbeitslosigkeit.“

Die Liquidation der Arbeitslosigkeit (wenn man nicht jene Klassen berücksichtigt, die aus politischen Ursachen keine staatliche Tätigkeit erhalten), schafft in der U.S.S.R. eine Lage, die sich scharf unterscheidet von der Lage in England, Amerika und Deutschland, wo sich Millionen Arbeitslose befinden. (Abgeordneter Mohl: Hört, hört!)

Die Epoche des Fünfjahresplans ist für die einen etwas Begeisterndes und für die anderen etwas Schreckliches. „Das ist die stählerne Epoche.“ (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Es wäre ja auch gelacht, wenn Rußland in den 13 Jahren gar nichts gemacht hätte!)

Eben wurde hier gesagt, auch in Rußland gäbe es eine Arbeitslosigkeit. Zwar, die ehemaligen Silberbergs, die ehemaligen Hagens, die ehemaligen Jarrese und Adenauers und wie die Vertreter der Bourgeoisie alle heißen, sind in der Sowjetunion arbeitslos, sie kriegen vom russischen Proletariat keine Arbeit. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Weil sie nichts können!) Wenn in Deutschland das klassenbewußte Proletariat die Geschicke gemeistert haben wird, werden sie auch hier nur Arbeit bekommen, wenn sie im Interesse des siegreichen Proletariats arbeiten, und im übrigen werden sie auf Arbeit verzichten müssen. (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Lenin hat ihnen Direktorengehälter gegeben!) Und wenn die Bolschewiki auch Direktorengehälter zahlen, so brauchen oder mißbrauchen sie die Bourgeoisie im Interesse des Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion. (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Aber sie schmieren die Leute!) Und wenn die kapitalistischen Vertreter das nicht anerkennen wollen, besonders die Sozialdemokraten — wir wissen, es tut Euch sehr wehe, daß es nicht gelungen ist, genau wie in Deutschland, die russische Revolution mit den Weißgardisten zu unterdrücken — dann können wir das verstehen. Die Sozialdemokratie weiß, daß sie auf Gedeih und Verderb mit der Bourgeoisie verbunden ist. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Aus ihren eigenen Reihen ist dieser Ausspruch zu hunderten Malen gefallen, und wenn das deutsche Proletariat einmal ganze Sache machen wird, dann werden auch die Sozialdemokraten mit der deutschen Bourgeoisie verschwinden. (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Ihr habt doch nichts zu melden! Weiterer Zuruf: Köpfe werden rollen!) Ich berufe mich auf einen Herrn Wünsch, der in der deutschen „Wirtschaftszeitung“ über die Sowjetunion folgendes schreibt:

„Soviel ist klar, jeder Ingenieur und Monteur, den wir nach Rußland schicken, jede Maschine, die wir dort aufbauen, kommt dem Fünfjahresplan und seinen Nachfolgern zugute, über denen das Zeichen steht: Volksozialisierung des Landes, Entfaltung der Wirtschaftsmacht eines großen Landes.“

Und diese Wirtschaftsmacht liegt in der Hand eines Staates, die nur auf den Knopf zu drücken braucht, um diese Macht in der einen oder anderen Richtung anzusetzen.

Soviel ist auch klar, daß eine ausgebaute russische Wirtschaft für den kommunistischen Endkampf und die Weltrevolution eingesetzt werden wird. Der Ausspruch Lenins: „Unser Feind, das internationale Kapital, muß helfen, unseren Staat aufzubauen und unsere Waffen gegen sich selbst zu schmieden“, besteht noch zu Recht. Der Fünfjahresplan ist das zweite Programm des Bolschewismus, die Weltrevolution wird einmal das dritte sein, wenn das zweite Programm gelungen ist.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dunder, ich erinnere Sie daran, daß wir über den Provinzialetat sprechen. Sie sprechen jetzt schon 18 Minuten über Rußland.

Abgeordneter Dunder (fortfahrend): Ich bin darüber unterrichtet, daß wir über den Provinzialetat sprechen. Aber das Recht, das andere Redner für sich in Anspruch nehmen, muß man uns auch zu-

gestehen. Ich bin mit Rußland jetzt fertig. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ist das auch lenintreu?)

Mehr wollte ich den Sozialdemokraten nicht ins Stammbuch schreiben.

Nun zu Herrn Dr. Schüler. Er hat die Freundlichkeit gehabt, wenn auch in anderem, so doch in ähnlichem Sinne, die Kommunisten für die Verelendung und die Not der Massen mit verantwortlich zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Stein: Sehr richtig!) Er nickt mit dem Kopfe, und Dr. Stein ruft: Sehr richtig. Der Bauer, der kleine Mittelstand und das Proletariat werden nicht vernichtet durch die Kommunisten, sondern sie werden vernichtet durch die Großagrarien in der Landwirtschaft, durch die Großindustrie und durch die Zusammenballung der Warenhäuser. Ich will da nicht nazimäßig reden, weil der Nazimann das nicht von realen Gesichtspunkten aus sieht, sondern nur deshalb gegen die Warenhäuser ankämpft, weil sie meistens von Juden geleitet werden. Ich bin nicht so naiv. Wir Kommunisten lehnen eine antisemitische Einstellung nach dem Muster der Nazis ab. Über hier sind die Wurzeln der Vernichtung der kleinen Existenzen, der Vernichtung der Arbeiterklasse. Wenn Herr Dr. Schüler meint, dafür die Kommunisten verantwortlich machen zu können, so überlassen wir ihm das. Es zeugt davon, daß er von dem Gang der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Auswirkung der kapitalistischen Akkumulation keine Ahnung hat. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Das meinen Sie!) Er soll bei den Bauern nachsehen, ob einer den Schrupfen hat oder sich die Behen zerlaufen hat, soll sich aber nicht um wirtschaftliche Dinge kümmern. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Danach frage ich Sie nicht!) Wenn er so etwas in einer Versammlung sagt, die nicht alles glaubt, was er sagt, so wird er Gefahr laufen, sich lächerlich zu machen. (Zuruf des Abgeordneten Zimmer: Genau wie hier!) Ebenso, wie der Bauer im Mittelalter gemeinsam mit dem sich entwickelnden Handwerk den Kampf aufgenommen hat gegen den Feudalismus, gegen die Rittergutsbesitzer und gegen die Kirche, ebenso wird der Bauer von heute nicht gerettet werden können, wenn er nun versucht, den umgekehrten Weg zu gehen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Nicht durch Sie!) Ich habe vorhin schon den Zuruf gemacht: Erst, wenn die Bauern wieder einmal mit dem Wahlspruch Florian Geyers losziehen, werden sie auch in der Lage sein, sich zu befreien. Wer ist heute der Führer der Bauern? (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Sie nicht!) Ist es etwa Herr Dr. Schüler oder ist es ein kleiner Giffelbauer, ein Hunsrückbauer oder irgendein Bauer aus dem Taunus? (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Jawohl!) Sind es nicht die Freiherren von Loë und Linnich, ist es nicht die Landwirtschaftskammer? Sind es nicht die ostelbischen Junker, die die Bauern heute führen? Sind es nicht diejenigen, die alles daran setzen, den Bauer weiter in seiner Existenz zu schädigen, ihn tiefer ins Elend hinabzustoßen, die sich heute als die Führer der Bauern aufstumpfen? (Zuruf des Abgeordneten Witzler: Das ist Ihr Irrtum!) Nein, das ist nicht mein Irrtum, sondern das sind Tatsachen. Ebenso, wie sich Leute anmaßen, Führer des Proletariats zu sein, die täglich mit der Bourgeoisie paktieren, ist es auch bei den Bauern.

Herr Ernst hat vorhin gesagt, sein Parteifreund Louis Hagen (Zuruf: von Hagen!) — ob er von Hagen gesagt hat oder nicht, kann mich wenig interessieren — habe anlässlich einer Tagung erklärt: Wir müssen Steinchen auf Steinchen legen, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu vollziehen. Das klingt nicht schön aus dem Munde eines Gewerkschaftsführers. Es klingt besonders nicht schön aus dem Munde eines christlichen Gewerkschaftsführers, in dessen eigenen Reihen dieser Louis Hagen sitzt. Denn dieser Louis Hagen meint mit diesen Steinchen, die er aufeinander setzen will, ein abgemagertes Fettstückchen aus den Schultern des Proletariats nach dem andern (Weiterkeit), einen Blutstropfen nach dem andern und eine Krume Brot nach der anderen, die dem Arbeiter genommen werden, um sie aufeinander zu legen und dadurch das kapitalistische Gebäude zu festigen. Mag er von seinen Steinen etwas abnehmen und nicht Steinchen auf Steinchen legen. Aber wir appellieren nicht an Louis Hagen; wir sind auch nicht so doof, Herrn Ernst zu sagen, er möge in seiner Fraktion an Louis Hagen appellieren. Aber man soll auf solche Mäuschen die passende Antwort geben. Aber ein solcher Mensch, der sich hinstellt und derartiges redet, denkt nicht daran, seine dicken Broden, die er in den Tresors auf den Banken liegen hat, irgendwie anzugreifen, um ja nicht das Gefüge, das er sich aufgebaut hat, zusammenbrechen zu lassen.

So wie in der allgemeinen und politischen Atmosphäre die Dinge aussehen, so sieht auch der Etat der Provinzialverwaltung aus. Wir werden ja Gelegenheit haben, wenn auch nicht allzu lange und ausführlich, zu den Einzelstats Stellung zu nehmen, um daran aufzuzeigen, daß die Vertreter der einzelnen Parteien, so wie sie in der Vergangenheit gehandelt haben, es auch diesmal wieder tun werden. Nur so kann nachgeprüft und nachgewiesen werden, wo die Vertreter der armen Schichten der rheinischen Bevölkerung sind, ob sie bei der Bourgeoisie oder bei der Sozialdemokratie oder bei der Vertretung des klassenbewußten Proletariats, bei der kommunistischen Partei sind. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dechamps.

Abgeordneter Dr. Dechamps: Ich bitte vielmals um Entschuldigung, wenn ich nicht über hohe Politik, sondern nur über den Etat spreche und nur einige kurze Bemerkungen mache.

Alle Parteien haben heute in erfreulicher Einstimmigkeit sich zu dem Grundsatz der Sparsamkeit bekannt. Das ist erfreulich und gut. Es liegt nun ein Bündel Anträge vor. Ich habe mir eben erlaubt, einmal zusammenzustellen, was die Durchführung dieser Anträge an Erhöhung der Etats kosten würde. Bitte dabei zu entschuldigen, daß ich Anträge nicht hineingenommen habe, wie den der Anlage eines Radioapparates hier und den der Versorgung der ganzen Bevölkerung mit Gaschutzmasken. Es fehlt mir die Kenntnis dieser Preise, um auch die noch in die Aufstellung hineinzusetzen. Ich habe auch eine ganze Reihe von Anträgen drauß gelassen, bei denen keine Summen angegeben waren, und habe mich auf diejenigen Anträge beschränkt, bei denen die Summen genannt worden sind. Die Erhöhung macht aus 23 Millionen 276 000 Mark. (Weiterkeit.) Woher die

Deckung für diese Beträge zu nehmen ist, das hat von den Antragstellern niemand gesagt. Besser konnte man uns nicht unterstützen bei dem Antrag, den wir gestellt haben, auch hier in Zukunft eine Geschäftsordnung einzuführen, nach der es nicht gestattet ist, Anträge zu stellen, die zu Ausgaben führen, ohne anzugeben, wie die Deckung zu beschaffen ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wihler. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Jetzt kommt die Konkurrenz vom Stein der Weisen!)

Abgeordneter Wihler: Meine Damen und Herren! In Ausnützung der unseren Freunden zur Verfügung stehenden Redezeit bin ich leider genötigt, mich außerordentlich kurz zu fassen.

Grundsätzlich haben wir zu dem Haushaltsplan der Provinzialverwaltung zu erklären, daß wir eine andere Stellung dazu einnehmen müssen als bisher. Wir haben in den früheren Jahren dem Haushaltsplan geglaubt zustimmen zu sollen. Angesichts der gegenwärtigen Lage aber glauben wir, diese Zustimmung nicht mehr verantworten zu können. Wir werden deshalb den Haushaltsplan ablehnen. Meine Damen und Herren! Das geschieht aus den verschiedensten Gründen. Wir sind der Ansicht, daß die sehr erheblichen Bedenken, die sowohl von dem Herrn Oberpräsidenten wie auch von dem Herrn Landeshauptmann hier vorgetragen worden sind und nachher vertieft wurden durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Lehr und durch einen Antrag der Arbeitsgemeinschaft, uns zu dieser veränderten Stellungnahme Veranlassung geben. Wir teilen nicht allein diese Bedenken, sondern wir halten sie noch für zu schwach, zu unklar gefaßt, als daß sie unseren Empfindungen und unserer Meinung völlig Ausdruck geben könnten.

Vor uns liegt ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft, der von der Provinzialverwaltung erwartet, daß sie mit dem Provinzialausschuß eine Kürzung der Ausgaben, die in ihrer Höhe nicht gesetzlich oder vertraglich feststehen, vornimmt, um jedem Fehlbetrag im Jahre 1931 durch den Rückgang der Einnahmen vorzubeugen. Nach unserer festen Ueberzeugung wird der Rückgang der Einnahmen so erschreckend sein, daß diese Kürzung eine unbedingte Notwendigkeit werden wird. Aus dem Grunde werden wir auch diesem Antrage der Arbeitsgemeinschaft aus vollem Herzen zustimmen.

Wenn ich mir nun erlaube, auf einzelne Dinge einzugehen, die der Herr Landeshauptmann vorgetragen hat, so möchte ich einige Gedanken vorausschicken. Selbstverständlich ist in den Ausführungen sowohl des Herrn Oberpräsidenten wie auch des Herrn Landeshauptmanns manches gewesen, dem man rückhaltlos beipflichten muß, das jeden mit Befriedigung erfüllt und sympathisch gewirkt hat. Andererseits gibt es doch zu denken, daß der Herr Oberpräsident selbst zugeben mußte, wir hätten bisher den Kopf in den Sand gesteckt. Das sind die Ansätze und Anfänge einer Umkehr von der bisherigen Art, die Dinge aufzufassen, und das erfüllt uns mit großer Befriedigung, weil es das rechtfertigt, was unsere Partei seit vielen Jahren immer gesagt hat. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei.) Uns hat man mit einer einfachen Geste geglaubt abtun zu können, man hat geglaubt, über unsere Ausführungen

zur Tagesordnung übergehen zu können, und heute kehrt man zu diesen Gedanken zurück.

Wenn der Herr Landeshauptmann nun von einem völligen Zusammenbruch, von einem allgemeinen Rückgang der Verhältnisse, von einem Trümmerfeld, vor dem wir ständen, und davon gesprochen hat, daß es nur mit Mühe und Not gelungen sei, den Etat ins Gleichgewicht zu bringen, so gehört auch das zu den Gedankengängen, die ich soeben berührt habe. Nicht einverstanden sind wir aber mit der Auffassung, die Herr Landeshauptmann hier vorgetragen hat, daß die Provinz der Finanznot der Städte und Landkreise nicht abhelfen könne. Wenn man den Satz in dieser Fassung hört, so klingt er zunächst ganz einleuchtend. Bei näherer Betrachtung müssen wir uns aber doch billigerweise sagen, daß die Provinz sehr wohl dazu beitragen kann, auch die finanzielle Lage der Kommunen und der Landkreise zu erleichtern, wenn sie nämlich darauf Bedacht nimmt, die Provinzialumlage zu senken, und das, meine Damen und Herren, ist unser Wunsch und unser Wille. Gewiß wird man uns antworten: Wie sollen wir das denn machen? Wir sind doch angesichts der großen und zahlreichen Aufgaben, die wir zu lösen haben, gar nicht in der Lage, nun an eine Senkung der Provinzialumlage zu denken. Es ist richtig, daß die Aufgaben außerordentlich kostspielig und umfangreich genannt werden müssen. Aber gerade darin erblicken wir ja die Fehlerquelle, die fortgesetzt dazu beiträgt, die finanzielle Lage der öffentlichen Hand, namentlich aller Kommunalverwaltungen, zu erschweren. Es ist ja gerade das Unglück des deutschen Volkes, daß sich die öffentliche Hand in alle möglichen Dinge hineingemischt hat, daß sie geglaubt hat, alle Probleme, die auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrt und der Menschenliebe liegen, lösen zu müssen. Gewiß, meine Damen und Herren, sind das alles sehr schöne und ideale Ideen, denen man nachgeht, das ist ganz zweifellos. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß man den Gedanken überspannt hat, daß man die Wirtschaft mit diesen Plänen systematisch zugrunde richtet, weil man ihr Leistungen zumutet, unter denen sie zusammenbrechen muß. Es ist nach unserer Ueberzeugung nicht Sache der öffentlichen Hand, in einem solchen Umfange, wie es geschehen ist, hier Menschenliebe und Wohlfahrt zu praktizieren.

Ich hatte in den verfloffenen Monaten Gelegenheit, einige Provinzialanstalten zu besichtigen, und ich muß sagen, daß mir die Einrichtung und die Organisation dieser Anstalten an und für sich außerordentlich gut gefallen hat. Die Dinge sind dort ganz vortrefflich, ja ideal geordnet. Man trifft dort Musteranstalten, die in jeder Hinsicht allen Bedürfnissen und Anforderungen genügen. Aber gleichzeitig ist mit den Anstalten eine große Zahl von Werkstätten und Betrieben verbunden, die so vortrefflich eingerichtet, so ausgezeichnet mit Maschinen und modernen technischen Einrichtungen aller Art ausgestattet sind, daß wir uns fragen müssen: Ist es unbedingt notwendig, daß die Anstalten in solcher Weise ausgerüstet und vervollkommen werden? Ist es notwendig, daß z. B. in Brauweiler eine geradezu großindustriell anmutende Weberei etabliert worden ist, die außerordentlich leistungsfähig erscheint? Meine Damen und Herren! Man kann manches für diese Dinge ins Feld führen, das ist sicher (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Sehen

Sie sich doch einmal eine moderne Weberei an!), aber wir sind der Meinung, daß es nicht Sache der Provinzialverwaltung zu sein braucht, besonders angesichts unserer finanziellen Notlage, die Anstaltsinsassen in solch technisch vervollkommenen Betrieben zu beschäftigen. Man kann sie auch in anderer Weise beschäftigen. (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Unwirtschaftlich!) Auf eine unwirtschaftliche Weise, sagt eben Herr Hauck, die nicht in einer Tätigkeit bestände, die sich in einem technisch so vervollkommenen Betriebe vollzieht. (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Das wollen Sie, aber nicht wir!) Wir brauchen nicht die modernsten Maschinen zu haben, wir brauchen nicht in den Provinzialanstalten die Leistungsfähigkeit nach Gesichtspunkten zu steigern, wie sie bei der Privatwirtschaft maßgebend sind, aus dem einfachen Grunde nicht, weil es doch nicht in erster Linie Sache und Aufgabe der Provinzialbetriebe ist, vollkommene technische Wirtschafts- und Industriebetriebe zu etablieren, sondern weil es nach unserer Meinung in der Hauptsache Aufgabe der Provinzialverwaltung sein muß, die Insassen zu regelmäßiger und geordneter Arbeit zu erziehen, sie wieder an Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit zu gewöhnen. Das Erziehungsziel ist doch die Hauptsache bei diesen ganzen Anstalten. Aber zur Erreichung dieses Ziels braucht man keine Kapitalinvestitionen, wie wir sie in unseren Anstalten gesehen haben. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Dann würden ja die Zuschüsse noch höher!) Dann braucht man vielleicht mehr Hände, um die Arbeit zu vollenden; aber wir sparen dann das zu investierende Kapital für diese kostspieligen Einrichtungen und deren Verzinsung und Tilgung. (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Wir brauchen dann aber auch mehr Betten!) Außerdem wird in diesen provinziellen Betrieben die Leistungsfähigkeit durch solche Einrichtungen derart gesteigert, daß zu befürchten ist, die Privatwirtschaft möchte darunter doch ganz empfindlich leiden. Beweise dafür sind tatsächlich schwer zu erbringen. Wir haben uns ja persönlich davon überzeugt, daß z. B. die Druckereibetriebe, die dort sind, ausschließlich mit Druckmaschinen beschäftigt werden, die für die Provinzialanstalten oder die Provinzialverwaltung bestimmt sind. (Zuruf des Abgeordneten Hauck: In der Weberei ist es auch so!) Herr Hauck, ich muß Ihnen sagen, als wir das letzte Mal dort waren, war nur ein Teil der Webmaschinen in Betrieb. Es waren, wenn ich mich recht entsinne, nur etwa 7 oder 8 Maschinen in Betrieb, und es waren etwas über 20 vorhanden. Also der größere Teil der Maschinen stand still, aus welchen Gründen, weiß ich nicht, ob keine Arbeit da war, oder ob es an Bedienungspersonal fehlte, ich lasse das dahingestellt. Aber wenn diese ganzen Maschinen reiflos ausgenützt werden, dann kann jedenfalls ein viel bedeutenderes Quantum dort fabriziert werden, als die Provinz braucht. Wir haben ja in mehreren Anstalten solche Webereien, wenn auch nicht so groß und vortrefflich wie in Brauweiler; in den anderen Anstalten sind auch derartige Einrichtungen getroffen, bloß nicht so umfangreich.

Wir haben sehr erhebliche Bedenken gegen diese Dinge.

In Galkhausen, wo wir zuletzt waren, war eine solche Produktion an Fußmatten festzustellen, daß selbst

die Leute, die ich dort fragte, zugeben mußten: Jawohl, wir fabrizieren solche Mengen, daß wir sie auch auf dem üblichen Wege, an Händler usw., absetzen müssen. Da haben wir also schon einen Beweis dafür, daß diese Betriebe der öffentlichen Hand dort effektiv der Privatwirtschaft Wettbewerb machen. (Zuruf: Bloß Handarbeit!) Jawohl, es fragt sich nur, wenn es nicht vermeidbar sein sollte, mit welchen Mitteln und zu welchen Preisen dieser Wettbewerb gemacht wird. Ich habe die beruhigende Versicherung empfangen, daß man die Preise in durchaus loyaler Weise festsetzt und keinesfalls Unterbietungen vornehme, um die Privatwirtschaft nicht zu schädigen. Ich will das als wahr unterstellen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Dinge auch von der Provinzialverwaltung kontrolliert werden.

Wir haben zunächst einmal festzustellen, daß der Etat an sich ein Zurückgehen der Gesamthaushaltssumme um zirka 9 Millionen feststellt und daß der Herr Landeshauptmann erklärt hat, es sei keine Erhöhung der Provinzialumlage erforderlich gewesen. Damit können wir uns nicht abfinden. Wir müssen bitten, daß aus den soeben dargelegten Gründen die Reduzierung der Provinzialumlage für das nächste Jahr ins Auge gefaßt wird. Es ist ein Antrag — ich weiß nicht, von welcher Fraktion — in Vorbereitung, der die Einsetzung eines besonderen Ausschusses im Auge hat, um schon für das nächste Jahr die entsprechende Vorlage vorzubereiten.

Nun aber hat der Herr Landeshauptmann außerdem hier ein kleines Beispiel geglaubt ins Feld führen zu müssen für die Behauptung, daß die Zahl der in der Provinzialverwaltung tätigen Beamten oder der Beamten, die in den Betrieben beschäftigt werden, die der Provinz nahestehen, durchaus nicht immer ausschlaggebend zu sein brauche für die Höhe der Belastung des Haushaltes. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Er hat dafür das Beispiel genannt, daß in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 31 Beamte im verflossenen Jahre mehr eingestellt worden seien als im Jahre vorher und trotzdem noch 150 000 RM erspart worden seien. Meine Damen und Herren! Das ist ein wirklich hochinteressantes Rechenegempel, das mich lebhaft interessiert hat. Wenn das absolut und generell richtig wäre, so wäre es ja tatsächlich zu empfehlen, recht viele neue Beamte einzustellen. Vielleicht bekämen wir dann nachher noch Geld heraus. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ein billiger Witz!) So liegen die Dinge nicht. Meine Damen und Herren! Das mag ein billiger Witz sein. Aber wenn Sie die Medaille gleich gründlich umdrehen, erkennen Sie doch das Paradoxe einer solchen Behauptung. Selbst wenn das nachweislich richtig sein sollte, und das nehme ich ohne weiteres an, weil es der Herr Landeshauptmann gesagt hat, so kann man das doch nicht als einen allgemein gültigen Beweis für die Tatsache hinstellen, daß die höhere Zahl der Beamten auch eine Reduktion des Haushaltsplanes herbeiführen könne. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das hat er auch nicht getan!) Das war aber doch der Sinn seiner Ausführungen. Er hat nicht behauptet, daß eine Reduktion dadurch eintreten müsse; ich bin auch weit entfernt davon, ihm das zu unterstellen. Aber es hat doch die Möglichkeit dadurch aufgezeigt werden sollen.

In einem gewissen Zusammenhang damit steht auch die Anstellung des Generaldirektors der Provinzial-Feuerversicherung. Ich möchte einige Worte darüber verlieren. Meine Damen und Herren! Sie haben es ja erfahren, daß der Nachfolger des Herrn Generaldirektors Adams aus dem Kreise der Verwaltungsbeamten genommen werden soll. Herr Landesrat Müller ist auch vom Herrn Landeshauptmann als neuer Generaldirektor empfohlen worden. Ich möchte vorausschicken: Gegen Herrn Müller liegt nicht das geringste Bedenken vor (Sehr richtig! rechts), in seiner Eigenschaft als Verwaltungsbeamter oder als Mensch. Alles, was gesagt werden wird, richtet sich nicht gegen Herrn Landesrat Müller, in keiner Weise, dem nicht nur von seinen Kollegen, sondern auch von seinen Vorgesetzten und allen, die ihn kennen, mit Recht das beste Zeugnis ausgestellt wird. Also, für uns ist die Sache keine Personenfrage. Aber es fragt sich doch, ob man grundsätzlich mit der Absicht einverstanden sein kann, auf diesem Posten einen Verwaltungsbeamten zu verwenden, oder ob es vorzuziehen ist, einen Mann vom Bau, einen erfahrenen Versicherungsfachmann zu beschäftigen, der mit der Materie schon seit Jahren vertraut ist. Ich weiß ja wohl, daß man dagegen Einwände zur Verfügung hat. Es ist geantwortet worden, es seien doch in der Hauptsache in dieser Position Finanz- und Verwaltungsfragen zu lösen, und aus dem Grunde sei es nicht notwendig, einen Fachmann hier zu beschäftigen. Ich bin zu wenig Versicherungsfachmann, um mir darüber ein Urteil erlauben zu können. Ich muß mich deshalb auf das Urteil von Leuten berufen, die von der Sache etwas verstehen. Da habe ich das Gutachten des Generaldirektors der Schleswig-Holsteinischen Feuerversicherung einmal studiert; daraus geht hervor, daß dieser Herr, der seit 23 Jahren im Versicherungsfach tätig ist und seit einer Reihe von Jahren auch Leiter der Schleswig-Holsteinischen Provinzialfeuerversicherung ist, auf einem ganz anderen Standpunkte steht als diejenigen Herren, die Herrn Landesrat Müller als Generaldirektor empfehlen. Herr Generaldirektor Franzke erklärt, daß auf diesem Posten nach seiner Erfahrung 90 Prozent aller Arbeitsleistungen und aller Arbeitszeit verbraucht würde zur Lösung von Problemen, die nur durch Fachleute, durch Versicherungstechniker, gelöst werden könnten. Aber auch in reinen Verwaltungsfragen sei in sehr vielen Fällen der Techniker, der erfahrene Mann vom Bau, dem reinen Verwaltungsfachmann überlegen.

Aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, sind wir der Ansicht, daß man durch Ausschreiben dieser Stelle, und zwar ausschließlich für Versicherungsfachleute, eine Person ausfindig machen sollte, die sich für diesen Posten eignet. Meine Freunde behalten sich vor, gegebenenfalls zu diesem Punkte der Tagesordnung noch einen besonderen Antrag zu stellen, denn es ist durchaus denkbar, daß man die Stelle des ersten Direktors vielleicht ganz einsparen könnte, angesichts der Not, in der wir uns befinden. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei. Zuruf des Abgeordneten Haut: So viel Fachkenntnis ist dafür erforderlich!) Wenn wir uns dabei auf unsere Fachkenntnis allein verlassen hätten, Herr Haut, dann hätten Sie recht. Aber das haben wir nicht getan,

denn so klug wie andere Leute sind wir auch, uns zunächst einmal bei sachkundigen Leuten zu erkundigen.

Wenn weiter der Herr Landeshauptmann bei der Besprechung der Anleihen und der Schuldenvermehrung uns diese Sachen ein wenig schmackhaft zu machen trachtete durch die schöne Redewendung: Es tritt ja nachher auch eine Substanzvermehrung ein durch die Akquisition, die wir mit Hilfe der flüchtig gewordenen Gelder vornehmen, so klingt das bestechend. Aber wie sieht die Substanzvermehrung bei etwaigen Akquisitionen denn nun in Wirklichkeit aus? In Wirklichkeit ist doch in dem Moment, in dem ich irgendein Kapital heute in ein Immobilie investiere, mit einem bestimmten Substanzverlust sofort zu rechnen, angesichts der wahnsinnigen Gesezmacherei gegen alles Eigentum und allen Besitz. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) Also von einer Substanzvermehrung kann bei der Investierung solcher Kapitalien nach unserer Ansicht nicht die Rede sein. Selbstverständlich will ich nicht vom Straßenbau reden, wo man von einer Substanzvermehrung überhaupt nicht sprechen kann, denn die Summen sind dort alle in dem Augenblick, in dem sie ausgegeben sind, verloren. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Erzählen Sie das den Bauern von der Wirtschaftspartei!) Ich erzähle das all den Leuten, die es gerne hören wollen. Daß Sie das Unglück haben, es nicht gerne zu hören, bedaure ich lebhaft. Aber ich bedaure auch, Ihnen das nicht ersparen zu können.

Herr Dr. Horion hat auf die Zeitungsangriffe einiges erwidert. Er hat es früher ja schon in der Presse getan und Richtigstellungen vorgenommen. Aber einige Richtigstellungen, die wir gerne gehört hätten, haben wir nicht vernommen; vielleicht kommen sie noch. Ich weiß ja nicht, ob die Behauptungen zutreffen; Herr Dr. Horion hat sie nicht dementiert, daß vor dem Kriege Herr Landeshauptmann 18 000 RM und Aufwandsentschädigung bekommen hat und jetzt außer seiner Aufwandsentschädigung 36 000 RM erhält. Selbst wenn es wahr sein sollte, daß der Herr Landeshauptmann freiwillig auf 20 Prozent seines heutigen Einkommens verzichtet hat, so muß man doch sagen, daß sein Einkommen gegenüber dem Einkommen anderer Volkstreife, die sich mit einem Bruchteile ihres Friedenseinkommens begnügen müssen, immer noch reichlich hoch ist. Ich weiß wohl, was man mir antworten wird: Wohlerworbene Rechte usw. Selbstverständlich, diese Dinge können nur auf dem Wege der Gesetzgebung, nicht durch uns gelöst werden.

Für die Erbauung der Bensberger Kadettenanstalt, die uns erhebliche Gewissensbedenken verursacht, können wir uns nicht einsetzen. Wir haben eingehend darüber in unserer Fraktion verhandelt. Ich hatte zunächst auch einige Sympathie für diese Idee. Aber bei näherer Betrachtung des Planes sind wir doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Einrichtung ganz bestimmten Kreisen Vorteile verschaffen soll und diese Einrichtung doch angesichts der heutigen Finanzlage sehr gut noch zurückgestellt werden könnte. Ich glaube, daß auch andere Fraktionen einen ähnlichen Standpunkt einnehmen. Wir haben dem Herrn Landeshauptmann gegenüber ja bisher — das wird er nicht bestritten können — eine durchaus korrekte und auch wohlwollende Haltung eingenommen. Wir haben das aus guten Gründen

geglaubt tun zu dürfen. Aber heute müssen wir doch sagen: Wir stehen den Verhältnissen und auch dem Herrn Landeshauptmann etwas kritischer gegenüber als bisher. Wir unterscheiden zwischen dem Landeshauptmann, dem zweifellos hervorragend tüchtigen Verwaltungsbeamten, dem gewandten Menschen und Diplomaten (Zuruf des Abgeordneten Eberle: Noch etwas?) und dem Politiker Dr. Horion. Herr Dr. Horion befindet sich in einer sehr prominenten Stellung, und wir können es gut verstehen, daß das Zentrum mit ihm sehr zufrieden ist. (Zuruf aus dem Zentrum: Besser als Sie mit Dreiwitz! Abgeordneter Gerlach: Sehr gut!) Ach, Sie meinen vielleicht, Sie könnten mich mit dem Zwischenruf in Verlegenheit setzen. Wenn ich jetzt rachsüchtig sein wollte, Herr Dörr, dann würde ich Ihnen darauf eine Antwort geben, daß Ihnen die Tränen die Backen herunterlaufen würden. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Man los!) Aber ich will nicht so rachsüchtig sein. Sie haben mit Ihren eigenen Angelegenheiten so viel zu tun, daß Sie eher allen Anlaß hätten, vor der eigenen Tür zu kehren, als durch solche Zwischenrufe zu versuchen, mich in Verlegenheit zu bringen; dazu müßten Sie schon früher aufstehen. (Unruhe.) Hören Sie einmal einen Augenblick zu, meine Herren, dann werden Sie verstehen, was ich meine.

Wir sind der Meinung, daß ein Mann in so hervorragender leitender Position wie der Herr Landeshauptmann zweckmäßigerweise auch nicht den Anschein erwecken sollte, als ob er parteipolitisch gebunden sei. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftspartei.) Herr Landeshauptmann Dr. Horion sucht diesen Eindruck ja nach Möglichkeit auch zu vermeiden; er ist ja sehr geschickt darin; aber er nimmt regelmäßig an den Fraktionsführungen der Zentrumsparlei teil. (Zuruf des Abgeordneten Haut: Das macht Franzke doch auch!) Gewiß hat er ein Recht dazu, er darf das. Aber wir sind der Ansicht, daß es vielleicht doch dazu beitragen könnte, den Anschein der parteipolitischen Bindung oder der besonderen Sympathie zu vermeiden, wenn er aus naheliegenden Erwägungen sich davon fern hielte. (Zuruf des Abgeordneten Marx: Laden Sie ihn doch ein, er nimmt auch an Ihren Fraktionsführungen teil!) Ich habe nicht verstanden, was Sie jetzt gesagt haben.

Es ist dann vorhin von Herrn Abgeordneten Dr. Lehr bemängelt worden, daß die Straßenbauanleihen statt mit 5 Prozent, wie bisher, nur mit 2 Prozent getilgt werden sollen, um aus den freiverwendenden Geldern die Verwendung zu ermöglichen, die man im Auge hat. Meine Damen und Herren, die Bedenken des Herrn Abgeordneten Dr. Lehr teilen wir nicht. Wir sind mit der Provinzialverwaltung durchaus der Meinung, daß die Lebensdauer der Straßen heute so groß ist, daß eine zweiprozentige Tilgung durchaus gerechtfertigt erscheint. Wir haben Straßenbaufachleute in unseren Kreisen sitzen, die darüber ein Urteil haben. Wir sind mit der Provinzialverwaltung in diesem Punkte völlig einverstanden, wir erblicken gar keine Gefahr darin.

Herr Abgeordneter Dr. Lehr hat weiterhin den schönen Satz ausgesprochen: Die Landesbank soll sich hüten, ein willfähiges Finanzinstitut der Provinz zu sein. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Lehr: Nein, ich habe nur davor gewarnt, daß sie es werden soll!) Das

ist doch wohl derselbe Sinn; wenn man jemand warnt, soll er sich hüten, etwas zu tun. Wir sind ganz einverstanden mit dem Satz, wir haben nichts daran auszusetzen. Aber was ist der Zweck dieser Finanztransaktion? Die Vermehrung des Kapitals der Landesbank mit Hilfe der Provinz. Das hat doch in Wirklichkeit den Zweck, den jeder Kenner der Sachlage ohne weiteres erkennt. Es ist doch der Zweck der Uebung, die Sache jetzt so zu machen, daß man das Geld, das die Provinz braucht, bei der Landesbank jetzt jeberzeit flüssiger als bisher bekommen kann. Infolgedessen ist diese Warnung ja wohl ein schönes Wort, aber in Wirklichkeit sieht die Sache anders aus.

Man hat hier dann in Verbindung mit dem Etat von der Erwerbslosigkeit gesprochen und gegen den bösen Kapitalismus, gegen den Besitz und das Unternehmertum sehr, sehr harte Worte gefunden. Nun müssen wir es ja selbstverständlich namentlich den Herren von der äußersten Linken völlig überlassen, sich ihre Weltanschauung zu bilden und sie hier vorzutragen. Aber wir müssen doch sagen, daß das, was wir hier aus dem Munde der kommunistischen Redner gehört haben, so weit entfernt ist von dem, was man wirtschaftliche Vernunft und Einsicht nennt, daß wir, wenn es auch überflüssig erscheint und wenn wir auch tauben Ohren predigen, doch nicht umhin können, darüber ein paar Worte zu verlieren. Die Arbeitslosigkeit, die so beklagt wird, wollen Sie doch nur mit ganz untauglichen Mitteln bekämpfen. Sie schimpfen über die Erwerbslosigkeit und erzeugen sie systematisch fortgesetzt selbst durch den Kampf gegen das private Eigentum und durch den Kampf für die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Sie glauben, Sie könnten der Arbeitslosigkeit dadurch Herr werden, daß Sie den Kollektivismus in den Himmel heben, das private Unternehmertum erdroffeln und die Bauern kollektivieren wollen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie kommen dafür nicht in Frage, Sie werden exmittiert!) Und dann spielen Sie sich noch so als Freunde der Bauern auf. Es gibt im Volksmunde ein banales Witzwort: „Darüber lachen ja die Hühner“. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!) Damit können Sie bei den Bauern wahrhaftig keinen Blumentopf erben. Es gehört nicht viel Klugheit dazu, zu erkennen, was für ein volkswirtschaftlicher Unsinn das ist. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie können ja nach Afrika auswandern! Glocke des Vorsitzenden.) Sie schimpfen über die Kapitalflucht und erzeugen sie künstlich selbst, indem Sie den Kampf gegen Besitz und Eigentum fortsetzen. (Abgeordneter Lessenich: Sehr richtig!) Glauben Sie vielleicht, daß diejenigen Kommunisten, die heute in gewissem Sinne kleine Kapitalisten geworden sind — denken Sie bloß an die gut beschäftigten kommunistischen Rechtsanwälte, die auch sehr gute Honorare zu nehmen wissen — nach Ihrem Rezept ihre Kapitalien anlegen werden? Das glaubt doch kein Mensch. Jeder, der aus der Geschichte etwas gelernt hat, weiß, daß der Kampf gegen den Kapitalismus als Ganzes ein törichter, ein vergeblicher Kampf ist. Vielleicht haben Sie einmal etwas von den französischen Assignaten gehört. Das war ein Papiergeld, das nach der französischen Revolution in Umlauf gesetzt wurde. (Zuruf des Abgeordneten Noß: Das war ein Notgeld!) So wissen Sie auch, daß man damals,

als die Entwertung des französischen Geldes so rasende Fortschritte machte — alles wie bei uns, alles schon dagewesen — versucht hat, das französische Volk mit Gefängnis und Zuchthaus, ja unter Androhung der Todesstrafe zu zwingen, dieses Zahlungsmittel anzunehmen und zu verwenden. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Das müssen Ihre Väter wohl gemacht haben!) Der Erfolg war gleich null. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das müssen Sie den Nazis predigen!) Meine Herren! Wenn Sie wollen, daß die Zustände, die wir heute bei uns in Deutschland zu beklagen haben, geändert werden, dann müssen Sie doch auf andere Weise die Verhältnisse zu meistern suchen, als wir es bisher getan haben. Mit einem solchen Kampf kommen Sie dem Kapital und dem Besitz nicht bei, denn das Kapital verschwindet unsichtbar und automatisch da, wo Sie ihm an die Gurgel wollen. Verlassen Sie sich darauf, mit menschlichen Gesetzen und menschlichen Verordnungen kommen Sie dieser Macht niemals bei. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wir verzichten auf Kapital, die Hauptsache ist, wir haben die Fabriken und Rohmaterialien, das Geld kommt dann von selbst.) Oh, ich hätte beinahe jetzt einen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht. Wir, die wir in der Wirtschaft stehen, können über einen solchen Ausdruck wie „das Geld kommt von selbst“, nur lächeln, Herr Dunder, ich will keinen stärkeren Ausdruck gebrauchen. Wer sich das aber einbildet, darf nicht für sich in Anspruch nehmen, von solchen Dingen etwas zu verstehen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Was ist denn Geld? Es ist doch nichts anderes, als ein lumpiges Tauschmittel! Glocke des Vorsitzenden.) Sie rütteln viel mehr an den Grundfesten der Wirtschaft als alle anderen, weil Sie das Fundament zerstören, auf dem jede Ordnung überhaupt beruht. Sie wollen keine Unterordnung, und keine Ordnung kann ohne Unterordnung existieren. Darum zerstören Sie die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie leben doch in einer Unordnung!)

Nun noch ein paar Worte, ich bin gleich fertig. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das ist der Mangel an großen wirtschaftlichen Kenntnissen, daß er selbst dabei bankrott geworden ist!) — Der Redner macht eine kleine Pause. — (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Was denn nun?) Ich habe gar keine Bedenkzeit notwendig, nein, wirklich nicht. Derartige Zwischenrufe können einem nur Leid tun. Oder haben wir in unserer Partei jemals behauptet, aus Kapitalisten zu bestehen? Haben wir nicht jederzeit zur Rechtfertigung unseres Standpunktes erklärt, wie schlecht es dem Mittelstande geht, daß er ausgeplündert wird, daß man wohl auch bei den Sozialdemokraten von den Menschenrechten spricht, die jeder habe, als ob der Mittelständler kein Mensch wäre. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Von den Großkapitalisten werden auch Sie ausgeplündert!) Wir haben gar keine Großkapitalisten, sondern nur arme Leute unter uns, mit ganz wenigen Ausnahmen. Die wirtschaftliche Not hat selbstverständlich auch viele von uns in Vermögensverfall geführt. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Das sind ja faule „Dreiwitze“!) Wir haben eine ganze Menge unter uns, die durch die Verhältnisse in Vermögensverfall gekommen sind, die sich dieser Tatsache aber weiß Gott nicht zu schämen haben. Glauben Sie denn, Sie erzählten damit etwas Neues,

wenn Sie von einem Mittelständler erzählen, er sei in Vermögensverfall geraten? Machen Sie sich doch nicht lächerlich. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das haben Sie wohl diese Nacht geträumt!) Sie scheinen geträumt zu haben. Lassen Sie sich doch erst einmal informieren, ehe Sie derartige, übrigens taktlosen Andeutungen hier hinein werfen.

Der Verwaltungsrat der Landesbank soll durch einen Antrag ersucht werden, dafür Sorge zu tragen, daß, sobald der Kapitalmarkt und die Finanzlage es zulassen, zur Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues Zwischenkredite und erstellige Hypotheken zu angemessenen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Ferner soll sich der Provinziallandtag damit einverstanden erklären, daß in den Haushaltsplan zur Verbilligung von Darlehen für Wohnungen minderbemittelter kinderreicher Familien der Betrag von 500 000 RM eingestellt wird.

Meine Damen und Herren! Wir sind mit dem letzten Passus des Antrages einverstanden, möchten aber gerne das Wort „gemeinnützig“ aus der Wendung „zur Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues“ gestrichen sehen. (Zuruf links: eigennützig!) Selbstverständlich, es gibt nämlich merkwürdigerweise auch einen berechtigten Eigennuß. Er besteht darin, daß wir uns dagegen wehren, wenn uns auch das letzte Hemd noch vom Leibe gezogen werden soll. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Aber wehren Sie sich doch gegen diejenigen, die es ausziehen!) Dazu gehören Sie, und weil wir es uns nicht gefallen lassen, darum sind Sie entriistet. Wir treffen den Nagel auf den Kopf, wenn wir Ihnen hier einmal Ihr Spiegelbild vorhalten (Beifall bei der Wirtschaftspartei), sonst würden Sie sich nicht so ärgern.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Die Erörterung ist geschlossen. Der Herr Landeshauptmann verzichtet aufs Wort.

Ich habe Ihnen noch folgendes mitzuteilen:

Der Herr Landeshauptmann von Oberschlesien hat uns folgendes Telegramm geschickt: „Die Provinz Oberschlesien dankt dem Provinziallandtag der Rheinprovinz für brüderliches Gedenken zum oberschlesischen Abstimmungstag. Erfreut über Ihr Gelübnis, mit dem Osten gemeinsam für des Vaterlandes Wohl einzustehen, erwidert Oberschlesien Ihren Gruß. Woschet, Landeshauptmann.“

Meine Damen und Herren! Es sind dann noch die Anträge unter Drucksachen Nr. 74 bis vorläufig 112 eingegangen. Ich darf darauf verzichten, sie Ihnen vorzulesen. Sie bekommen sie im Umdruck vorgelegt. Ich bitte um die Ermächtigung, diese Anträge, einschließlich der zwischenzeitlich hinzugekommenen drei Anträge, also bis einschließlich Drucksache 115, den zuständigen Sachausschüssen zu verweisen. — Damit sind Sie einverstanden.

Ich darf dann darauf aufmerksam machen, daß Anträge aus dem Hause nur noch berücksichtigt werden, wenn sie bis Donnerstag 12 Uhr spätestens auf dem Landtagsbüro oder bei mir persönlich eingegangen sind. Anträge, die nach Donnerstag 12 Uhr eingehen, werden nicht mehr berücksichtigt. Ich bitte also auch nach den morgigen Sachausführungen sich zu überlegen, welche Anträge noch zu stellen sind. Das soll aber kein Ansporn sein, noch mehr Drucksachen zu verursachen.